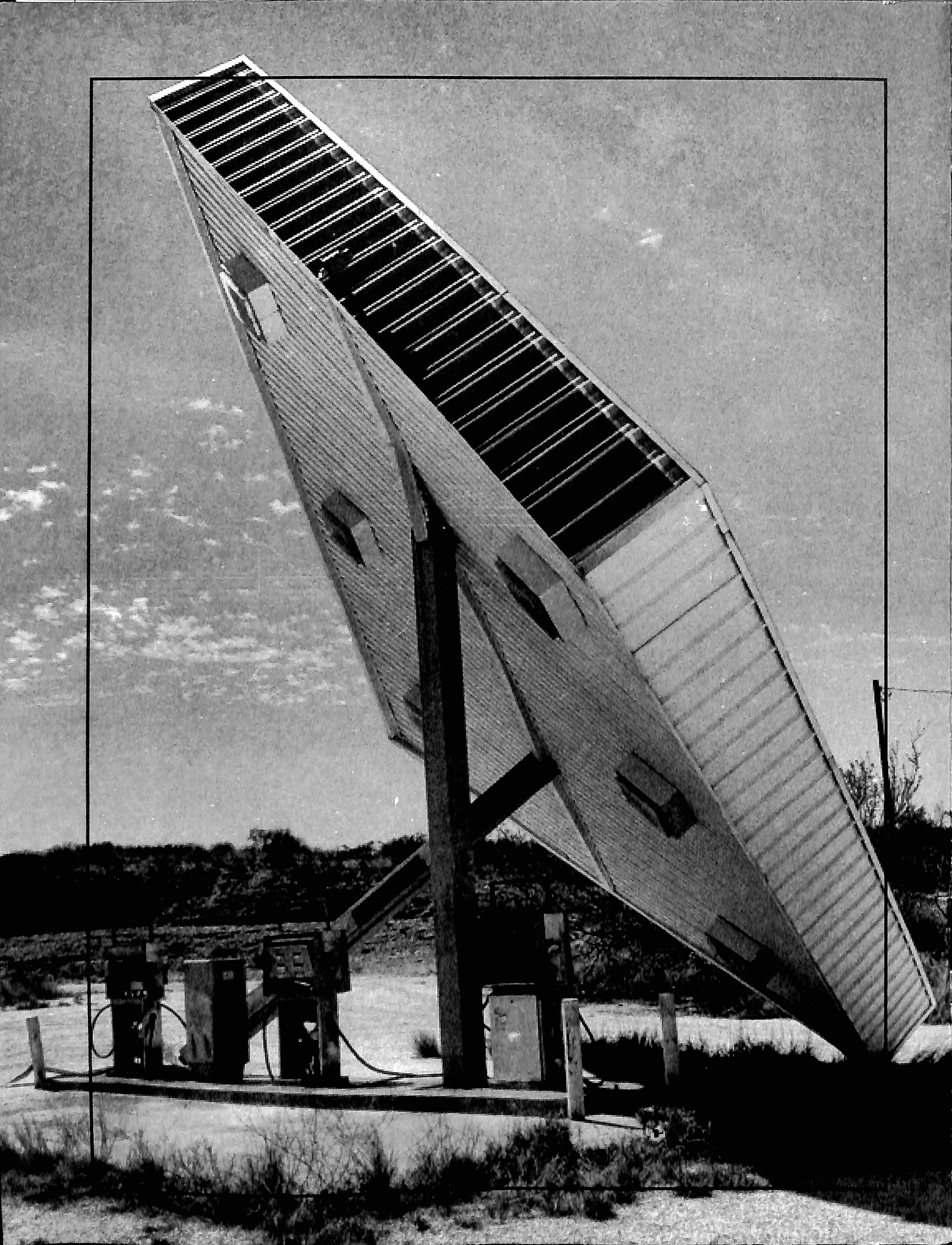
ZAG

EUR 5,00

ANTIRASSISTISCHE ZEITSCHRIFT

NUMMER 72/2016 ISSN: 2192-6719

BIEDERMÄNNER



Abbildungen im Heft

* *Benzin! Das verbindende Element von Biedermännern und Brandstiftern. Zugleich auch Leitmotiv unserer Doppelausgabe (ZAG 72+73).*

INHALT

EDITORIAL

Mit Sicherheit Angst

»Verbietet endlich diese purpurtragende Terrorgruppe, die mit Sprengstoffgürteln unter ihren Talaren kleine Jungs verdirbt!« Eine Forderung, die von Horst Seehofer und seiner CSU bisher noch nicht zu hören war.

Stattdessen aber die Forderung, Burkinis und Burkas hätten auf Strand und Straße nichts zu suchen. Nur wegen der Sprengstoffgürtel, ist klar. Hätte die amerikanische Flugsicherheit genauer unter die Burkas der Terroristen geschaut, wäre uns 09/11 sicherlich erspart geblieben.

Oder nochmal anders:

Menschen werden von Bomben zerfetzt, die in den USA, China, Russland und Europa produziert, gewartet und gepflegt werden, um ihnen Frieden und Freiheit zu bringen.

Menschen werden von Kugeln durchsiebt oder unter LKWs zerquetscht, um ihnen den wahren Glauben nahe zu bringen.

Die menschlichen Bürgerrechte, die Freiheit und Demokratie werden zugunsten eines Überwachungsstaates immer weiter zurückgedrängt, um Sicherheit für alle zu schaffen.

Geht's noch?

Haben wir eigentlich nichts Wichtigeres zu tun, um uns von diesen Nebelkerzenwerfer*innen mit ihren Scheindebatten einwickeln zu lassen? Suchen wir vielleicht genau die Zerstreuung, die diese Ersatzproblemlösungen bieten, weil wir die eigentlichen Probleme als unlösbar empfinden? Können wir uns vielleicht noch immer nicht von der fixen Idee befreien, Anschläge würden aus religiösen Motiven heraus durchgeführt und Kriege würden begonnen, um Freiheit und Demokratie wieder herzustellen?

Wenn wir die Wahnkampfsprüche von und die Wahlanteile für AfD, NPD und Konsorten ansehen – heute an der Ostsee und morgen in der ganzen Republik – und wenn wir das mediale Hintergrundrauschen von Springer und Co, sowie die Befeuerung dieses Nicht-Politik-Betreibens durch die bürgerlichen Parteien mit konservativen bis reaktionären Ersatzhandlungen hören, sehen und erleiden...

... dann stellen wir wieder einmal fest: Jenseits des eigenen Wohlstandbauches ist der Mehrheit der Menschen hier und andernorts Politik scheißegal und Probleme wie weltweite Ausbeutung oder Migrationsbewegungen stören nur die Ruhe im eigenen Kopf, da sie **EBEN NICHT** mit einfachen Ursache-Wirkung-Verknüpfungen gelöst werden. Denn solche komplexen Gedanken machen...

... mit Sicherheit Angst.

Eure ZAG



KAMPAGNEN UND WIDERSTAND

»Rechter Mord« in Neukölln?

Ein Interview zum Mord an Luke Holland

▌Das Gespräch führten Frieder Jorno und Florian Körner am 28. Juli 2016 mit der Initiative für die Aufklärung des Mordes an Burak Bektaş

Das Berliner Landgericht in Moabit hat am 11. Juli 2016 im Mordprozess gegen Rolf Z. das Urteil verkündet. Der Angeklagte soll am 20. September 2015 den weißen britischen Wahlberliner Luke Holland vor einer Kneipe in Neukölln heimtückisch ermordet haben und wurde von der Kammer zu 11 Jahren und 7 Monaten Freiheitsstrafe verurteilt. Das Tatmotiv und ein Handeln aus rassistischen Gründen konnten nach Angaben des Richters jedoch nicht festgestellt werden. Studierende haben den Prozess begleitet und sich nach der mündlichen Urteilsverkündung zu einem Interview mit Leuten aus der Initiative für die Aufklärung des Mordes an Burak Bektaş. getroffen. Sie sprachen über den Prozess, die Leerstelle Rassismus und Verbindungen zum Mord an Burak Bektaş.

War der Mord an Luke Holland ein »rechter Mord« bzw. ein Mord aus rassistischen Motiven?

› Wir sind sicher, dass es ein rechter Mord war. Sowohl die Wohnung des Täters, als auch das Täterprofil lassen darauf schließen. Wir haben hier die Wohnung eines Täters, die voll ist mit Devotionalien von Nazigrößen wie Büsten und Bildern, und mit anderen Gegenständen mit positivem Bezug zur NS-Zeit. Hinzu kommen Waffen und erhebliche Mengen an Schwarzpulver. Das sind deutliche Hinweise auf eine rechte Gesinnung des Täters und auf eine vorbereitete Tat. Rolf Z. hat sich seit Jahren auf so einen Tag vorbereitet, an dem er über Leben und Sterben nach Nazi-Kriterien entscheidet. Nimmt man diese Punkte ernst, so muss die Tat aus einer politischen Perspektive betrachtet werden. Das Gericht hatte offensichtlich andere Fragen.

Das Gericht sieht also keine Verbindung zwischen dem offensichtlich rechten Gedankengut des Angeklagten und der Tat?

› Sowohl der Prozessverlauf als auch der Urteilsspruch zeigen, dass ein rechtes Tatmotiv außerhalb des Horizonts von Gericht und Staatsanwaltschaft liegt. So gehen sie davon aus, dass nur Menschen, die nicht weiß aussehen, Opfer von rechter Gewalt werden können. Das zeugt von einer völligen Ignoranz bezüglich der offensichtlich rechten Einstellungen von Rolf Z. als auch von einer Unfähigkeit des Gerichts im Umgang mit rechter Gewalt. Diese Haltung führt dazu, dass das Gericht zu absurden Schlussfolgerungen kommt. So wird Rolf Z.'s Besuch einer Kneipe, die hauptsächlich von nicht deutschsprachigen Menschen besucht wird, so ausgelegt, als spräche dies für seine Weltoffenheit. Rolf Z. hat die Kneipe besucht, um sein Revier zu markieren. Die Urteilsbegründung stützt sich auf abwegige Schlussfolgerungen. Dies ist sowohl für uns Prozessbeobachter_innen als auch für die Familienangehörigen ein Schlag ins Gesicht.

Wie schätzt ihr das psychologische Gutachten ein, in dem Rolf Z. als Alkoholiker mit Sammelleidenschaft beschrieben wird?

› In diesem Prozess wird versucht, alles zu entpolitisieren. Ein Beispiel dafür ist das psychologische Gutachten. Der Gutachter versuchte herauszufinden, wie Rolf Z. tickt, ohne mit ihm oder mit anderen Personen aus seinem Umfeld gesprochen zu haben. Er versuchte etwas zu konstruieren. Dabei entstand ein Gutachten, das sich vor allem mit dem Alkoholkonsum von Rolf Z. befasst. Auf das Sammelsurium an NS-Gegenständen und Nazipropaganda wurde nur am Rande eingegangen und als unpolitische Sammelleidenschaft abgetan. Zur NS-Zeit kann Unterschiedliches gesammelt werden: Über die Auslöschung jüdischer Gemeinden in Europa, zur Verfolgung von Sinti und Roma, zum KZ-Unwesen und Naziverbrechen. In der Wohnung wurden nur Gegenstände zur NS-Täterschaft gefunden. Das wollte der Gutachter nicht auseinander halten und das Gericht ist dessen Thesen gefolgt. Gleichzeitig wurde durch die Beweisaufnahme deutlich, dass Rolf Z. sowohl vor als auch nach der Tat bewusst und geplant vorgegangen ist. Das Opfer ist vielleicht zufällig ausgewählt worden, aber ein Mord sollte sowieso begangen werden. Die Ermittlungen, der Prozessverlauf, das Gutachten und der Urteilsspruch zeigen, dass die Justiz mit sehr unterschiedlichen Maßstäben misst. Stellen wir uns mal vor, dass bei einem muslimischen Menschen ein Vorrat von bedenklichen Gegenständen sowie Waffen und Schwarzpulver im Wohnzimmer oder Keller gefunden wird. Dann hätten wir sofort Fragen über die politischen Hintergründe, die Absichten oder stützenden Organisationsstrukturen. All diese Fragen spielten im Prozess gegen Rolf Z. keine Rolle.

Warum findet solch eine Entpolitisierung im Gericht statt und warum wird Rassismus nicht ernst genommen?

› Die Entpolitisierung ist Teil des institutionellen Rassismus. In diesem Prozess zeigt sich institutioneller Rassismus in einer verharmlosenden Gerichtsführung. Es wird nicht versucht, die Tat in einen politischen Zusammenhang zu stellen. Wenn die Tat als politisch eingestuft wäre, dann hätte dies ein anderes Vorgehen in den Ermittlungen zur Folge gehabt. Seit Jahrzehnten werden Rassismus und rechte Gewalt von Behörden nicht ernst genommen. Es gibt ein fortgesetztes ›Nicht-Wahrnehmen-Wollen‹ der organisierten rechten Szene. Das war so vor dem NSU-Prozess und ist jetzt noch so. Überlegen wir mal, was der Fund von einem Kilo Schwarzpulver in linken Kreisen zur Folge hätte. Da gibt es schon bei weit kleineren Verdachtsfällen Massenrazzien, Ermittlungen und Repressionen im Umfeld der Beschuldigten. Im Prozess gegen Rolf Z. wird im

Gegensatz dazu der Fund des Sprengstoffes nicht mal in der Anklage erwähnt. Die Ehefrau des Täters wird dann plötzlich zum Opfer, obwohl sie eine Mitwisserin ist. Außerdem entstehen unsaubere Ermittlungen. Der Sprengstoff wird nicht beachtet, das Umfeld wird vernachlässigt und frühere Polizeiakten gehen verloren. Diese kontinuierliche Verharmlosung ist systematisch. Auch nach der Selbstenttarnung des NSU hat sich daran nichts geändert.

Warum seid ihr als Burak-Initiative im Fall von Rolf Z. aktiv geworden?

› Direkt nach dem Mord an Luke Holland (20. September 2015) sind uns Ähnlichkeiten zu dem Mord an Burak Bektaş aufgefallen. Da ist wieder ein älterer Typ, der Menschen umbringt und sich entspannt vom Tatort entfernt. Das ist ein ungewöhnliches Verhalten. Der Täter blieb am Tatort stehen und ging danach seelenruhig nach Hause. Diese Ähnlichkeiten sind offensichtlich. Wir haben dann die Anwälte der Familie Bektaş darauf hingewiesen und so hat sich herausgestellt, dass Rolf Z. schon in der Akte zum Mord an Burak Bektaş als konkreter Hinweis auftaucht.[1] Wir sind zwar keine Jurist_innen, aber es ist zwingend zu ermitteln, ob der Mörder von Burak Bektaş und Luke Holland die gleiche Person sein könnte. Die Nebenklage im Fall Rolf Z. hat versucht, den möglichen Zusammenhang zwischen den beiden Morden im Prozess zu thematisieren. Ohne Erfolg. Wir haben den Eindruck, dass im Fall Burak Bektaş die Polizei und Staatsanwaltschaft bewusst Ermittlungen nicht ausgeführt haben. Mehrmals haben wir Hinweise geliefert, ohne dass diesen nachgegangen wurde. Natürlich kommt da die Frage auf: Warum machen die das? Keiner will nach der NSU-Mordserie etwas ändern oder lernen.

Welche Auswirkungen hatten der Prozess und das Urteil gegen Rolf Z. auf den Fall Burak Bektaş?

› Auffällig war, dass der Fall Burak Bektaş im Prozess gegen Rolf Z. nicht thematisiert werden sollte. Es gab keine Fragen zur Verbindung zwischen den zwei Taten. Staatsanwaltschaft und Gericht haben den Mord an Luke Holland verhandelt, während der Mord an Burak Bektaş nicht von Interesse war. Es hätte die Chance gegeben, die Verbindungen zwischen den zwei Taten genauer zu betrachten und diesen nachzugehen. Es wurde nicht untersucht, was Rolf Z. mit seinem Sammelsurium noch machte. Zusammenfassend kann man also sagen, dass wir mit der Aufklärung des Mordes an Burak Bektaş kein Stück weitergekommen sind. Es wurde jedoch wieder sichtbar, dass es wenig Aufklärungswillen der Justiz gibt. Allerdings haben wir mehr über Nazistrukturen in Neukölln erfahren. Wir haben von daher auf jeden Fall etwas gelernt.

Seht ihr einen möglichen Wandel im Umgang mit Rassismus auch speziell mit Bezug zum NSU-Prozess?

› Im NSU-Prozess wird genau solch ein Wandel verhindert. Die Nebenklagevertretungen haben viele Anträge gestellt, die durch den Richter kaum Beachtung finden. Sie wollen über die Strukturen des »Nationalsozialistischen Untergrunds« nichts wissen. Niemand kann ernsthaft behaupten, dass diese Strukturen der rechten Szene nicht vorhanden sind. Solch eine Verharmlosung ist nicht vorstellbar, wenn die Opfer andere wären. Stellen wir uns mal vor, die Anschläge hätten eine Straße getroffen, mit lauter weißen, deutschen Bewohner_innen. Die Strukturen hinter dieser Tat wären sofort im Zentrum der Ermittlungen. Dass man nicht wissen will, ist das Problem.

Lässt sich Rassismus durch das deutsche Recht überhaupt sichtbar machen?

› Die Möglichkeiten sind klar vorhanden. Es gibt kein Gesetz, das eine Aufklärung und vernünftige Ermittlungen gegen Rassismus verbietet. Es gibt im deutschen Recht alle Paragrafen, die benötigt werden. Eine verwerfliche Motivation ist schon immer strafverschärfend gewesen. Dabei kann man diskutieren, ob das Erheben über Menschenleben aus nationalistischen oder rassistischen Gründen besonders verwerflich ist. Insofern würden wir sagen, es fehlt uns nicht das Recht zur Abbildung oder Diskussion von Rassismus – man muss es eben diskutieren wollen. Die Justiz ist jedoch der Meinung, die Thematisierung von Rassismus sei zu schwierig. Die Motive müssen eine Rolle spielen. Im Fall Luke Holland wurde kein Motiv festgestellt und das ist eine Katastrophe.

Welche Folgen hat es, wenn kein rassistisches Motiv benannt wird, und macht sich ein Gericht mit solchen Urteilen auch mitschuldig an weiteren rassistischen Taten?

› Ja! Es entsteht der Eindruck, dass das Gericht nicht für Gerechtigkeit sorgen wollte. Ein rassistischer Täter kriegt für seinen Alkoholkonsum einen Strafnachlass und interessiert sich am Ende des Prozesses für die Rückgabe seiner Waffen und hofft auf eine vorzeitige Entlassung und will scheinbar weitermachen wie bisher. Darum ist das Urteil nicht nur fragwürdig, sondern auch ein Signal an die Opfer. Das Motiv wird nicht zur Diskussion gestellt und damit vollkommen verharmlost. Diese Leistung hätte in einem Gerichtssaal erbracht werden können. Ein Prozess ist immer eine Form von Öffentlichkeitsarbeit und wenn das so ist, muss Rassismus auch dort zur Sprache kommen. Wenn das nicht geschieht, wurde den Opfern Unrecht getan. Keiner weiß, warum Luke Holland sterben musste. Natürlich hat ein Täter das Recht zu schweigen, aber ein Gericht hat gleichzeitig die Aufgabe, ein Motiv herauszufinden. Das ist

in diesem Prozess nicht geschehen. Für die rechte Szene war dies außerdem ein erfolgreicher Mord: Luke Holland wurde getötet, die Kneipe, gegen deren Besucher sich der Mord richtete, wurde geschlossen und der Staat hat im Prozess kein Ausrufezeichen gegen Rassismus gesetzt.

Ist Prozessbeobachtung ein erfolgreiches Mittel, um gegen Rassismus vorzugehen?

› Wenn irgendwo etwas in Erfahrung gebracht werden kann, auch speziell zum Mord an Burak Bektaş, dann in diesem Prozess. Wenn es die Erzählung von Rassismus im Prozess nicht gibt, muss es mindestens eine Beobachtung geben, die festhält, was im Prozess geschieht. Eine weitere Prozessbeobachtungsgruppe aus Berlin macht genau diese Fälle von Rassismus innerhalb der Justiz zum Thema. Es ist für uns im Zweifel sehr aufschlussreich, auch andere Erzählungen thematisieren zu können. Außerdem ist die Unterstützung für die Eltern und die Nebenklage wichtig, denn es ist eine einsame Angelegenheit gegen diese Mauern von Justiz und Gericht vorgehen zu wollen.

Wie geht es weiter mit eurer Arbeit in der Initiative?

› Die Aufklärung des Mordes an Burak Bektaş bleibt unser zentrales Ziel. Wir möchten ebenfalls einen Gedenkort im öffentlichen Raum für Burak entstehen lassen. Auf keinen Fall darf sich das Alleine-Lassen von Opfern und Familien wiederholen, wie es bei dem Umgang mit den Angehörigen der NSU-Opfer der Fall war. Die Unterstützung von Angehörigen war auch ein Anlass zur Gründung unserer Initiative und unserer Prozessbeobachtung. Außerdem müssen wir den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft eine Gegenerzählung präsentieren. Wir müssen zusätzliche Ansichten aufzeigen. Das sind die Aufgaben unserer Initiative. Sowohl das Gedenken, als auch die weitere Aufklärung sind uns sehr wichtig. Dafür werden wir uns weiter einsetzen. ✖

Mehr Infos

- *Für weitere Informationen und Protokolle der Prozessbeobachtung siehe: http://burak.blogsport.de*
- *Für mehr Informationen zur Arbeit der Prozessbeobachtungsgruppe zum Thema Rassismus und Justiz in Berlin siehe: https://rassismusundjustiz.noblogs.org*

Fußnoten

1 *Rolf Z. war einem Hinweisgeber als illegaler Waffenbesitzer mit engem Bezug zum Tatort des Mordes an Burak Bektaş bekannt. Rolf Z. hat regelmäßig einen Bruder, der in unmittelbarer Tatortnähe wohnte, besucht und gemeinsam mit ihm Schießübungen durchgeführt.*

ZAG-Interview mit dem Bündnis gegen Rassismus

▯ ZAG

Fünf Jahre nach dem öffentlich werden des Nationalsozialistischen Untergrundes ist zu wenig passiert und zu viel unverändert geblieben. Das Bündnis gegen Rassismus hat sich vor fünf Jahren, auf Grund der Enttarnung des NSU zusammengeschlossen, um gemeinsam gegen Rassismus zu handeln.

Vom 29.10. bis 06.11.2016 wird das Bündnis eine Aktionswoche veranstalten, um Gedenken und Trauer mit neuen Initiativen und dem formierten Widerstand zu verflechten. Über das Bündnis und dessen Selbstverständnis mit Blick auf die Arbeit der letzten Jahre und die kommende Aktionswoche sprachen wir mit Nadiye und Zerrin aus dem Bündnis.

ZAG: Könnt ihr uns noch einmal die Hintergründe und die einzelnen Akteure hinter dem Bündnis gegen Rassismus erläutern?

› Der Hintergrund des Bündnisses ist das Bekanntwerden der NSU-Mordserie und der öffentliche Umgang damit. Als vor fast 5 Jahren bekannt wurde, dass ein breitgefächertes Netzwerk bestehend aus Neonazis und staatlichen Apparaten mordete bzw. Hilfestellungen bot und der respektvolle Umgang mit den Opfern des NSU in Medienberichterstattungen fehlte, hat der Migrationsrat Berlin-Brandenburg zu einem breiten Treffen eingeladen. Zu diesem Treffen kamen sehr viele unterschiedliche Personen, die einen Umgang mit diesem Schock suchten. Schnell stellten wir in dieser Phase fest, dass wir vor allem von Rassismus betroffene Menschen und deren Analysen in den Vordergrund stellen sollten. Und so ist es bis heute geblieben. Einige haben nach dieser Entscheidung das Bündnis verlassen, aber vor allem der Großteil von Rassismus betroffenen Menschen ist geblieben, um dieses Bündnis weiter aufzubauen. Heute sind wir eine gemischte Gruppe, in der weiße Bevormundung wenig Raum hat und wir auf Augenhöhe politisch zusammenarbeiten. Auffällig ist dabei, dass wir uns sehr von klassischen weißen Antifa-Strukturen unterscheiden und intersektionale, aber auch generell politische und gesellschaftliche Machtverhältnisse für uns benennen und diskutieren.

ZAG: Wie nimmt sich das Bündnis selbst war? Versucht ihr den NSU aufzuarbeiten oder möchte das Bündnis eine allgemeine politische Debatte über und gegen Rassismus führen?

› Da wir keine homogene Gruppe sind, herrschen diesbezüglich natürlich unterschiedliche Wissensstände. Als Bündnis bieten wir Raum für Menschen, die sich mit den kleinsten Details des NSU-Umfelds beschäftigen und auch für die, die auf einer anderen Ebene ihre Kritik, Wut und Trauer über die rassistischen Verhältnisse in dieser Gesellschaft äußern. Wichtig ist uns allen dabei, dass alle als Expert_innen anerkannt werden. In der Vergangenheit, haben wir tatsächlich stärker versucht, Rassismus an sich als ein Machtmechanismus in dieser Gesellschaft zu verdeutlichen und Widerstandsstrategien auszuarbeiten. Weshalb wir auch dreimal das Festival gegen Rassismus auf dem Blücherplatz organisiert haben. Denn uns ist wichtig, in unserer antirassistischen Arbeit neben dem Reagieren auf Rassismus auch zu agieren. Das Festival war somit eine Plattform, in der gesellschaftliche Machtverhältnisse nochmal verdeutlicht wurden und wir uns gegenseitig unterstützt und neue Strategien überlegt haben. Das Festival ist für uns ein Ort des antirassistischen Widerstands von und für nicht-weiße Menschen geworden.

ZAG: Die geplante Aktionswoche in Berlin beinhaltet ein facettenreiches Programm, welche Aktionen sind genau geplant? Und sind auch Aktionen in anderen Städten geplant?

› Wir vom Bündnis gegen Rassismus wollen anlässlich des fünften Jahrestags der sogenannten Selbstenttarnung des NSU eine Aktionswoche zwischen dem 29.10. und 06.11.2016 in Berlin durchführen. In der Aktionswoche werden an verschiedenen Orten in Berlin diverse Aktionen, Workshops und Interventionen im öffentlichen Raum stattfinden, wie etwa in Spätis, Cafés und Bibliotheken, auf Straßen und Plätzen und an anderen frequentierten Orten. Abschließen möchten wir die Aktionswoche mit einem ganztägigen Kongress am 05.11.2016, der eine Reihe von Panels, Workshops und Performances beinhalten wird, und einem Filmabend am 06.11.2016. Eine Gedenkdemonstration wird zur Zeit seitens anderer Gruppen geplant, mit denen wir ebenfalls vernetzt sind. Thematischer Schwerpunkt der Aktionswoche ist Gedenken und Widerstand. Erinnern und öffentliches Trauern sind wichtige Formen des politischen Protests. Viele Initiativen wurden aus der Notwendigkeit heraus gebildet, Opfer rassistischer Gewalt nicht in Vergessenheit geraten zu lassen, und weiter an Aufklärung und Gerechtigkeit zu appellieren. Die Frage ist: Wie können wir Gedenken politisch wirksam gestalten? Wir gedenken im Rahmen der Aktionswoche den vom NSU Ermordeten und anderer Opfer rassistischer Gewalt. Wir möchten Erfahrungen mit institutionellem, strukturellem und Alltags-Rassismus sowie die Verschränkung verschiedener Diskriminierungsformen thematisieren. Desweiteren wollen wir Widerstandsstrategien verknüpfen und ausbauen. Wir vergessen dabei niemals Mölln, Rostock-Lichtenhagen, Solingen und immer noch brennende Geflüchtetenunterkünfte in Deutschland und ganz Europa. Wir sehen, wie sich die Geschichte um rassistische Mobilisierung in der BRD immerzu wiederholt. Die Geschichte wiederholt sich -- aber wir kämpfen gemeinsam weiter, um unsere Geschichte am Leben zu halten.

ZAG: Was erwartet ihr von den Panels und Performances auf dem Kongress und was können Teilnehmer von den Workshops, die dort angeboten werden, erwarten und mitnehmen?

› Das Programm der Aktionswoche und auch des Kongresses steht noch nicht genau fest. So viel kann allerdings schon gesagt werden: Am 5.11.2016 möchten wir vor allem den Analysen und Belangen der Betroffenen des NSU und anderer rassistisch motivierter Mordanschläge sowie generell von Rassismus Betroffenen einen Raum geben. Wir denken nämlich, dass einerseits in der öffentlichen Debatte um den sogenannten NSU-Skandal als auch in linksradikalen Diskussionen die Täter_innen und deren Umfeld im Vordergrund stehen und nicht so sehr, was die Analysen, Belange und Forderungen der Betroffenen sind. Wie soll es also nach dem Tag X – dem Ende eines kaltblütig und halbherzig geführten Gerichtsverfahrens um das mutmaßliche »Terrortrio« – für uns alle weitergehen? Einen weiteren Programmpunkt werden internationale Antira-Aktivist_innen füllen, die wir für unsere Diskussionen sowie Workshops zu »Gedenken und Widerstand« nach Berlin eingeladen haben.

ZAG: In eurem Aufruf für die Aktionswoche fragt ihr: »Was können wir im Zuge des NSU-Skandals lernen?« Habt ihr als Gruppe bereits eine Antwort darauf gefunden?

› Ich glaube nicht, dass es dazu eine universelle Antwort gibt. Denn jede und jeder wird aus dem NSU-Skandal unterschiedliche Dinge für sich gelernt und mitgenommen haben. Was wir aber dennoch festhalten können ist, dass wir uns organisieren müssen, um gehört zu werden. Dies haben uns die Angehörigen der NSU-Opfer nochmals gut verdeutlicht. Sie sind von Beginn an davon ausgegangen, dass rechte Strukturen hinter den Morden stecken und dass es einen Zusammenhang zwischen den neun Morden gibt. Es hat ihnen nur niemand zugehört.

ZAG: Wie können antirassistische Gruppen der Vereinfachung des Problems entgegenwirken? Ihr stellt euch als Bündnis entschieden gegen die einfache Darstellung des NSU als kleine Terrorgruppe. Wie können die Tatsachen der Unterwanderung bis in staatliche Institutionen sichtbar gemacht und wie kann gegen eine Ausdehnung rechtsradikalen Gedankenguts gewirkt werden?

› Diese Frage hat viele Ebenen und es wird mir schwer fallen, das in ein paar Sätze zu quetschen. Aber ich möchte damit anfangen zu sagen, dass wir – also alle in dieser Gesellschaft samt ihrer Institutionen – begreifen und praktizieren müssen, dass Rassismus ein solides also unumkehrbares Machtverhältnis ist. Dafür steht die politische Arbeit des Bündnisses gegen Rassismus von Anfang an. Wir werden uns also weiterhin selbst organisieren, Öffentlichkeit herstellen und uns von keinem Weißen (Deutschen) vorschreiben lassen, wie wir das zu tun haben – egal aus welcher Ecke der nun auch kommen mag. Wir erleben es nämlich leider zu oft, dass wir – im großen weißen deutschen Antifa-Mythos immer noch als Randerscheinung wahrgenommen werden, statt als Genoss_innen, Mitstreiter_innen und politische Subjekte. Dies sehen wir eben auch an einigen »antirassistischen« Gedenkinitiativen, die mehrheitlich aus weißen deutschen Aktivist_innen bestehen und sich als die einzigen Akteur_innen im Gedenken und im Kampf für Gerechtigkeit für Opfer von rassistischer Gewalt inszenieren. Wenn man sich aber die Geschichte des antirassistischen Widerstands – mindestens seit den 1990ern – anschaut, wird man erkennen, dass es immer schon die Communities der Betroffenen gewesen sind, die sich als allererstes zur Wehr gegen den rassistischen Konsens in Deutschland gesetzt haben. Ich denke aber trotzdem, dass sowohl das Bündnis gegen Rassismus als auch viele andere antirassistische, antikoloniale und antikapitalistische Initiativen sowie Einzelpersonen und nicht zuletzt auch die Geflüchtetenproteste in Deutschland die verschiedenen Formen und Gestalten des alltäglichen und institutionellen Rassismus in der BRD aufzeigen. Schade ist nur, dass wir diese Kräfte zurzeit nicht allzu gut gebündelt bekommen. Das hat mehrere Gründe, aber vor allem denke ich hängt es damit zusammen, dass wir – ganz im Gegensatz zur weißen deutschen Antifa – keine eigenen Orte und Infrastruktur haben, um uns besser selbst zu organisieren und zu wachsen. Um also zum letzten Teil der Frage zu kommen: Ich denke, dass es uns an kritischem Wissen und Analysen nicht mangelt; aber ist diese Gesellschaft bereit, diese zu hören und ernst zu nehmen, ohne sich gleich in ihren Privilegien bedroht oder sonst wie auf den Schlips getreten zu fühlen? ✖

Mehr Infos

✖ *Für weitere Informationen über das Bündnis gegen Rassismus und die Aktionswoche »Nein zu Rassismus in Politik, Alltag und Institutionen« findet ihr hier: www.buendnisgegenrassismus.org*

SCHWERPUNKT

Biedermänner

Der Rassismus aus der »Mitte der Gesellschaft« gibt den Brandstiftern Zunder

ZAG

Es brennt in Deutschland. Der Rechtsterrorismus nimmt stetig zu, während die Aufklärungsquoten gering bleiben (siehe Call 73: Brandstifter). Die AfD hat in Mecklenburg-Vorpommern bei der Landtagswahl Anfang September mehr Stimmen bekommen als die CDU und wurde zweitstärkste Kraft nach der SPD. Viele Zeitgenossinnen und Zeitgenossen zeigen zurzeit auf das AfD/NPD-Pack und rufen: Da sind die Brandstifter! Haltet sie!
Das greift zu kurz.
Vielmehr ist es der Rassismus aus der Mitte der Gesellschaft, es ist der Rassismus der Biedermänner, der die Brandstifter unterstützt. Es ist zum Beispiel der Rassismus der CDU/CSU, die sich mit ihrem Vorstoß zur Flüchtlingspolitik von Anfang September als Regierungsflügel der AfD profiliert hat. Es ist der Rassismus von Gabriel, der »Obergrenzen« für ein Menschenrecht fordert und damit dessen Abschaffung betreibt. Sogar Sarah Wagenknecht versuchte sich im rassistischen Stimmenfang unter dem Motto »Deutsche zuerst« und erntete Applaus von der AfD. Dieser verbreitete Rassismus, der Geflüchtete ausschließlich als »Problem«, ohne Grund als Kriminelle und zuerst mit gefälschten Ausweispapieren darstellt (Bundesinnenminister De Maiziere) ist inzwischen salonfähig. Es ist dieser medial und politisch in allen Lagern verbreitete Rassismus, der alle Muslime zu »potentiellen Terroristen« verunglimpft und der viele Biedermänner ermutigt, sich Pegida anzuschließen, Geflüchtete anzugreifen, die Unterkünfte anzuzünden. Um diesen Rassismus geht es im aktuellen Heft. Phillip Knopp und Tino Heim zeigen, wie Pegida Redner*innen sich immer wieder auf Aussagen von Politiker*innen der CDU/CSU/SPD beziehen und dass es zwischen beiden Lagern eine Komplizenschaft und große Überschneidungen in den verwendeten Begriffen gibt. Sie analysieren den Erfolg des Rechtspopulismus als Folge von Verunsicherungen, die wiederum aus der neoliberalen (Globalisierungs-) Politik resultieren. Dabei sind es nicht unbedingt die Armen, die das stärkste Ressentiment pflegen, sondern ein relativ gut gebildeter Mittelstand, der sich vom Abstieg bedroht sieht. Anne Seek analysiert die Ursachen ähnlich und präsentiert Ergebnisse von Meinungsumfragen, bei denen eines auffällt: Die Unterschichten kommen schlecht weg. Sie stellt die Frage, ob das an der Lebenssituation liegt oder daran, dass in Punkto Bildung und Reichtum Privilegierte einfach besser darin sind, sozial erwünschte Antworten zu geben.

Auch jenseits des Schwerpunktes haben wir das Thema, dass Rassismus keine Abweichung von der eigentlich gerechten kapitalistisch-demokratischen Ordnung ist. Arian Schiffer Nasserie zeigt, dass die rassistische Polizeigewalt nicht wirklich auf postkolonialem Rassismus basiert, sondern seine Ursprünge in der kapitalistischen Eigentumsordnung finden. Schwarze sind aufgrund der rassistischen Geschichte in der Armutsbevölkerung überrepräsentiert. Deshalb trifft sie die Polizeigewalt häufiger. Wenn also das kapitalistische System und dort insbesondere die aggressive neoliberale Politik Effekte hat, die Rechtspopulismus begünstigen, dann stellt sich die Frage, was tun? Wie kann die Linke die Verteilungsfrage neu stellen? Heim und Knopp weisen darauf hin, dass nicht alle Zeichen auf Untergang stehen. Zunächst gelte es, die falschen Abgrenzungspolitiken zwischen der sogenannten politischen Mitte und dem rechten Rand zu entlarven und aufzuzeigen, dass Rassismus im neoliberalen System und in der Festung Europa gewollt ist. Und sie weisen auch darauf hin, dass es Einstellungsstudien nach ein großes Potential an demokratischen und liberalen Menschen in Deutschland gibt. Gerade in der Shell-Jugendstudie wurde dies deutlich. Es geht also darum, die Mittel gesellschaftlicher Produktion, Distribution und Kommunikation zu nutzen, die gerade im Krisenlabor heranreifen. Es gilt, die Chancen für emanzipatorische Veränderungen zu nutzen.



Die Mitte – der ruhende Punkt?

»Die Mitte« steht nicht nur für eine räumliche Koordinate, sondern illustriert ein politisches und soziales Phänomen. Mitte bezeichnet den gleichen Abstand zu mindestens zwei Punkten. Innerhalb eines Kreises oder auf einer Geraden liegend, ist es der Punkt an dem die Referenzpunkte gespiegelt erscheinen. Doch manche Formen besitzen gar keinen Mittelpunkt oder gar mehrere.

Der Begriff der politischen Mitte kämpft mit den gleichen Problemen wie die Geometrie. Sie wird nur durch die Wahrung der gleichen Entfernung zu unterschiedlichen politischen Positionen wie »links« und »rechts« verständlich. Sie ist ein relationales Konzept, welches in erster Linie durch Abgrenzung gekennzeichnet ist. Als politische Mitte wird uns einiges angeboten: Liberalismus, Konservatismus und mittlerweile gar die Sozialdemokratie. Dies ist nicht selbstverständlich. Der politische Konservatismus ist erst mit der Anerkennung des Parlamentarismus in der Mitte angekommen. Der Begriff der politischen Mitte ist auch erst in Verbindung mit einer öffentlichen, geregelten Auseinandersetzung sinnvoll. Ansonsten wäre es gar keine Frage, wo mensch politisch steht, sondern es würde nur die Frage bleiben, ob mensch für den Status quo oder dagegen ist.

»Da die Politiker*innen mit Worten statt mit Kugeln feuern, und da diese Worte notwendigerweise von den zur Debatte stehenden Problemen geliefert werden, mag dies nicht immer so klar sein wie im militärischen Falle. Aber trotzdem bildet der Sieg über den Gegner den Kern beider Spiele.«[1]

In der ökonomischen Theorie der Demokratie, wie sie unter anderem von Schumpeter formuliert wurde, ist das US-amerikanische Parteien- und Wahlsystem ein hervorragendes Beispiel dafür wie die politische Mitte hergestellt wird. Die Wählenden möchten ihre Stimme bestmöglich nutzen und wählen diejenige Partei, die ihnen größten Nutzen verspricht. Die siegreichen Kandidat*innen werden die sein, die die meisten Stimmen auf sich vereinigen können, die am besten den Erwartungen der Wählenden entsprechen und damit die meisten Stimmen auf sich vereinigen werden können. Die Kandidat*innen werden am meisten Stimmen einfangen können, wenn sie die Position wählen, an der sie am meisten Wähler*innen erreichen können: Das ist die Mitte. Wo immer die auch politisch liegen mag. Diesen Ort bestimmt der Durchschnitt des Wahlvolks.

Wenn sich nun die Parteien alle in der Mitte orientieren ist ihre politische Abgrenzung immer gefährdet, die Verwechselungsgefahr ist groß. Aus der Sicht der Wählenden wird damit aber auch ihre Entscheidung immer unwichtiger. Denn wo es nichts entschieden Unterschiedliches zu entscheiden gibt, lohnt sich die Wahl kaum.

Während die politische Mitte scheinbar durch Wahlen bestimmt werden kann, ist der Begriff der sozialen Mitte schwerer zu bestimmen. Mit dem frühen Marx und Engels könnte man formulieren, dass sich die Mitte auflöse durch die Proletarisierung weiter Teile der herrschenden Klasse. Letztendlich würden sich nur noch Bourgeoisie und Proletariat gegenüberstehen. Nun gibt es aber immer noch solche Kategorien wie Klein- und Großbürger*innen. Die Mittelklassen sind immer noch präsent. Der Einfachheit halber kann man die Mittelschichten anhand ihres Einkommens bestimmen. Das mittlere verfügbare Jahreseinkommen in der BRD lag 2015 bei 24.152 €. D.h. 50 Prozent der Einkommensbeziehenden haben bis zu 2.013 € im Monat zur Verfügung, die andere Hälfte hat mehr. Nun ist der Kreis derer, die nahe am Medianeinkommen liegen, immer weiter geschrumpft, die Ungleichverteilung der Einkommen (und der Vermögen) hat zugenommen. Verschwindet die Mitte? Nein, aber einkommensstatistisch steht sie unter Druck.

Aber was sagen schon Statistiken, was Durchschnitte und das Mittelmaß? Genau, die Mitte ist nicht homogen. Das Bild, was wir uns von ihr machen, drückt sich nicht in einer bestimmten Berufsgruppe aus, die Menschen tragen nicht alle Kostüm und Krawatte, arbeiten in Dienstleistungsunternehmen oder im öffentlichen Dienst.

Die Mitte ist kulturell nicht homogen. Michael Vester[2] unterscheidet für die BRD drei Milieus der Mitte: das Milieu der Facharbeiter*innen, der ständischen Kleinbürgerlichen sowie das hedonistisch orientierte Milieu. Während die praktische Intelligenz der Facharbeiter*innen auf ihre Ausbildung sowie gegenseitige Solidarität (zumeist nur im Sinne der Nachbarschaftshilfe) setzt, um ein gutes Leben führen zu können, sehen die ständisch orientierten Kleinbürger*innen ihr Heil in der Unterordnung und dem Status quo. Sie sind überwiegend kleine Beschäftigte und Selbstständige in traditionellen Berufen und suchen Sicherheit in den Hierarchien der Familie, der Arbeit und der Politik. Dem entspricht ein konventioneller und autoritärer Habitus (die die typischen AfD-Wählenden). Das hedonistisch orientierte Milieu bildet wiederum das Sammelbecken der Verweigerer und Enttäuschten.

Die Mitte ist also vielgestaltiger und ständig in Bewegung – als es ein einfacher, dimensionsloser Punkt je sein könnte. ✖

Fußnoten

1 *J.A. Schumpeter, in:Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, Tübingen, Basel: Francke 1993, S. 443.*

2 *Forschungsgruppe Habitus und Milieu, Prof. Dr. Michael Vester, Kurze Beschreibung der sozialen Milieus in der Veröffentlichung der Rosa Luxemburg Stiftung, 2012*

Rassismus der Mitte

Panik oder Einstellungssache?

▯ Jana Krtek

Die politische Mitte ist vollbesetzt, kaum noch Platz, dort wo alle politischen Parteien sein möchten. Wie kommen sie alle dahin? Weltweit kann man in Folge der verschiedenen Krisen nach 2008 ein Erstarken rechter populistischer Parteien beobachten. Nicht nur in Griechenland oder Spanien. Die Beispiele sind markant, die Erfolge der Front National in Frankreich, die Präsidentschaftskandidatur Donald Trumps oder die parlamentarischen Erfolge der AfD. Das Phänomen selbst ist nicht unbekannt und bereits länger zu beobachten. Ihre Selbsteinschätzung als bürgerliche Mitte verwundert aber dennoch.
Nachdem die CDU eine programmatische Lücke rechts von sich hinterlassen hat – ganz nach dem Diktum, dass rechts von der CSU/CDU kein Platz für eine noch rechtere Partei sein solle – konnte sich die AfD erfolgreich darin festsetzen. Nun will aber die AfD selbst eine bürgerliche Partei der Mitte sein und die CDU in dieser Position ablösen.

Extremismus der Mitte

Lipset bietet mit seinem Begriff des »Extremismus der Mitte« eine Deutung an, die aus diesem Dilemma führt. Lipset teilt Gesellschaften einfach in drei Schichten: Arbeiter-, Mittel- und Oberschicht. Lohnarbeitende und kleine Bauern gehören der Unterschicht an, Kaufleute und Angestellte der Mittelschicht und Industrieunternehmer und Großbauern der Oberschicht. Nach Lipset bildet jede der drei Schicht eine politische Tendenz aus, die wiederum eine demokratische und eine extremistische, diktatorische Variante besitzen. Demokratisch wären Sozialdemokratie, Liberalismus und Konservatismus, extremistisch dagegen Kommunismus, Faschismus und Bewegungen wie der spanische Franquismus. Das heißt dass nicht nur »linke« und »rechte« Extremist_innen sein können, sondern auch Angehörige der »Mitte«. Zudem ordnet er faschistische Bewegungen eindeutig der Mittelschicht zu im Gegensatz zu Haltungen, die den Faschismus als Werkzeug des Großkapitals betrachten.
Die Wähler_innen der AfD entstammen Milieus, die man als bürgerlich oder Mittelschicht bezeichnen würde: Eigenheimbesitzer, Handwerker und Angehörige freier Berufe und daneben Arbeitslose und Akademiker. Das hält weder die ParteifunktionärInnen der AfD noch ihre Anhänger_innen von rassistischen und menschenverachtenden Äußerungen ab. Zudem beschränkt sich die Vorstellung von Demokratie bei ihnen auf die formale von Zustimmung für exekutive Maßnahmen, wie bei ihren Forderungen nach direkter Demokratie, die sie als Instrument für den Volkswillen ansehen. Es ist ein entleerter Demokratiebegriff und in Teilen gehen die Äußerungen der AfD auch weit über diese formale Deutung hinaus: Schußwaffengebrauch an der Grenze oder die Aussage »Deutschland in seiner jetzigen Form soll abgeschafft werden.«
Insofern könnte man der AfD mit Einschränkungen als einen Extremismus der Mitte attestieren. Die Selbstbeschreibung als Partei der Mitte und ihre extremistische politische Tendenz sind kein Gegensatz.

Marktförmiger Extremismus

Wenn nach dem »Rassismus aus der Mitte« gefragt wird, dann meinen wir, dass nicht die gesamte soziale oder politische Mitte rassistisch sei. Vielmehr, dass Rassismus weit verbreitet und vielfach akzeptiert ist. Anders bei der Formulierung »Rassismus der Mitte«. Hier wird nach einem spezifischen Rassismus gefagt, der typisch für eine Vertreter_innen ist.

In der Langzeitstudie »Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit« steht: »eine stabile sozioökonomische Mitte ist die Basis für einen demokratischen Grundkonsens. Wenn Prekarisierung auf der einen und wachsender Reichtum einiger Weniger auf der anderen Seite die sozioökonomische Mitte aufzehren, sind demokratische Grundorientierungen gefährdet« (Fragile Mitte 2014: 42). Besonders hohe Zustimmung erhält der »marktförmige Extremismus« bei Anhänger_innen der AfD. Unternehmerische Selbstoptimierung und Bewertung vom Menschen nach ihrer Nützlichkeit und Effizienz seien aber kein dominantes Phänomen der Mitte insgesamt, doch die »Partei AfD greift das vorhandene wettbewerbspopulistische Potential offenbar als politisches Sprachrohr auf und scheint gerade diese ökonomisch menschenfeindliche Verbindung zu kanalisieren« (Fragile Mitte 2014: 118).

»AfD-Sympathisanten und bedrohte Personen, die marktförmigem Extremismus zustimmten, vertraten auch besonders stark die Meinung, dass sich, wie in der Natur, auch in der Gesellschaft der Stärkere durchsetzen sollte, dass es wertvolles und unwertes Leben gebe und dass die Deutschen anderen Völkern von Natur aus überlegen seien. Hier, in dieser ökonomisch menschenfeindlichen Verbindung von marktförmigem Extremismus mit Rechtsextremismus im wettbewerbspopulistischen Milieu offenbart sich eine reale Gefahr für die Demokratie mit klaren Verbindungslinien in die Mitte unserer Gesellschaft« (ebd.).

Die Stärke der AfD ist es, eine Verbindung zu schlagen zwischen rechtextremen Einstellungen und einer radikalisierten Mittelschicht. Wer diese Mittelschicht ist, lässt sich nur unzureichend anhand einer groben sozioökonomischen Zuordnung oder politischen Selbsteinschätzung bestimmen, wie es die Studie »Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit« versucht. Wie stabil dieses Gemisch verschiedener sozialer Mileus, Parteieliten und politischer Weltbilder ist, wird sich zukünftig zeigen. ✖

Quellen

- *Lipset, Seymour Martin: Der »Faschismus«, die Linke, die Rechte und die Mitte. In: »Theorien über den Faschismus«, Ernst Nolte (Hg.), Kiepenheuer u. Witsch: Köln/Berlin, 1967*
- *Zick, Andreas; Anna Klein: Fragile Mitte, feindselige Zustände: rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014, Bonn: Dietz, 2014.*

Nichts Neues aus Sachsen!?

Pegida als Spiegel fundamentaler gesellschaftlicher Widersprüche[1]

Tino Heim und Philipp Knopp

Die »Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes« sind weit über Deutschland hinaus zum Symbol eines neuen Aufschwungs rechter Bewegungen mit völkisch-nationalistischem Einschlag geworden. Pegida wie der Aufstieg der AfD sind aber nur der sichtbare Nachtrab eines EU-weiten Rechtsrucks, der die Machtfrage stellt bzw. in einigen Staaten bereits zu rechts-konservativen, autokratischen Regierungen geführt hat. Dass diese gesamteuropäische Entwicklung den Krisengewinner Deutschland nur verzögert einholt, liegt einerseits daran, dass ökonomische, soziale und politische Folgen der Krise des globalen Kapitalismus und der neoliberalen Postdemokratie – die wir als wesentliche Ursachenkonstellation der Rechtsverschiebung ansehen – hier etwas länger vertagt werden konnten. Andererseits ist aber auch relevant, dass die etablierten Parteien selbst lange Zeit erfolgreich Krisenursachen und soziale Verwerfungen auf diverse ›Andere‹ projizierten, die zur Gefahr für das nationale Wohlstands- und Leistungskollektiv erklärt wurden. Die Ursachen der neuen rechten Mobilisierung liegen daher tiefer als populäre Thesen einer »Repräsentationslücke« im konservativen Lager vermuten lassen. Denn Pegida greift letztlich nur etablierte Diskursfiguren und Kollektivsymboliken auf, um die konsequente Einlösung allerorten geforderter repressiver Maßnahmen gegen diese zur Bedrohung erklärten Gruppen einzuklagen.

Epistemologische Komplizenschaft

Bei allen wechselseitigen Feindsetzungen erweisen sich Pegida, Parteipolitik und Medien insofern als »epistemologische Komplizen« als das sie mit geteilten Deutungsmustern, Metaphern und Narrativen dieselben Wissensordnungen und Orientierungssysteme reproduzieren. Deutlich wird das bereits am typischen Verlaufsmuster von Pegida-Reden. Gerade die Beiträge des »Orga-Teams« bestehen überwiegend aus Zitaten und Kommentaren zu Presseberichten und politischen Reden. Der einleitenden Medien- und Politikschmähung folgt eine ausführliche, *zustimmende* Darstellung von Äußerungen politischer, akademischer und medialer Autoritäten, deren Positionen übernommen werden, um abschließend die soeben Zitierten wieder als Lügner*innen und Volksverräter*innen zu diskreditieren. So besteht etwa Lutz Bachmanns Rede vom 22.12.2014 primär aus zustimmenden Kommentaren zu Zitaten von Seehofer und Merkel, die »exakt die Position Pegidas« ausdrückten. Ein als Hans eingeführter Redner baut seine ganze Rede vom 27.7.2015 um die zustimmende Darstellung von Äußerungen Stanislaw Tillichs (»Der Islam gehört nicht zu Sachsen«) und Markus Ulbigs auf, deren fremden- und islamfeindliche Gesinnung »Applaus« verdiene. Dies zeigt, dass sich Pegidas Verteidigungskampf gegen multiple Bedrohungen, durch als »faules Pack« rubrizierte ›Andere‹ – Geflüchtete, Erwerbslose, Studierende etc. – auf eine breite Tradition der Abwertung berufen kann, die vom rot-grünen Diskurs zum ›aktivierenden Sozialstaat‹, der ›Wer-betrügt-fliegt‹-Kampagne der CSU bis zum rassistischen Kollektivsymbol des ›faulen Südländers‹ in der ›Euro-Krise‹ zum festen Inventar politischer Debatten gehörte (vgl. Knopp 2016; Heim 2016).

Dass Pegida sich gerade in Sachsen erfolgreich etablieren konnte, mag daran liegen, dass entsprechende Tendenzen im Kontext der ›sächsischen Demokratie‹ stärker ausgeprägt sind. Das gilt für die Politik der Alternativlosigkeit ebenso wie für völkisch-identitäre Zwischentöne des offiziellen politischen Diskurses, die z. B. das Grundsatzpapier »Deutscher Patriotismus im vereinigten Europa« der sächsischen CDU von 2005 geradezu prototypisch zeigt. Darin soll die »Zerrüttung« durch die »Kulturrevolte von 1968« etwa durch »positive nationale Wallungen« und mehr Opferbereitschaft für die deutsche Schicksalsgemeinschaft im christlichen Abendland überwunden werden. Die dabei beschworenen Ideale einer kulturell homogenen Gemeinschaft und ultrakonservativer Geschlechter- und Familienbilder konnten durch die Bindung an Bundes- wie EU-Recht freilich nie erfüllt werden, prägten aber die kollektiven Orientierungen und Wissensbestände, auf die Pegida zurückgreifen kann. Selbst die Parole der ›Lügenpresse‹ verdichtet nur Deutungsmuster der Landes-CDU, die etwa rechte Gewalt als ein durch mediale ›Hetzkampagnen‹ erzeugtes Phantom bagatellisierte. Für die Bewegung und den deutschen Konservativismus hat die Landeshauptstadt Dresden darüber hinaus besondere Bedeutung. Hier wurden seit der Wende, etwa im rituellen Gedenken an die Bombardierung im II. Weltkrieg, revisionistische Deutungsmuster der deutschen Geschichte hegemonial, die auch über die Landesgrenzen hinaus zur Normalisierung der geopolitischen Rolle Deutschlands beitrugen. An das für das städtische Selbstbild prägende Ereignis knüpft Pegida an und stützt sich dabei auch auf den mythisch überhöhten Aufbau- und Opfergeist der Dresdner*innen. Letzteres bildet eine Variante des auch von der CDU gepflegten ›sächsischen Exeptionalismus‹, der Sachsen zum privilegierten Ausgangspunkt einer konservativen

Wiedergeburt Deutschlands machen soll und der Abwertung von Geflüchteten und Minderheiten eine Legitimation gibt (vgl. Steinhaus/Heim/Weber 2016).

Trotz einigen Lokalkolorits sind Rassismus, Chauvinismus und Autoritarismus aber kein rein sächsisches Problem und kein Produkt willkürlicher Diskurse. Diese bilden vielmehr spezifische strategische Reaktionen auf Strukturprobleme kapitalistischer Vergesellschaftung, zu denen auch die Paradoxien und Grenzen politischer Partizipation zählen.

Strukturprobleme und ihre Verschärfung in der neoliberalen Krisenpolitik

Wenn die Pegida-Reden Teil einer von chauvinistischen und rassistischen Deutungsmustern geprägten diskursiven Normalität sind, die auch institutionell verankert ist, stellt sich die Frage, warum eine entsprechende Ausgrenzungspolitik zugleich den Orientierungsrahmen einer langatmigen Protestbewegung bilden konnte. Hier scheint ein anderes Grundmotiv der Bewegung relevant, das sich verdichtet in der ›Volksverräter‹-Parole ausdrückt. Pegida-Reden beklagen die Abkopplung ›der Politik‹ vom ›Volk‹, die Inkonsistenz politischer Programmatiken und die (vermeintlich) inkonsequente Umsetzung neorassistischer Rhetoriken. Dabei handelt es sich freilich nicht um ein singuläres Versagen oder den Verrat einzelner Politiker*innen, sondern um sichtbare Folgen konstitutiver Strukturmerkmale moderner Politik, die letztlich Ausdruck und Vermittlungsform vielfältiger Widerspruchsdynamiken zwischen formal egalitären, demokratischen Formen und den konstitutiv inegalitären Funktionen des Staates im System eines auf Ausbeutungs- und Dominanzbeziehungen beruhenden globalen Kapitalismus sind.

Was Pegida der Parteienpolitik als ›Verrat‹ anlastet und was Medien und Politik umgekehrt als ›Politikverdrossenheit‹ beklagen, resultiert aus einer Trennung der professionellen Politik von den »Laien«, welche Pierre Bourdieu (2010) als unhintergehbare Voraussetzung der Entstehung moderner Politik schildert. Diese charakterisiert zudem die auch von Luhmann (1983) und Offe (1972) betonte Trennung der Funktion der Legitimitätsbeschaffung von der Funktion politischer Entscheidungen: Wahlprogramme vermeiden klare Positionen, um gegensätzliche Klassen- und Milieuinteressen gleichermaßen zu adressieren. Dies sichert die spätere Legitimität beliebiger, strukturell unbestimmter und unberechenbarer politischer Entscheidungen, die keine Wählerinteressen repräsentieren, sondern an Bezugsproblemen professioneller Politik orientiert sind – an komplexen Rechtslagen, an labilen politischen Kräfteverhältnissen, an fluktuierenden Fraktions-, Flügel- und Lobbyinteressen, an je nach dem Stand dieser Verhältnisse variabel interpretierten ›Werten‹ und ›Markenkernen‹. Dass solche Faktoren dem ›Wahlvolk‹ unverständlich bleiben oder ihre Offenlegung dem Wahlerfolg abträglich wäre, begünstigt den nicht nur bei Pegida monierten Eindruck einer Politik, die heute dies, morgen jenes sagt und dann ganz anderes tut.

Die Schwachstelle dieser Systemlogik bleibt, dass die Legitimitätsbeschaffung ein Minimum an Unterstützung durch die Bevölkerung erfordert. Die dramatische Erosion der Basis der Volksparteien und die zunehmende Wahlverweigerung seit den 1990er Jahren führen zu einer sich zuspitzenden Krise dieses Demokratie-Modells. Strukturell resultiert diese Krise aus dem Zerfall der Basis des »Augenblicks der Demokratie« (Crouch 2008: 14ff.) in der Nachkriegszeit. Die keynesianische Wirtschaftspolitik und die Ausbeutung der globalen Peripherie erfüllten Erfordernisse der fordistischen Produktion nach expansivem Massenkonsum und stabilen Arbeitsverhältnissen in einer Form, die einen Kompromiss zwischen den Interessen der Kapitalakkumulation und der Lohnarbeitenden ermöglichte. Ein kontinuierliches und expansives Wachstum erlaubte die Ausweitung der auf Konsum und staatliche Vorsorge begrenzten sozialen und politischen Teilhabe für die Bevölkerungsmehrheit in den Grenzen der parteiübergreifend konsensuellen Zustimmung zu Kapitalismus, Sozialstaat und Repräsentativdemokratie.

Demgegenüber gleicht der neoliberale Kapitalismus eine strukturelle Akkumulationskrise durch eine globale Umverteilung von ›unten nach oben‹ aus. Der Ab- und Umbau der Sozialsysteme und die Prekarisierung und Zwangsdynamisierung aller Lebensbereiche machten die bisher auf die Peripherie ausgelagerten sozialen, kulturellen und ökologischen Destruktionseffekte der Kapitalverwertung auch in den Nationalstaaten des Zentrums wieder sichtbarer. Legitimiert wurde dies zunehmend durch das Postulat der Alternativlosigkeit der jeweiligen ›Notstandsmaßnahmen‹ in der globalen Markt- und Standortkonkurrenz, was das demokratische Prinzip der Wahl zwischen opponierenden grundsätzlichen Alternativen endgültig zur Fiktion reduzierte. Wachsende Legitimationsdefizite wurden durch die Beschwörung der nationalen Wettbewerbsgemeinschaft und die Simulation von

›Wehrhaftigkeit‹ durch verbale und reale Aufrüstung gegen die Bedrohung durch ›Andere‹ – Geflüchtete, Kriminelle, Sozialschmarotzer, Terroristen etc. – ausgeglichen. Der Kampf gegen Sündenböcke kann globale Probleme jedoch nicht lösen. Der entsprechenden Rhetorik bleibt so wenig mehr übrig, als jedem neuen Krisenschub mit einer Verschärfung des Abwehrkampfs gegen die ›Anderen‹ zu begegnen.

Demaskierung autoritärer Dispositionen

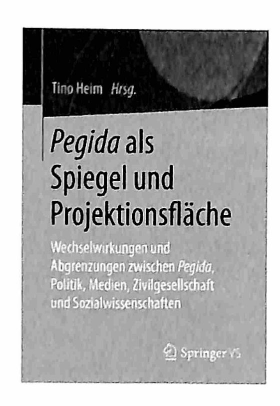
Ängste vor Sozialabstieg und Statusverlust sowie die Forderungen nach der Verteidigung erreichter Sicherheitsstandards machen in Krisen gerade die besser gebildeten und situierten Mittelschichten – die zudem selbst vermehrt auf staatliche Unterstützungsleistungen zur Aufrechterhaltung ihrer sozialen Position angewiesen sind – anfällig für autoritäre und ausgrenzende Anrufungen. So verwundert es kaum, dass ein Großteil der Pegida-Anhänger*innen nicht dem Stereotyp der ›dumpfen rechten Unterschicht‹ entspricht, sondern der ›sozialen Mitte‹ angehört. Pegida und andere aktuelle Bewegungen wie die ›Montagsmahnwachen‹ sind dabei ebenso Reaktion auf und Protest gegen die neoliberalen und postdemokratischen Entwicklungen, wie sie deren Produkt und Ausdruck bilden (vgl. Ullrich 2016). Schließlich werden hier weder *eigenständige* politischen Ziele oder Konzepte formuliert noch Strukturen zur aktiven Partizipation aufgebaut. Der aggressivere Ton, mit dem rechtspopulistische Bewegungen die konsequente Umsetzung von Maßnahmen gegen weithin geteilte Feindbilder einfordern, erweist sich so primär als »Demaskierung und Entfesselung« von Dispositionen, die in den Einstellungsmustern weiter Teile der Mittelschicht wie in der politischen Rhetorik und Praxis aller Parteien schon lange angelegt waren (vgl. Fehser 2016). Dass Pegida letztlich nur ein verzerrtes Spiegelbild der längst realen europäischen Abschottungs- und Ausgrenzungspolitik ist, hat auch Konsequenzen für die politischen und medialen Antworten auf Pegida. Diesen dient die von der Bewegung vermeintlich artikulierte ›Volksstimmung‹ als Legitimation weiterer Verschärfungen der Abschottungspolitik, deren rassistische Konsequenzen im selben Atemzug auf Pegida projiziert werden, um sich moralisch von ihnen abzugrenzen. Diesem paradoxen Verhältnis wird unser zweiter Artikel nachspüren. ✖

Quellen

- Bourdieu, Pierre: Politik. Schriften zur Politischen Ökonomie 2. Konstanz: UVK, 2010.
- Crouch, Colin: Postdemokratie. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 2008.
- Fehser, Stefan: Demaskierung und Kontinuitäten. Pegida als Offenlegung und Entfesselung bestehender Dispositionen. In: Heim [Hg.], 2016, S. 55-78.
- Heim, Tino [Hg.]: Pegida als Spiegel und Projektionsfläche. Wechselwirkungen und Abgrenzungen zwischen Pegida, Politik, Medien, Zivilgesellschaft und Sozialwissenschaften. Springer VS: Wiesbaden, 2016.
- Heim, Tino: Politischer Fetischismus und die Dynamik wechselseitiger Projektionen. Das Verhältnis von Pegida, Politik und Massenmedien als Symptom multipler Krisen. In: Heim [Hg.], 2016, S. 341-444.
- Knopp, Philipp: Abstand halten. Zur Deutung gesellschaftlicher Krisen im Diskurs Pegidas. In: Heim [Hg.], 2016, S. 79-110.
- Luhmann, Nikla: Legitimation durch Verfahren. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 1983.
- Offe, Claus: Strukturprobleme des kapitalistischen Staates. Frankfurt a.M: Suhrkamp, 1972.
- Steinhaus, Maria; Heim, Tino; Weber, Anja: »'So geht sächsisch!' Pegida und die Paradoxien der ›sächsischen Demokratie‹« In: Heim [Hg.], 2016, S. 143-196.
- Ullrich, Peter: Postdemokratische Empörung. Ein Versuch über Demokratie, soziale Bewegungen und gegenwärtige Protestforschung. In: Heim [Hg.], 2016, S. 217-252.

Fußnoten

1 Dieser Artikel fasst thesenartig einige zentrale Befunde eines Sammelbandes (Heim [Hg.] 2016) zusammen, der in Universitätsbibliotheken auch zum kostenfreien Download verfügbar sein wird. Quellenbelege, Detailanalysen sowie weitere Literaturverweise zur Unterfütterung der Thesen finden sich dort.





Hetzkampagnen, Nazi-Bewegung und staatliche Faschisierung

Deborah Gülsen

Seit der Silvesternacht 2015 wird mit vielen demagogischen Tricks an einer Hetzkampagne gearbeitet. Die faktische »Gleichschaltung« der bürgerlichen Medien funktioniert heute vor allem durch Konkurrenz und Nachahmung. Einer beginnt mit der Hetze, die anderen ziehen nach. Das funktioniert nahezu reibungslos, weil unter den Journalist_innen Rassismus und deutscher Nationalismus weit verbreitet sind.

Welche Taktiken werden verwendet?

Erstens: Um sich selbst ins rechte Licht zu setzen, findet über einen begrenzten Zeitraum eine »Offensive des Lächelns« statt, eine »Willkommenskultur« wird ausgerufen. Nach dem Motto: »Wir sind die Guten!« Dann wird ein Anlass für einen plötzlichen Stimmungsumschwung gesucht oder geschaffen. Immer wieder dasselbe Muster: »Wir wollten ja, aber jetzt reicht's!«
Zweitens: Der Umschwung wird konzentriert auf ein bestimmtes Feindbild. In den letzten 25 Jahren wurden rassistische Kampagnen immer wieder auf ausgewählte Untergruppen konzentriert. Das Pauschalurteil (»die Flüchtlinge«, »die Ausländer«) wird verankert, während man gleichzeitig behauptet, nicht pauschalisieren zu wollen.
Die Hetzkampagnen richten sich mal gegen »die Vietnamesen«, »die Roma«, »die Albaner«, mit einigen Besonderheiten auch gegen »die Juden«, dann wieder gegen »die Moslems«. Wenn ein gewisser »Sättigungsgrad« erreicht ist, kommt die nächste Gruppe dran.
In den letzten Monaten richtet sich die rassistische Kampagne gegen »nordafrikanisch aussehende« Menschen. Dieses Schlagwort wurde im Januar 2016 aus dem Jargon von Polizeiberichten übernommen. Jetzt heißt es »wir sind ja nicht gegen alle Flüchtlinge«, es gehe ja nur um die »Nordafrikaner«.
Ist sowas schon Nazi-Hetze? Vielleicht wird es deutlicher, wenn man die von der »Frankfurter Rundschau« bis zur »Jungen Freiheit« fast gleichlautende Formulierung umschreibt: »Straftaten aus einer Menge von 1.000 jüdisch aussehenden...« Was soll das heißen, »nordafrikanisch aussehend«? Haarfarbe? Hautfarbe? Schädelform?

Drittens: Gegen alle, die bei dieser Hetzkampagne nicht mitmachen, wird die Karte gezogen, dass man ja angeblich »gegen Flüchtlinge eh nichts sagen dürfe...«, dass deren »Verbrechen« angeblich »vertuscht« würden usw.
Die Nazis bezeichneten alle Kritiker als »Judengenossen«. Heute werden Gegner als Teil eines »Schweigekartells« diffamiert. Heutige Nazis fordern sogar »Meinungsfreiheit«.
Viertens: Der Angriff auf die »weiße Frau« als Aufhänger ist nicht neu, aber er funktioniert. Die Hetzer präsentieren sich als »Beschützer« der Schwachen und alle Gegner als Vergewaltigungsbefürworter. Es ist Wasser auf ihren Mühlen, wenn man antwortet: »Ja natürlich muss man gegen Nordafrikaner vorgehen, wenn sie Sexisten sind...« So akzeptiert man die rassistische Konstruktion und verkennt, dass Täter unabhängig von Herkunft bestraft werden müssen.
Gewalttaten gegen Frauen auf »urdeutschen« Massenbesäufnissen werden systematisch geleugnet. An Silvester gibt es seit Jahren und Jahrzehnten widerliche Angriffe, die höchstens von Frauenorganisationen dokumentiert werden, aber noch nie den Weg in die Massenmedien gefunden haben.
Sexistisch angegriffenen Frauen wird immer noch unterstellt, sie würden lügen oder wären »selber schuld«. Darum wird von 100 sexistischen Angriffen vielleicht einer angezeigt. Zugleich schrecken Nazi-Frauen nicht davor zurück, sexistische Angriffe zu erfinden, um die Hetze zu befeuern. Hier zu unterscheiden ist ausgesprochen schwierig.
Der Pressekodex des Presserats verbietet sehr eindeutig bei Meldungen über Straftaten eine Kausalität zu Nationalität, Religion oder Aussehen herzustellen. So heißt es in der Richtlinie 12.1 »Berichterstattung über Straftaten«: »In der Berichterstattung über Straftaten wird die Zugehörigkeit der Verdächtigen oder Täter zu religiösen, ethnischen oder anderen Minderheiten nur dann erwähnt, wenn für das Verständnis des berichteten Vorgangs ein begründbarer Sachbezug besteht. Besonders ist zu beachten, dass die Erwähnung Vorurteile gegenüber Minderheiten schüren könnte.«
Genau das Gegenteil passiert in der seit Januar 2016 geführten Hetzkampagne. Es wird ein kausaler Zusammenhang fabriziert zwischen der rassistischen Kategorie »nordafrikanisch aussehend« und sexistischen Angriffen: »Nordafrikaner machen das eben, weil sie so sind...«.
Faktisch wird die Richtlinie des NS-Innenministeriums vom 7.12.1935 befolgt: »Bei allen Mitteilungen an die Presse über Straftaten von Juden ist die Rassenzugehörigkeit hervorzuheben.« Diese Richtlinie zitierte Romani Rose, Vorsitzender des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, angesichts zunehmender Hetze schon in den 1980er Jahren.
Die staatliche Faschisierung zeigt sich vor allem in zunehmenden Abschiebungen: 2015 wurden knapp 21.000 Menschen abgeschoben, doppelt so viele wie 2014. Zusätzlich gab es mehr als 37.000 faktische Abschiebungen, vor allem nach Albanien, das Kosovo und Serbien, die als »freiwillige Rückkehr« in »sichere Herkunftsländer« getarnt wurden. Hinzu kommen Schnellverfahren zur Abschiebung, der Aufbau von »Aufnahmezentren«, sowie die Erweiterung der sogenannten »sicheren Herkunftsländer« auf Marokko, Tunesien und Algerien und auch auf die Türkei.
Zusätzlich zur Massenunterbringung in nicht-winterfesten Zelten, zum faktischen Verbot des sog. »Familiennachzugs«, kommt immer mehr lokale Diskriminierung: In Bornheim bei Bonn wird im Januar 2016 allen männlichen Flüchtlingen über 18 Jahren tagelang verboten, das Schwimmbad zu betreten. In nahezu allen Diskotheken in Freiburg/Breisgau wird im Januar 2016 ein Zutrittsverbot für Flüchtlinge verhängt. Als Rechtfertigung wieder der Klassiker: »Frauenschutz.«
Zugleich werden Polizeiüberfälle auf Linke immer massiver. Ein neuer Höhepunkt war der Überfall auf das linke Wohnprojekt »Rigaer Straße 94« in Berlin. 500 Polizisten und eine SEK-Einheit stürmten das Haus, um die dort lebenden und kämpfenden Genoss_innen zu verprügeln, einzuschüchtern und ihren Kampfeswillen zu brechen.
Parallel schreitet die Bewaffnung der Nazis voran und der Terror dehnt sich aus. Angriffe der Nazis auf Flüchtlinge und Flüchtlingsunterkünfte sind 2015 selbst nach offiziellen Zahlen um ein vielfaches auf über 1000 gestiegen, davon allein über 130 Brandanschläge. Über 250 Flüchtlinge wurden durch Naziangriffe verletzt. Die deutsche Polizei schützt die Nazis, indem sie Ermittlungen in den meisten Fällen einstellt. 2016 verschärft sich der Nazi-Terror: z. B. wurde am 29.1.2016 in Villingen-Schwenningen eine Handgranate auf eine Flüchtlingsunterkunft geworfen.
Laut offiziellen Zahlen gibt es bis zu 370 Nazis, die per Haftbefehl gesucht werden, der aber nicht vollstreckt wird. Mit Sicherheit sind diese Nazis größtenteils bewaffnet und leben entweder unbehelligt in der Legalität weiter oder sind untergetaucht.
In vielen Städten Deutschlands werden bewaffnete »braune Bürgerwehren« gebildet. Oft über Facebook offen angekündigt kommt es dann zu organisierten Hetzjagden gegen Migranten und Flüchtlinge wie z. B. in Köln. Am 11.1.2016 jagten hunderte Faschisten durch die Kölner Innenstadt verletzten mehrere nach ihren Kriterien »nordafrikanisch aussehende« Menschen und all das läuft unter den Augen des deutschen Staats ab. ✖

Wunsch nach Autorität?

Auf der verwirrenden Suche nach den Ursachen des Rechtspopulismus

Anne Seeck

Die Rechte hat die soziale Frage übernommen. Die Linke ist nur noch selten präsent, was die soziale Frage betrifft. Dagegen deutet gegenwärtig der Rechtspopulismus die soziale Frage in einen Verteilungskampf um, schreibt Klaus Dörre, Soziologieprofessor an der Uni Jena. So betreibe Pegida eine »Politik, die auf Statuserhalt und Schutz der eigenen Lebensweise mittels Flüchtlingsabwehr zielt« (JW 27.7.2016).

Die Welt ist aus den Fugen

Im Jahr 2015, im Sommer der Migration, wurde mein Weltbild kräftig durcheinander gewirbelt. Beim Flugblattverteilen vor Obdachloseneinrichtungen vernahm ich die Stimmung unter den Betroffenen. Für die Flüchtlinge sei Geld da, für sie nicht. In einer Einrichtung erlebte ich psychiatriebetroffene Frauen, die über ihre Ängste berichteten, angesichts der »Flüchtlingswelle« auf dem Wohnungsmarkt chancenlos zu sein. Aber war das Wohnungsproblem nicht schon vor 2015 brennend? Die Spaltung der Armen untereinander war offenkundig. Während die Armen sich bedroht fühlten, sah ich gleichzeitig in den Medien Politiker_innen und Wohlhabende, die die Migrant_innen anscheinend mit offenen Armen empfingen. Die gleiche Sorte Mensch, die ihre Kinder auf Privatschulen schickt, damit diese nicht mit armen (!) Migrant_innenkindern in Berührung kommen. Mir kam das scheinheilig vor. Migrant_innen wurden von diesen Menschen nach ihrer Nützlichkeit bewertet, d. h. ob sie in Lohnarbeit integriert werden können oder nicht. Sie betrieben mit dem Demografieargument Standortnationalismus und fühlten sich noch gut dabei.
Und dann waren da noch jene, die ihre rechtsextremen Einstellungen jetzt offen als völkischen Nationalismus artikulierten und sie in Handlungen übersetzten. So gab es 2015 massenhaft Anschläge gegen Asylunterkünfte.
Die wachsenden Angstpotentiale in der Bevölkerung hat der Soziologe Oskar Negt »Angstrohstoff« genannt: Dieser bildet die Basis für rechtspopulistische Einstellungen, kann aber allein die Ursache wohl nicht sein. Wir leben in Zeiten der Unsicherheit. Die Lohnarbeitsgesellschaft ist destabilisiert, obwohl von einem Jobwunder geredet wird. Es gibt ein Unbehagen an der Globalisierung, obwohl wir unser Smartphone aus China nicht missen möchten. Neben den Abstiegs- und Zukunftsängsten bauen sich daher Bedrohungsängste auf. Seit 1945 gab es weltweit nie mehr Flüchtlinge als heute. Viele haben Angst vor einem verstärkten Konkurrenzkampf auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt. Dazu kommt der islamistische Terrorismus. Die globalen Probleme erreichen mittlerweile Europa. Dabei werden die Muslime unter Generalverdacht gestellt, obwohl es sich tatsächlich nur um eine kleine Minderheit radikaler Islamisten handelt. Doch: Viele Marginalisierte haben Ängste und wählen trotzdem nicht rechtspopulistisch.
Wer nach den Ursachen für all das sucht, muss sich zunächst mit der Vergangenheit auseinandersetzen: Dem nicht wirklich aufgearbeiteten Nationalsozialismus in Ost und West, damit meine ich vor allem das Schweigen in den Familien und den immer noch vorhandenen Autoritarismus; Die neoliberale Privatisierungs- und Deregulierungspolitik die seit dem Zusammenbruch des Staatssozialismus den gesamten Globus erfasst; Die Agenda 2010 und die Hartz-Gesetze, die massenhaft Armut und einen breiten Niedriglohnsektor hervorbrachten, begleitet von Steuergeschenken für Reiche, wie jüngst bei der Erbschaftssteuerreform. Nach Hartz IV folgten 2009 die Finanzkrise und schließlich im Jahre 2015 die Flucht in Richtung Europa.

Die Autorität des Marktes

Es ist der Neoliberalismus, der dem Rechtspopulismus in ganz Europa den Boden bereitet hat – durch die Verschärfung der sozialen Spaltung, der Ungleichheit in der Einkommens- und Vermögensverteilung sowie der Ängste um die berufliche Existenz. Klaus Dörres These ist: »Der neue Rechtspopulismus ist vor allem eine Bewegung gegen die Zumutungen und Zwänge des Marktes.« Neben der Flüchtlingsthematik geht es den Rechten seiner Auffassung nach vor allem um die soziale Gerechtigkeit.
»Je auswegloser es erscheint, als ungerecht empfundene Verteilungsverhältnisse mittels demokratischer Umverteilung von oben nach unten (...) zu korrigieren, desto eher tendieren Lohnabhängige spontan zu exklusiver, ausschließender Solidarität.« (JW 27.7.2016) Mit dem Mittel des Ressentiments organisieren die Rechten den Wettkampf mit prekarisierten Gruppen.
Dabei haben viele Lohnabhängige die Marktzwänge längst verinnerlicht. In der Studie »Fragile Mitte« der Friedrich-Ebert-Stiftung wurde der »marktförmige Extremismus« untersucht. Dieser lässt sich durch drei Facetten bestimmen: einen unternehmerischen Universalismus, eine Wettbewerbsideologie und ökonomistische Werthaltungen. Der unternehmerische Universalismus beschreibt demnach eine verallgemeinerte neoliberale Norm der Selbstoptimierung, die z. B. auf Kreativität, Flexibilität und Eigenverantwortung baut. Die Wettbewerbsideologie umfasst die Forderung nach einem allgegenwärtigen Wettbewerb. Ökonomistische Werthaltungen beurteilen Menschen in einer Gesellschaft generell nach ökonomischen Kriterien wie ihrer Nützlichkeit.
Während die Idee der Selbstoptimierung von der mittleren und insbesondere der oberen sozialen Schicht getragen wird, stimmt die untere soziale Schicht vor allem den ökonomistischen Werthaltungen zu. Angeblich wird der marktförmige Extremismus demnach »gerade nicht von jenen getragen, die gemessen an Einkommen und Bildung besonders erfolgreich« sind. (Zick u. a. 2015: 102) Dass die »Erfolgreichen« einfach nur wissen, wie man politisch korrekt antwortet, darauf kommen die Experten nicht. Die »besonders Erfolgreichen« müssen sich totlachen über solche Studien, schotten sie sich doch in ihren Stadtteilen, Schulen und sonstigen Einrichtungen gegen die »Nicht-Erfolgreichen« ab.

Sehnsucht nach einer neuen Partei: die Alternative für Deutschland

Die AfD ist der parlamentarische Arm einer breiten rechten Bewegung. Sebastian Friedrich, der die Wahlen 2013 und 2014 ausgewertet hat, geht zwar von einer relativ breiten Wählerschaft der

AfD aus. Am meisten Zuspruch erhielt die AfD aber damals von Arbeitern und Selbständigen, meistens von Männern bis Mitte 40, die überdurchschnittlich gut verdienten. In Brandenburg war die AfD erfolgreich in Gebieten »mit einer höheren Eigentümerquote«. Die AfD sei eine Partei des Mittelstandes und der reaktionären Teile der Mittelklasse, so Friedrich.

Klaus Dörre stellt bei den Wahlen 2016 dagegen eine hohe Zustimmung auch bei Arbeitslosen fest. In Sachsen-Anhalt stimmten 38 Prozent der Arbeitslosen und 37 Prozent der Arbeiter für die AfD. In Baden-Württemberg votierten 32 Prozent der Arbeitslosen und 30 Prozent der Arbeiter für die rechtspopulistische Partei. In Rheinland-Pfalz waren es 26 Prozent der Arbeitslosen. (JW 27.7.2016) Joachim Bischoff macht die Marginalisierten allerdings nicht für den Rechtsruck in ganz Europa verantwortlich: »Die häufig vorgebrachte Hypothese, dass vor allem die unteren sozialen Schichten für die Legitimationsverluste der politischen Systeme verantwortlich seien, ist empirisch nicht belegt. Europaweit gilt: Je prekärer die sozialen Lebensverhältnisse, desto geringer ist die Wahlbeteiligung.« (Bischoff u. a. 2015: 9) Es zeigen sich zwar auch ausgeprägte Affinitäten zu rechtspopulistischen Akteuren in prekären sozialen Schichten, aber die unteren Schichten wenden sich mehrheitlich vom politischen System ab.

Laut Sebastian Friedrich hat die Krise des Konservatismus und der National-Neoliberalen zur Gründung der AfD geführt: »Zum einen gründet der Aufstieg der Partei auf der Klassenfraktion derjenigen mittelständischen Unternehmer_innen, die sich zunehmend aus dem Interessenverbund mit dem transnationalen Kapital lösen; zum anderen auf dem Teil der Mittelschicht und besserverdienenden Arbeiterklasse, der Abstiegsangst und postdemokratisches Unbehagen in reaktionärer Weise verarbeitet.« (Friedrich 2015: 94)

Auffällig ist, dass die Rechtspopulisten immer gegen das Establishment, gegen »die da oben«, wettern, und für sich beanspruchen, das »einfache Volk« zu vertreten. Die etablierten politischen Klassen werden angeblich verachtet, als »Volksverräter« beschimpft, die Medien als »Lügenpresse« bezeichnet. Demokratie- und EU-Kritik von rechts gehören dazu. Neben der vertikalen Achse »die da oben versus einfaches Volk« gibt es immer eine horizontale: »Wir« und »die Anderen«. So soll das Sozialsystem vor Migrant_innen (Muslime, Roma, Asylbewerber_innen) und »Arbeitsunwilligen« abgeschottet, die Wohlstandsposition der »hart arbeitenden Bevölkerung« abgesichert, die Lebensrealität der »kleinen Leute« stabilisiert werden.

Sehnsucht nach Autorität

Im Juni 2016 erschien die Leipziger Studie »Die enthemmte Mitte«. Danach stimmen der Aussage »Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen« 11,7 Prozent voll und ganz zu, 20,4 Prozent überwiegend und 34,2 Prozent teilweise. Nur 18,2 Prozent lehnen die Behauptung völlig ab. In Ostdeutschland stimmen fast 40 Prozent der Befragten der Aussage zu. Insgesamt ist die jüngste Gruppe der 14- bis 30-jährigen Ostdeutschen durchgängig rechtsextremer eingestellt als die der Westdeutschen. Auch die autoritäre Einstellung erweist sich als äußerst beständig, z. B. die autoritäre Aggression. So stimmen 40,9 Prozent der Aussage »Unruhestifter sollten deutlich zu spüren bekommen, dass sie in der Gesellschaft unerwünscht sind« voll und ganz zu, 26,6 Prozent stimmten ziemlich zu, 19,3 Prozent stimmten etwas zu. Nur 5,8 Prozent stimmten gar nicht zu.

Seit 2014 hat die Islamfeindlichkeit stark zugenommen. Neu ist, dass rechtsextreme Positionen nun offen artikuliert werden. Die Studie kommt zu dem Fazit, dass diese schon lange und fest in Deutschland verankerten Einstellungen nun auch in Handlungen übertragen werden: »(...) in Form von Wahlentscheidungen für die AfD und, wie die Statistiken von Polizeibehörden und Opferberatungsstellen zeigen, auch in Gewalt« (Brähler u. a. 2016: 93). Die Autoren der Studie unterscheiden abschließend zwischen demokratischen und antidemokratischen Milieus. Die Personen im letzteren Milieu seien durch einen niedrigen Bildungsgrad gekennzeichnet, beim modernen Milieu (natürlich ein demokratisches Milieu) sei das selbstverständlich anders. Hier verfügen die Personen dementsprechend über höhere und mittlere Einkommen. Dieses größte Milieu in Deutschland (30,6 Prozent der Bevölkerung) sei von weniger Vorurteilen geprägt und bilde »die Stütze der demokratisch verfassten Gesellschaft«.

Auch in dieser Studie kommen die Gutsituierten wieder besser weg. Wenn die Ober- und Mittelschichten allerdings so leben müssten wie die von ihnen verachtete Armutsbevölkerung, dann könnte es richtig gefährlich werden. Aber wir sind ja im »Aufschwung« und erleben ein »Jobwunder« – und die Krankschreibungen steigen stetig an und die Pendler_innen fahren immer weitere Wege...

Die Linke scheint erschöpft zu sein, muss aber wieder in die Offensive gehen – gegen die unvorstellbare soziale Spaltung, für eine Umverteilung von oben nach unten. Die Klassenfrage stellt sich neu. ✖

Quellen

- *Bischoff, Joachim; Elisabeth Gauthier; Bernhard Müller: Europas Rechte. Das Konzept des »modernisierten« Rechtspopulismus. Hamburg 2015*
- *Decker, Oliver; Johannes Kiess; Elmar Brähler (Hg.): Die enthemmte Mitte. Gießen 2016*
- *Friedrich, Sebastian: Der Aufstieg der AfD, Neokonservative Mobilmachung in Deutschland,. Berlin 2015*
- *Zick, Andreas; Beate Küpper: Wut, Verachtung, Abwertung. Rechtspopulismus in Deutschland. Bonn 2015*

Info zur Autorin

- *Anne Seeck macht politische Bildungsarbeit bei www.teilhabe-berlin.de. Ihr Blog zur sozialen Frage findet ihr unter https://aufstandgegenangst.wordpress.com*



Projektionsfläche Pegida

Antworten auf eine völkische Bewegung

Tino Heim und Philipp Knopp

Unser erster Artikel in dieser Ausgabe der ZAG hat gezeigt, dass Pegida als Variante einer diskursiven Normalität gelten kann. Dies macht die u.a. vom ehemaligen Mitglied des Pegida-Orga-Teams Kathrin Oertel am 15.12.2014 aufgeworfene Frage, warum, was bei der CSU »normal« ist, »bei Pegida als rechtsextrem« gilt, auch für eine kritische Analyse der Bewegung drängend. Denn bloße projektive Abgrenzungen von Pegida tragen – wie wir im Folgenden darstellen – weder zur Ursachenforschung bei, noch vermögen sie, hegemoniale rassistische Politiken und Deutungsmuster theoretisch wie praktisch in Frage zu stellen. Wo Pegida lediglich als Abgrenzungsfolie eines moralisch vermeintlich ›besseren Deutschlands‹ dient, fügt sich dies vielmehr in eine postdemokratische Realpolitik ein, in der die Thematisierung von oder die Suche nach Alternativen zu den bestehenden Modi kapitalistischer Vergesellschaftung durch eine Vielzahl projektiver Ab- und Ausgrenzungen ersetzt werden.

›Besorgte Bürger‹ und die Entpolitisierung der Politik

Die Einordnung von und der Umgang mit Pegida war im medialen wie politischen Dikurs lange Zeit von Deutungskämpfen geprägt. Als Hintergrundfolie vieler Äußerungen fungierte dabei das – die Deutung von politischem Dissens in Sachsen generell dominierende – Extremismus-Paradigma. Der Umgang mit Pegida war entsprechend von Normalisierung *und* Abgrenzung gleichermaßen geprägt: Einerseits wurden die Demonstrierenden als ›normale Bürger‹ aus der ›Mitte‹ der Gesellschaft charakterisiert, deren Ressentiments folglich als begründete Ängste ernst zu nehmen seien. Andererseits grenzte man sich vom ›Extremismus‹ der Pegida-Organisator*innen ab, die dieselben Ressentiments nicht mehr oder weniger aggressiv artikulierten.

Die häufig kritisierten Paradoxien des Begriffspaars ›Extremismus-Mitte‹, das etwa menschenfeindliche Einstellungen in der ›Mitte‹ notwendig ausblendet (vgl. u.a. Ackermann et al. 2015), wurden im Diskurs um die rechte Mobilisierung durch den Terminus ›besorgte Bürger‹ prozessiert (vgl. Barp/Eitel 2016). Entsprechende Narrative verleiteten zur impliziten Parteinahme für die ›Besorgten‹. Wo deren ›Ängsten‹ nicht mit Argumenten begegnet wird, sondern diese selbst als politische Argumente gelten, begründet dies eine Position der Einwandsimmunität, da subjektive Empfindungen durch Fakten und Argumente nicht widerlegbar sind (vgl. Keller/Berger 2016). ›Ängste‹ und ›Sorgen‹ der Bürger*innen dienen der etablierten Politik dabei zugleich als Legitimationsgrund für strukturell rassistische Ausgrenzungspolitiken und als Argument für die moralische Abgrenzung der ›besorgten Bürger‹ von den ›Rattenfängern‹ (Markus Ulbig) des Pegida-Orga-Teams. Die Trennung des abzulehnenden ›Extremismus‹ von den politisch anzuerkennenden Stimmungen der ›normalen Mitte‹ reproduzieren auch viele (insbesondere konservative) akademische Debattenbeiträge. Der Dresdner Politologe Werner Patzelt, der als ›Pegida-Experte‹ auch im bundesdeutschen Diskurs einige Prominenz erlangte, erklärte Pegida paradigmatisch zur (berechtigten) Reaktion auf eine vermeintliche ›Linksverschiebung‹ der Deutungs- und Entscheidungseliten in Medien und Politik, die die Stimmung ›des normalen Volkes‹ nicht repräsentieren, sondern am politischen Ausdruck hindern würden. Damit wiederholt er eigene frühere Forderungen nach einer konservativen Wende der CDU und verdoppelt zugleich die Deutungen bei Pegida selbst: Das ›Volk‹ erscheint in beiden Fällen geeint und ohnmächtig zugleich; als Erklärung und Rechtfertigung der Bewegung bleibt nur die Schuldzuweisung an die Verschwörung von ›Lügenpresse‹ und ›Volksverrätern‹ gegen ›das Volk‹.

Für Pegida dienen die widersprüchlichen Abgrenzungs- und Reintegrationsversuche sowie die akademische Veredelung eigener Thesen der Bestätigung und Schärfung des Selbstbildes als politischer Außenseiter, der die ›wahren Interessen des Volks‹ gegen ›die Politik‹ vertrete. Reden und Facebook-Beiträge der Bewegungselite nutzen die Konvergenzen eigener Forderungen mit der Rhetorik etablierter Parteien, um die politische Relevanz der Bewegung

zu betonen. Zugleich fördert dies die Funktion Pegidas als Resonanzboden für aktionsorientierte neonazistische Strukturen und zahllose ›Bürgerwehren‹, die die verharmlosten rassistischen Einstellungen eines vermeintlich konsensfähigen ›Volkswillens‹ in Handlungen zu übersetzen beanspruchen. Umgekehrt dient die moralisierende Abgrenzung vom verbalen Rassismus Pegidas und von der Zunahme offener rassistischer Gewalt im Umfeld der Bewegung der etablierten Politik zur Relativierung der strukturellen rassistische Gewalt ihrer Asyl-, Migrations- und Außenpolitik.

Das ambivalente Changieren zwischen einer Politik des Ausbaus der tödlichen Grenzen der ›Festung Europa‹ und der Diskriminierung von Geflüchteten einerseits, sowie der Abgrenzung von Pegida andererseits verdeckt so die weitgehende Konformität der Pegida-Forderungen mit der bundesdeutschen Realpolitik. Dies trägt zur andauernden Mobilisierungsfähigkeit der Bewegung bei, die sich einen permanenten Schattenkampf mit der Politik liefert. Die offizialpolitische Abgrenzung vom auf die Feindbilder ›Pegida‹ und ›AfD‹ projizierten Rassismus suggeriert zugleich einen ›antirassistischen‹ Konsens, der als integratives Moment wirkt, um linke Teile der Zivilgesellschaft, die Alternativen zum derzeitigen Vergesellschaftungsmodell präferieren würden und von der Parteipolitik kaum weniger entfremdet sind als Pegida, vorläufig noch an die neoliberale (Post-)Demokratie zu binden. Die Formulierung und Austragung politischer Konflikte wird dabei erneut durch rituelle Abgrenzungen verdrängt, die ein Teil des Problems sind.

Politisches Übersprunghandeln

Das Changieren zwischen der Umsetzung einer rassistischen, exklusorischen und autoritären Politik, die die ›Sorgen der Bürger ernst nimmt‹, und rituellen Abgrenzungen vom offenen Rassismus zeigt, dass die etablierten Parteien rechtspopulistischen Positionen keine Alternativen entgegenzusetzen haben. Beides lässt sich als Form politischen Übersprunghandelns interpretieren: Innerhalb der global eskalierenden Krisen einer ökologisch, geopolitisch und sozial zunehmend autodestruktiven Form kapitalistischer Vergesellschaftung teilt die deutsche Realpolitik mit AfD und Pegida ein Interesse daran, den Status quo des kapitalistischen Weltsystems inklusive der privilegierten Stellung des ›Exportweltmeisters Deutschland‹ zu erhalten, ohne sich den geopolitischen, ökologischen und sozialen Konsequenzen zu stellen. Statt Krisen*ursachen* anzugehen, was hieße, die Parameter der Vergesellschaftung zu verändern, wird der Abwehrkampf gegen Geflüchtete zum letzten gemeinsamen Nenner der ›europäischen Wertegemeinschaft‹. Auch wenn die sichtbarsten Konsequenzen der Dehumanisierung der Migrationspolitik in autokratische Regime jenseits der Außengrenzen ausgelagert werden, droht dies den politisch-moralischen Legitimationshaushalt der EU-Staaten bis hin zur endgültigen Implosion ihrer Legitimitätsbeschaffungsfiktionen (›Freiheit‹, ›Gleichheit‹, ›Menschenrechte‹, ›Wohlstand für alle‹ etc.) zu verschieben. Wirtschaftsliberale Argumentationen, die gegen Pegida volkswirtschaftliche Vorteile kontrollierter Migration – zur Aufstockung des alternden deutschen Arbeitskräftereservoirs, zur Rentenfinanzierung, zum Erhalt der ökonomischen Vormachtstellung Deutschlands in Europa – betonen, erweisen sich letztlich als komplementäre Form des Neorassismus. Die Verdinglichung von Migration als Standortfaktor und die Unterscheidung verwertbarer und nicht-verwertbarer Migrant*innen legt ihrerseits eine Optimierung geregelter Migration durch schärfere Selektionskriterien nahe, wie sie auch Pegida vertritt. Auch hier geht es lediglich um die Erhaltung des Status quo, dessen exklusorische Konsequenzen für die Mehrheit durch Inklusion einer als nutzbar erachteten Minderheit kaschiert werden. Wenn die europäische Abschottungspolitik wie auch die Abgrenzung politischer Eliten von Pegida als komplementäre Formen des Übersprunghandelns gedeutet werden, die es in einer Zeit eskalierender gesellschaftlicher Widersprüche erlaubt, anstehende gesellschaftliche Umbrüche weiter zu vertagen, stellt sich freilich die Frage, wo Ansatzpunkte einer alternativen Politik liegen.

Auf geht's! Die Chancen in der Krise suchen

Die angesprochenen Konflikte und Widersprüche sind nicht auf das Verhältnis zwischen Pegida, etablierter Politik und ›Mehrheitsgesellschaft‹ begrenzt. Sie durchziehen als vertagte Grundsatzentscheidung, in welcher Gesellschaft wir künftig leben werden, sämtliche Milieus und Institutionen. Patentrezepte gibt es dabei nicht. Die einzige Chance, den eskalierenden globalen Krisenkonstellationen wie den rechtspopulistischen Scheinalternativen zu begegnen, läge im offenen politischen Konflikt um



die demokratische Gestaltung europäischer und globaler Alternativen. Diese müssten die Strukturbedingungen des politischen Erfolgs ausgrenzender und exklusiv solidarischer Vergesellschaftung angehen, also die auf Konkurrenz, Ausbeutung, Ressourcenverknappung und soziale Segregation beruhenden Modi kapitalistischer Vergesellschaftung. Dass diesbezüglich von etablierten Parteien und Institutionen wenig Positives zu erwarten ist, bedeutet nicht, dass entsprechende Impulse und Initiativen chancenlos wären. Erfolge und politische Resonanzen eines aggressiv artikulierten Rechtspopulismus sollten nicht übersehen lassen, dass vielerorts eine Polarisierung der Einstellungsmuster und Praxisformen stattfindet. Die mehrheitlich von älteren Männern getragene Mobilisierung von rechts ist auch eine Abwehrbewegung gegen die im fortgeschrittenen Kapitalismus nicht mehr rückgängig zu machenden Tatsachen globaler ökonomischer, kultureller und politischer Interdependenzen und gegen die dem entsprechenden Lebensformen jüngerer Generationen. Die Leipziger »Mitte-Studie« wie die Shell-Jugendstudie zeigen hier eine zunehmende Verbreitung partizipativ-demokratischer, liberaler bis libertärer und zugleich solidarischer Einstellungsmuster, die kulturell längst transnationalen Lebenswirklichkeiten und Bedürfnissen entspricht. Das impliziert auch einen Paradigmenwechsel in der Bestimmung der Zugehörigkeiten zum sozialen Normalitätsbereich und der daran geknüpften Teilhaberechte, die sich kaum mehr in nationalistische, sexistische und rassistische Grenzsetzungen pressen lassen. In der unsichtbaren Massenbewegung der Geflüchtetenhilfe organisieren sich diese Orientierungen ebenso wie in der explosiven Zunahme vorerst regional zersplitterter alternativer Konsum-, Distributions- und Produktionsprojekte. Das sollte nicht zur Illusion einer implizit längst postkapitalistischen Mehrheit verleiten, gleichwohl sind solche Orientierungen in dem Maße, in dem die Integrationsfähigkeit kapitalistischer Leitinstitutionen von Lohnarbeit, Konsum und Sozialstaat an ihre Grenzen stößt, auch offen für eine radikalere Kapitalismus- und Staatskritik.

Die entsprechende Stimme einer emanzipatorischen Linken, die den Status quo grundlegend verändern will, fehlt derzeit im parteipolitischen Spiel, und die eingeschränkten Handlungsspielräume neuer europäischer Linksparteien wecken Zweifel, ob sie in die Parameter europäischer Postdemokratie überhaupt integrierbar ist oder sein will. Solange andere Strukturen konfliktiver Teilhabe nicht etabliert sind, bleibt nur die von permanenter selbstkritischer Reflexion begleitete Suche nach neuen Wegen konflikthafter (basis-)demokratischer Vermittlung. Die Experimentierfelder für alternative Vergesellschaftungsmodelle sind vielfältig: Neue Formen der Geflüchtetenhilfe, Recht-auf-Stadt-Initiativen, Platzbesetzungen, die Aneignung geschlossener Fabriken oder der Aufbau solidarischer Distributionsmodelle übernehmen auch in der EU längst gesellschaftliche Basisfunktionen, die von den ökonomischen und staatlichen Strukturen nicht mehr erfüllt werden. Sie leisten damit den ›Notreparaturbetrieb‹ für die Reproduktion einer krisenhaften Gesellschaftsformation, bauen andererseits aber auch ›von unten‹ neue soziale Beziehungs- und Beteiligungsformen auf, die sich einer entsprechenden Vereinnahmung entziehen. Wie Marx treffend formulierte: »Wenn wir nicht in der Gesellschaft, wie sie ist, die materiellen Produktionsbedingungen und ihnen entsprechenden *Verkehrsverhältnisse* für eine klassenlose Gesellschaft verhüllt vorfänden, wären alle Sprengversuche Donquichoterie.« Das gilt nicht nur für die längst im Überfluss vorhandenen Mittel gesellschaftlicher Produktion, Distribution und Kommunikation, sondern auch für Ansatzpunkte der alternativen Gestaltung der sozialen Verkehrsverhältnisse, die gerade im derzeitigen Krisenlabor heranreifen. Der Entwicklungspfad einer autoritären und rassistischen Antwort auf die Krise ist angesichts des hier skizzierten Zusammenspiels von Pegida und Realpolitik auch in Deutschland eine reale Gefahr. Die Chancen für emanzipatorische Veränderungen sind aber ebenso real – es gilt, sie zu nutzen. ✖

Quellen

- *Ackermann, Jan; Behne, Katharina; Buchta, Felix; Drobot, Marc; Knopp, Philipp: Metamorphosen des Extremismusbegriffes. Diskursanalytische Untersuchungen zur Dynamik einer funktionalen Unzulänglichkeit. Wiesbaden: Springer VS, 2015.*
- *Barp, Francesca; Eitel, Hannah: »Weil die Mitte in der Mitte liegt. Warum Pegida mit dem Extremismus-Paradigma nicht zu erklären ist und es zur Verharmlosung der Bewegung beiträgt.« In: Heim [Hg.], 2016, S. 111-142.*
- *Heim, Tino [Hg.]: Pegida als Spiegel und Projektionsfläche. Wechselwirkungen und Abgrenzungen zwischen Pegida, Politik, Medien, Zivilgesellschaft und Sozialwissenschaften. Wiesbaden: Springer VS, 2016.*
- *Keller, Luisa/Berger David: Pegida entdemokratisiert – zur Instrumentalisierung von Angst im öffentlichen Raum. In: Heim [Hg.], 2016, S. 307-340.*



PEGIDA, HoGeSa, AfD, Pro.... –

Faschismus rückt ein Stück weiter vom Rand in die Mitte der deutschen Gesellschaft

Trotzalledem

Die Geschichte der 1990er Jahren wiederholt sich, wenn auch an anderen Orten und unter anderen faschistisch-rassistischen Vorzeichen: Hoyerswerda, Mölln, Solingen, Rostock sind Ortsnamen, die sich in das antifaschistische Bewusstsein eingeprägt haben. Die neuen heißen Heidenau, Tröglitz, Salzhemmendorf, Remchingen.
Die TäterInnen sind PropagandistInnen des deutschen Chauvinismus, deutscher »Rassetheorien«. AfD (Alternative für Deutschland) und PEGIDA (Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes) erobern Straßen, Häuser und WählerInnen. Sie sind die PropagandistInnen »deutschen Gedankenguts« von Sarrazin und Buschkowsky.
Das perfide und demagogische der Bewegung ist, dass sie einerseits klare faschistische Forderungen hat, diese aber geschickt mit demokratischen Phrasen zu ummanteln versucht. Aber die DemonstrantInnen sprechen, wenn sie mit der Presse reden, eine ganz klare Sprache: »Alle Ausländer raus, Deutschland den Deutschen!«. Der nächste kleine Schritt von PEGIDA ist die Forderung nach der »Säuberung des Abendlandes von Muslimen«.
Seit zwei Jahren steigt der Zulauf zu den faschistischen Bewegungen enorm. Die AfD schaffte es nach ihrer Gründung 2013 sich 2014 ins Europaparlament und in fünf Landesparlamente wählen zu lassen. Ab Sommer 2014 machte HoGeSa, die »Hooligans gegen Salafisten«, von sich reden. PEGIDA und AfD schaffen es Woche für Woche, Tausende auf die Straße zu bringen. Die antifaschistischen GegnerInnen schaffen das nicht.

Was tut das »demokratische« Establishment?

Seit einem Jahr erleben wir eine massive Verschiebung demokratisch-bürgerlicher Werte hin zu reaktionären und faschistischen Positionen. Der rechte Rand marschiert in die Mitte der Gesellschaft. Und wie die Lippenbekenntnisse Merkels zeigen, so gibt es viele andere Anzeichen dafür, dass diese Faschisierung für die Innen- aber auch für die Außenpolitik recht willkommen geheißen wird.
Die verbale Kritik und Distanzierung durch einige VertreterInnen der Bourgeoisie an PEGIDA oder AfD, beispielsweise die Einschätzung von de Maizière, »rechtsextrem, rechtsradikal, Mob«, oder von SPD-Gabriel »Pack« darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass Polizei und Verfassungsschutz Faschisten schützen und Antifaschisten angreifen.

Wie viel Staat steckt in PEGIDA und AfD?

Laut einer Recherche vom Zeit-Magazin,[1] die in die Entstehungsgeschichte von PEGIDA und in die Biografien ihrer GründerInnen schaut, ist PEGIDA aus dem engen Freundeskreis um Würstchenverkäufer Lutz Bachmann entstanden – eine Bewegung aus Türstehern und Hausmeistern. Nach einer »*Kurden-Demo*« in Dresden, so Bachmann, hätten sie den Anstoß bekommen (von wem wohl?), »Präsenz zu zeigen«. Weiter das Zeit-Magazin: »Plötzlich diskutierten die Freunde, bei denen es vorher um Alkohol und Frauen gegangen war, über Stellvertreterkriege und Islamisten, Überfremdung und kriminelle Asylbewerber.«
Auffällig ist, dass die Gründer und der Freundeskreis enge Kontakte in die Sicherheitsbranche und Polizei haben. Die bisherigen Erkenntnisse belegen, dass diese neue rechte Bewegung ganz offene Kontakte bis tief in die Naziszene hat. »In der Anfangsphase von PEGIDA sind auf der Facebook-Seite unter anderem bekannte Neonazis, Lars Kretschmar von der AfD und ein Journalist des neu-rechten Magazins Blaue Narzisse aktiv.«[2]

Faschismus ist eine Herrschaftsform der Bourgeoisie

Unsere Kritik an der Analyse von vielen linken und Antifa-Gruppen ist, dass die einzelnen sogenannten populistischen Bewegungen, wie die AfD oder PEGIDA, als Erscheinungen für sich betrachtet werden.
Diese neuen faschistischen Bewegungen werden isoliert von dem herrschenden imperialistischen System betrachtet. Sie werden nicht als Kräfte eingeschätzt, die dem Lager des Kapitalismus/Imperialismus dienen, die den Klassenkampf zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie schwächen, die – ob als parlamentarische oder außerparlamentarische Kraft – als Transmissionsriemen für eine reaktionäre faschistische Politik und Herrschaft dienen.
Eine Analyse dieser faschistischen Bewegungen, die die Herrschaftsverhältnisse – konkret die Klassenherrschaft der Bourgeoisie – außer Acht lässt, kann diese Phänomene nicht richtig verstehen, einordnen und einen erfolgreichen antifaschistischen Kampf führen. Hier in diesem Artikel wollen wir einige Phänomene der faschistischen Bewegungen wieder ins Bewusstsein rufen, mit denen sie heute ihr wahres Gesicht tarnen und ihre Demagogie betreiben. Unsere These ist, alle diese sogenannten

rechten Bewegungen rücken den Faschismus weiter in die Mitte der Gesellschaft, machen den Nazi-Faschismus hoffähig und stellen ihn in den Dienst der deutschen Bourgeoisie.

Ein Prozess der Faschisierung des Staates und der Gesellschaft!

Im Antifaschistischen Infoblatt [3] wird auf der Titelseite von »Wutbürgern und Rassisten« gesprochen, in den Artikeln von der »Formation des rechten Blocks« oder »Keine Neonazis, sondern normale Nationalchauvinisten«. Im Leitartikel steht: »Die Frage, ob es sich bei den OrganisatorInnen von PEGIDA um extreme Rechte handelt, kann wohl am ehesten mit JEIN beantwortet werden. ... Vielmehr bot sich eine Woche für Woche wachsende Melange rechtsaffiner junger Männer, rechtskonservativer älterer Menschen, die in einem diffusen Weltbild von Wir und die Anderen verhaftet sind. ... In dieser autoritär geprägten Gemengelage finden sich bei PEGIDA vom rassistischen Stammtisch, elitären Wohlstanddeutschen, Verschwörungstheoretikern, rechten Fußballfans bis hin zu putinverliebten ›Friedensbewegten‹ alle zusammen«. [4]

Das ist ziemlich typisch für die Analyse vieler Antifa-Gruppen, dass der Kern all dieser Phänomene, eben der Faschismus, nicht erkannt wird, dass man sich nicht durch die vielen sich teils widersprechenden Aussagen der TeilnehmerInnen in die Irre führen lassen darf, die Bewegung zerfahren und zersplittert wirkt, aber eben der Kern aus dem Ganzen ganz klar die nazistische Weltanschauung wiedergibt. Es ist auch ganz eindeutig wo der harte Kern von PEGIDA hin will und auch was die AfD will.

Auch in dem Buch »Der Aufstand des Abendlandes – AfD, PEGIDA & Co.: vom Salon auf die Straße« wird nicht von faschistischer Bewegung gesprochen: »Die rechtsaffinen und zum Teil offen reaktionären bürgerlichen Protestbewegungen unserer Tage sind keine spontanen Ausdrücke des ›Volkszorns‹, sondern befinden sich in einem Verhältnis gegenseitigen Nutzens mit gemeinhin dem Rechtspopulismus zugordneten parteiförmigen Formationen, in Deutschland konkret der AfD.« [5] Die Kennzeichnung dieser Bewegungen als populistisch, hier rechtspopulistisch, ist den meisten Schriften aus der linksliberal/demokratischen Ecke eigen. Ein Begriff, der dehnbar wie Gummi ist und auf alles und nichts bezogen werden kann und ganz und gar nicht dazu taugt, die Faschisierung, die gerade vor unseren Augen abläuft, zu beschreiben.

Im genannten Buch wird die Analyse auf die Verbindung dieser faschistischen Bewegungen und ihren Hintermännern fokussiert. Philipp Becher im junge-Welt-Interview vom 4. Juni 2015: »Die genannten Bewegungen sind nicht einfach nur spontane Ausdrücke populärer Stimmungen ›von unten‹, sondern unterstützen unter einem oppositionellen Label eine bestimmte Interessenpolitik.« Und diese Interessenpolitik wird im Buch anhand von ProtagonistInnen und Organisationen ausgeführt, ist die Politik im Interesse des Kapitals. Das ist zwar richtig, die Schwäche dieses Buches ist aber, dass der Bezug auf den Faschismus als eine Herrschaftsform der deutschen Bourgeoisie fehlt.

Alle rechten Bewegungen, rechts von der CDU/CSU, die heute aktiv sind, tragen Elemente einer faschistischen Bewegung. Jede Bewegung für sich charakterisiert ein Element oder einige Elemente des Faschismus, zusammen genommen sind sie der Nazismus der Gegenwart. Heute gibt es noch nicht die alle diese Bewegungen unter einem Dach einende faschistische Partei, die sich durchgesetzt hätte.

Antimuslimischer Rassismus ist Hauptsäule der neuen Nazibewegung

Ein weiterer rassistischer Unterton, der bei den GegnerInnen der offenen Grenzen wie ein Gebet heruntergeleiert wird ist, die »*Gefahr der Islamisierung des Abendlandes*«.

Die AfD hat mit dem Absägen von Lucke nun den Schwerpunkt auf Geflüchtete und Migration gelegt. Aus der D-Mark-Partei ist eine Alternative für Faschismus in Deutschland geworden. Damit mobilisieren sie zurzeit Tausende auf den Straßen.

Die »*Gefahr der Islamisierung des Abendlandes*« haben nicht die Neu-Nazis in der AfD oder PEGIDA erfunden. Schon Anfang der 1990er Jahre, lange vor dem 11. September 2001 (Anschlag auf die Zwillingstürme in den USA) wurde der Islam zum Hauptfeind des Westens erklärt und ein Kulturkampf (clash of civilization) um die Werte ausgerufen oder proklamiert.

Fascho-Terror wird verharmlost

Ohne Übertreibung können wir sagen, dass Thüringen, Dresden, Sachsen und Regionen/Städte in NRW z. B. Dortmund sich zu no-go-areas für MigrantInnen entwickelt haben. Geflüchtete sind sich ihrer Haut nicht mehr sicher, die Verfolgung durch Nazis und rassistische Nachbarn wird hier fortgesetzt. Fast jeden Tag

brennen Unterkünfte, in denen sie untergebracht werden sollen oder in denen sie bereits leben.

Der Verfassungsschutz, der sonst den rechten Terror herunterspielt, muss in seinem diesjährigen Bericht zugeben, dass »rechte Gewalt« enorm zugenommen hat. Gleichzeitig baut der Verfassungsschutz auch gleich vor: »*PEGIDA ist kein Beobachtungsziel*«. [6] Gordian Meyer-Plath, der V-Schutz Chef in Sachsen, der nachweislich den Vorläufer des NSU den Thüringer Heimatschutz mit seinen V-Leuten von Thüringen aus mit aufgebaut hat, verharmlost die Gefahr, die von PEGIDA ausgeht: »*Derzeit sind keine terroristischen Strukturen erkennbar.*« [7]

Auf eine kleine Anfrage der Linksfraktion erklärt die Regierung, dass insgesamt 940 Straftaten seit dem ersten PEGIDA Aufmarsch Oktober 2014, darunter Körperverletzung, Bedrohungen, das Verwenden von Kennzeichnen verfassungswidriger Organisationen, erfasst wurden. »*Eine weitergehende Aufschlüsselung sei dem Bundesamt für Verfassungsschutz auf der Grundlage der vorliegenden Informationen nicht möglich.*«[8]

Inzwischen gibt es ausreichend Beweise über die personelle und ideologische Überschneidung von PEGIDA und AfD zu bekannten Nazis und Naziorganisationen wie NPD, Die Rechte, Pro NRW. Einschlägig bekannte Nazis mischen mit oder organisieren federführend PEGIDA-Demos oder als Nazis im Schafspelz getarnt Proteste vor Flüchtlingswohnheimen in der ganzen Republik.

Problem ist die »schweigend zustimmende Mehrheit«

Dass tausende RassistInnen und FaschistInnen wöchentlich und täglich auf die Straße gehen und ihren Hass gegen Flüchtlinge und MigrantInnen kundtun, ist äußerst bedrückend. In Dresden und anderen Städten zeigt sich jedoch, dass das Problem wieder die »schweigend zustimmende Mehrheit« ist. Das Problem ist eben nicht nur ein Randproblem, so stellen das einige linke Organisationen, wie die MLPD, fest. Die RassistInnen können mit einer breiten Zustimmung der Bevölkerung rechnen. Insbesondere zur Einwanderung.

Die bürgerlichen Medien zeigen sich »besorgt«. Titel des Spiegels: »Die verstörte Nation – Verliert Deutschland seine Mitte?«. Im Artikel »Aufstand der Ängstlichen« dieser Ausgabe werden die offenen faschistoiden PEGIDA- und sonstigen Demonstrationen zum vielfach stummen, verstörten »Aufschrei der Verunsicherten ... es ist jene Mischung aus alten Ressentiments und neuen Verschwörungstheorien, die typisch ist für die Bewegung am konservativen Rand des politischen Spektrums«.[9]

Volker Lösch, Regisseur im Staatsschauspiel Dresden, bringt es sinngemäß auf den Punkt: »Das Problem sind nicht die paar Tausend PEGIDA-AnhängerInnen, das Problem sind die 600.000 Dresdener, die sich nicht verhalten, die schweigend zustimmen.«[10]

✖

Info zum Text

✖ *Gekürzter Artikel aus Trotz Alledem Nr. 71, www.trotzalledem1.tk*

Fußnoten

1 *Nr. 15, 09.04.2015*
2 *Fact Sheet und Zeitleiste PEGIDA, www.netz-gegen-nazis.de*
3 *AIB Nr. 106, Frühjahr 2015*
4 *ebenda, S. 9*
5 *Becher, Begass und Kraft, PapyRossa Verlag, 2015, S. 18*
6 *deutsch-türkische-nachrichten.de 2015/01/508096/verfassungsschutz.PEGIDA.ist-kein-beobachtungs-ziel/*
7 *Tagesspiegel, 21.10.2015*
8 *jW, 02.12.2015*
9 *Der Spiegel, Nr. 51/12.12.2015*
10 *Sendung aspekte, 26.11.2015*



Über die Familie von Djulieta A.

Falldarstellung nach ihrer Abschiebung nach Serbien im Januar 2016

Unterstützungskreis Familie A./K.

Im folgenden Text wird die Situation der Familie A./K. Nach ihrer Abschiebung durch die Ausländerbehörde Magdeburg am 26.01.2016 über den Flughafen Halle/Leipzig dargestellt.[1] Die Abschiebung wurde trotz eines laufenden Antrags bei der Härtefallkommission Sachsen-Anhalts (HFK) und einer Petition[2] für ein Bleiberecht für die Familie durchgeführt. Damit ist es die erst Abschiebung aus Sachsen-Anhalt trotz eines Antrags bei der HFK. Mit den letzten Asylrechtsverschärfungen und der Festschreibung der Balkanstaaten als »sicher« wurden für Angehörige der Roma und Sinti sämtliche Möglichkeiten in Deutschland Schutz vor Diskriminierung und Verfolgung zu finden, abgeschafft. Die Situation der Familie A./K. Zeigt deutlich, welche fatalen Konsequenzen diese Entscheidung für die Betroffenen hat.

Über die Familie

Die Familie besteht aus den Eltern Djulieta und Fejzula und den vier Kindern Dennis (10 Jahre), Elmedina (8 Jahre), Bilal (5 Jahre) und Fatima (2 Jahre). Die Familie gehört zur Minderheit der Roma aus dem Kosovo. Weil sie im Kosovo auf der Straße leben mussten und keinerlei Hilfe erhielten, flohen sie nach Serbien. Auch dort waren sie zur Obdachlosigkeit verdammt und lebten in ständiger Angst vor Überfällen. 2013 floh die Familie weiter nach Deutschland und lebte in Magdeburg. Ihr Antrag auf Asyl wurde abgelehnt.

Ankunft in Serbien

Am 26.1.2016 kam die Familie gegen 15 Uhr am Nikola Tesla Airport an und fuhr dann von dem sich an der Stadtgrenze befindenden Flughafen nach Belgrad. Bereits zu diesem Zeitpunkt bestanden Kontakte zu NGO's in Belgrad, welche eine erste Einschätzung für die Familie geben konnten. Bereits die 'Reise' vom Flughafen in die Stadt hinein ist für Roma in Serbien schwierig, da sie weder Bus noch weitere öffentliche Verkehrsmittel nutzen dürfen. Begründet ist dieses Verbot darin, dass sich die Fahrer*innen strafbar machen, wenn sie Personen ohne Papiere transportieren. Dies ist allerdings bei Roma häufig der Fall.

Erste Unterkunft

Angekommen in der Stadt konnte die Familie für zwei Nächte bei einem Bekannten übernachten. Ohne finanzielle Unterstützung und nur mit den nötigsten Sachen bepackt, reiste die Familie weiter nach Kostolac, da die Hauptstadt Belgrad wesentlich teurer ist als das Umland. Da in Serbien kein zuverlässiges Sozialsystem besteht, war und ist die Familie völlig auf sich allein gestellt. Angekommen in Kostolac lebte die Familie zusammen mit vier fremden Menschen in einem Zimmer. Ohne fließendes, warmes Wasser und Heizung wurden die Kinder, aber auch die Mutter der Familie, Djulieta, schnell krank. Die hygienischen Umstände führten dazu, dass alle vier Kinder unter Magen-Darm-Beschwerden litten. Asthmatische Beschwerden, die bereits in Deutschland diagnostiziert wurden, traten durch die schimmligen Wände wieder verstärkt auf. Medikamente zur Behandlung der Erkrankungen stehen nur bedingt zur Verfügung (siehe Gesundheitszustand). Über den bestehenden NGO-Kontakt wurde außerdem versucht in der Stadt Kostolac Unterstützung für die Familie zu suchen. Dies wurde allerdings von der Kontaktperson in Belgrad schnell abgelehnt. Außerhalb Belgrads gibt es kaum Unterstützer*innenstrukturen für Roma-Familien. Die Kinder wurden auf der Straße mehrmals geschlagen. Auch Djulieta versuchte sich Hilfe in Serbien zu holen. Außer einem Informationsheft bekam die Mutter keine staatliche Unterstützung.

Überfall auf den Familienvater

Um eine berufliche Perspektive und eine Wohnung für die Familie zu finden, reiste der Vater erneut nach Belgrad. Es ist bekannt, dass die Familie aus Westeuropa kommt. Viele Personen gehen bei Abgeschobenen davon aus, dass ihre finanzielle Situation sehr gut ist. Vor allem in Kreisen der organisierten Kriminalität sind u.a. Roma ein beliebtes Opfer. So wurde der Vater in Belgrad in einen Keller verschleppt, dort anderthalb Tage festgehalten, zusammengeschlagen, bedroht und bestohlen. Die Entführer begründeten dies mit dem Aufenthalt der Familie in Deutschland und der sich daraus angeblich ableitenden guten finanziellen

Situation. Der Vater ging aus zwei Gründen nicht zur Polizei: zum einen wurde ihm damit gedroht seine Familie umzubringen, wenn er »etwas Falsches« mache, zum anderen werden Roma auch häufig durch die zum Teil korrupte Polizei diskriminiert. Ohne Geld musste der Vater in das eine Autostunde entfernte Kostolac zurück laufen.

Umzug nach Subotica

Nach dem Überfall auf den Vater war der Wohnort der Familie bekannt. Aus Sorge um die Kinder und natürlich auch das eigene Wohlergehen floh die Familie nach Subotica, um sich vor angekündigten Übergriffen zu schützen. Aber auch hier ist die Familie nicht vor Diskriminierung geschützt. Die Familie darf in der Öffentlichkeit nur serbisch sprechen. Mutter und Kinder sprechen allerdings nur Deutsch und Romani, nur der Vater spricht ein bisschen Serbisch. Dies führt dazu, dass selbst alltägliche Dinge wie Einkäufe kaum getätigt werden können, ohne dass sich die Familie der Gefahr aussetzt, angegriffen und beschimpft zu werden. Auch der Versuch der Familie, eine Schule für die Kinder zu finden, ist gescheitert, da den Eltern von anderen Roma-Familien mitgeteilt wurde, dass in den umliegenden Schulen Roma-Kinder diskriminiert werden. Eine Nachbarin der Mutter berichtete ihr, dass die Kinder in den Schulen nicht sicher seien, und dass ihre eigene Tochter in der Schule oder auf dem Weg dorthin angegriffen wurde. Das Mädchen sei verstorben. Auch die Wohnsituation der Familie hat sich in Subotica kaum verbessert. Die Familie teilt sich ein Zimmer, die Kinder müssen auf dem Boden schlafen, es gibt kein fließendes Wasser im Haus und kaum eine Möglichkeit den Raum zu heizen.
Auch in Subotica ist das Leben für die Familie gefährlich. Djulieta und die Kinder wurden von fremden Personen auf der Straße geschlagen. Die Familie kann nicht offen ihren muslimischen Glauben ausleben. Muslime sind in Serbien auch nach den Kriegsverbrechen in den 1990er Jahren in Srebrenica weiterhin Diskriminierungen ausgesetzt und werden bedroht – so auch die Familie. In der Nacht vom 29.2.2016 auf den 01.03.2016 wurde der Wohnort der Familie mit Steinen attackiert. Dabei ging ein Fenster zu Bruch. Die Tat wird von der Familie auf ihre Ethniziät und ihre Religion zurückgeführt.

Gesundheitszustand

Der momentane Gesundheitszustand der Familie ist katastrophal. Durch die hygienischen Bedingungen sind die Kinder wie bereits erwähnt an schweren Magen-Darm-Infekten erkrankt. Bedingt durch die zum Teil schimmligen Wohnungen leiden die Kinder außerdem an Asthma. Vor allem der Gesundheitszustand der jüngsten Tochter (2 Jahre) ist hier besonders hervorzuheben. Eine in Deutschland geplante operative Entfernung einer Halsfistel konnte nicht mehr durchgeführt werden. Das Kind leidet unter ständigen Schwellungen im Halsbereich, die ärztlich versorgt werden müssen. Allerdings muss jeder Arztbesuch selbst finanziert werden. Allein eine Untersuchung kostet circa 30 Euro. Die nötigsten Medikamente konnten nur von Unterstützer*innen in Deutschland organisiert und verschickt werden. Diese werden aber nicht lange halten. Außerdem hat die Familie aufgrund der hygienischen Verhältnisse nun mit Läusen zu kämpfen.

Strukturelle und multigenerationale Diskriminierungen von Roma

Wie bereits mehrmals erwähnt, ist die Familie rassistischen und diskriminierenden Äußerungen und Übergriffen ausgesetzt. Ihnen ist es nicht möglich von ihrem Recht auf Religionsfreiheit Gebrauch zu machen, da sie sonst mit weiteren Übergriffen rechnen müssen. Den Kindern wird ihr Recht auf Bildung verwehrt. Sie können keine Schule besuchen, ohne dass sie sich Gefahren für Leib und Leben aussetzen. Allein Unterhaltungen auf Romani in der Öffentlichkeit können die Familie in Gefahr bringen, da sie so der Minderheit der Roma zugeordnet werden können.
Die meisten Roma-Kinder gehen nicht zur Schule, vor allem, weil sie nicht registriert sind. Aber es gibt auch andere Gründe, die den Schulbesuch unmöglich machen. Die älteren Kinder mussten ihre in Deutschland begonnene Schulausbildung abbrechen, da sie nicht genug Serbisch sprechen und auch nicht über die zur Anmeldung in der Schule erforderlichen Dokumente verfügen. Für die jüngeren Kinder fehlen ebenfalls die notwendigen Papiere. Außerdem berichten sie, dass sie aus Angst nicht zur Schule gehen würden – da es keine Möglichkeit gibt, die Wäsche zu waschen, werden sie mit ihrer schmutzigen Kleidung oft als »Zigeunerkinder« beschimpft und ausgegrenzt. Auf der Straße, zum Beispiel auf der Suche nach Lebensmitteln sind sie schon häufiger von nationalistischen Serben als »Scheiß-Zigeuner« beschimpft, bedroht und erniedrigt worden, da sie kein gutes Serbisch sprechen können.
Die prekäre Situation der Roma in Serbien ist allerdings nicht neu. Auch Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International, Human Rights Watch und Pro Asyl berichteten über Gewalt und Diskriminierung gegenüber Roma.[3] Die Forscherin Tijana Joksic schreibt in einem aktuellen Bericht von 2016: »Die Roma sind in Serbien nach wie vor die am stärksten benachteiligte und marginalisierte nationale Minderheit. Besonders schwer zu bewältigende Barrieren behindern ihre Entwicklung – diese reichen von mangelhaftem Zugang zu grundlegenden Gemeingütern wie adäquater Gesundheitsversorgung, Grundschulbildung und Sozialleistungen bis hin zu Zugangshemmnissen auf dem Arbeitsmarkt. Signifikant häufiger als der Rest der serbischen Bevölkerung sind Roma Armut, Arbeitslosigkeit und Krankheiten ausgesetzt. Zudem sind sie politisch und institutionell unterrepräsentiert. Auch der fehlende Zugang zu offiziellen Dokumenten und Ausweispapieren stellt ein großes Problem dar, denn durch ihn befinden sich viele Roma in Serbien faktisch in einer Situation der Staatenlosigkeit und sind somit nicht in der Lage, ihre Bürgerrechte wahrzunehmen.«[4]
Die Tatsache, dass die Balkanstaaten sukzessiv zu sicheren Herkunftsländern erklärt werden, ändert nichts an der Verfolgung von Minderheiten. Menschenrechtsverletzungen gehören für die meisten Roma und auch für Djulieta und ihre Familie zum Alltag. Sich mithilfe einer Abschiebung der Familie zu entledigen, zeigt deutlich, dass der jahrhundertelangen, strukturellen Diskriminierung von Roma, auch vor der dem Hintergrund der NS-Verbrechen und des Genozids während des Bosnienkrieges, keine Bedeutung in den westeuropäischen Nationen eingeräumt wird. Eine Prüfung der Fluchtgründe hat darüber hinaus nicht adäquat stattgefunden.

Momentane finanzielle Situation

Die Finanzierung ihres Lebens durch ein normales Beschäftigungsverhältnis ist für Djulieta und ihren Mann kaum möglich. Die Kinderbetreuung kann nicht gewährleistet werden. Somit muss mindestens ein Elternteil zu Hause bleiben, um die Kinder zu versorgen. Laut Berichten des Vaters ist es sehr schwierig als Roma eine Arbeit zu finden, mit der eine ganze Familie finanziert werden kann. Lediglich 60-80 Euro seien ein realistisches Gehalt, was nicht einmal für die monatliche Miete ausreicht. Allerdings bestünde die Möglichkeit zu arbeiten nur ohne Arbeitsvertrag, da viele Roma keine oder unvollständige Papiere haben. Häufig sei es dazu gekommen, dass den Arbeiter*innen ihr Lohn nicht ausgezahlt wurde. Rechtlich dagegen vorzugehen ist für die meisten allerdings zu teuer und nicht zielführend, da die Belange der Roma von Polizei und staatlichen Behörden ignoriert werden.
Die Familie sieht ihre Situation als absolut hoffnungslos, es gibt keine Perspektive auf ein besseres Leben.

Integration in Deutschland

In Deutschland besuchten die beiden älteren Kinder (8 und 10 Jahre) die Schule und nahmen an einem Breakdance- und Theaterprojekt teil. Djulieta und ihr Mann sprechen fließend Deutsch und wollten in Deutschland arbeiten gehen, um die Familie selbst zu versorgen. Der Familienvater hatte schon einen Arbeitsplatz. Allerdings untersagte ihm die Ausländerbehörde die Beschäftigung aufzunehmen. Djulieta nahm am DAA-Projekt »Migrant_innen in Ausbildung« teil und wollte eine Ausbildung beginnen. Die Familie suchte zu dem Zeitpunkt bereits Kita-Plätze für die beiden jüngeren Kinder (2 und 5 Jahre). Der jüngste Sohn der Familie besuchte wöchentlich einen Schulvorbereitungskurs. Die Familie war froh in Sicherheit und Frieden leben zu können und hatte eine Perspektive in Deutschland.

Bezüge zur aktuellen Migrationsbewegung auf der Balkanroute

Die aktuelle Fluchtbewegung führt viele Menschen über den Balkan nach Mittel- und Westeuropa. Serbien spielt dabei eine tragende Rolle, da viele Geflüchtete das Land passieren, und ihre Route bis vor kurzem auch durch Subotica, den Wohnort der Familie, führte. Einige Anwohner*innen halten die Familie fälschlicherweise für Syrer*innen, die auf dem Weg nach Westeuropa sind und sagen, dass sie weiterreisen sollen und sie keine Muslime in »ihrem« Land wollen. Die Anfeindungen verstärken sich durch die momentane politische Lage vor Ort weiter.

Gründe für eine mögliche positive Entscheidung der Härtefallkommission – eine Zusammenfassung

Die Familie gehört zur Minderheit der Roma. Welche Ausgrenzungen, Diskriminierungen und Gefahren allein mit der Zugehörigkeit zu dieser Gruppe entstehen, wurde im vorangegangenen Text deutlich.

Die Freiheit ihre Religion auszuüben ist der Familie in Serbien nicht gegeben. Als Muslime sind sie ständigen Anfeindungen ausgesetzt, und sie gefährden sich, wenn sie sich zu ihrer Religion bekennen.
Den Kindern der Familie wird das Recht auf Bildung abgesprochen. Als Roma-Kinder dürfen sie häufig keine Schule besuchen. Außerdem bringen sie sich in der Region Subotica damit in große Gefahr. Darüber hinaus werden die Roma-Kinder auch in den Schulen diskriminiert.
Der Gesundheitszustand der Familie ist sehr schlecht. Eine ärztliche Behandlung ist aus zwei Gründen kaum möglich: (a) Arztbesuche gehen mit einer hohen finanziellen Belastung einher, die von der Familie nicht tragbar ist. Dies liegt auch in der Schwierigkeit eine Arbeit zu finden begründet. (b) Die Familie traut sich aufgrund der ständigen Übergriffe und Beschimpfungen kaum das Haus zu verlassen. Sie setzt sich allein durch den Fußweg zum Arzt großen Gefahren aus.
Der Übergriff auf den Familienvater zeigt sehr deutlich, welchen Gefahren die Familie ausgesetzt ist. Aus Angst um die Gesundheit und ihr Leben, musste die Familie bereits innerhalb der ersten zwei Wochen ihren Wohnort wechseln. Todesdrohungen sorgen dafür, dass die Eltern in ständiger Angst um ihr Leben sind.
Der Angriff auf den Wohnort der Familie zeigt deutlich, dass sie politisch motivierten Gewalttaten ausgesetzt sind. Auf rechtsstaatliche Unterstützung durch die Polizei kann nicht gehofft werden, da die Polizeibehörde selbst an diskriminierenden Handlungen gegenüber Roma beteiligt ist.

Forderungen der Unterstützer*innen

Als Unterstützer*innen fordern wir die Wiedereinreise der Familie nach Deutschland und die Durchführung eines fairen Verfahrens bei der Härtefallkommission Sachsen-Anhalt. Wir fordern darüber hinaus eine Bleibeperspektive für Menschen wie die Familie A./K., die systematischer Ausgrenzungen und Verfolgung in ihren angeblich »sicheren Herkunftsländern« ausgesetzt sind. Ein würdevolles Leben ist für Angehörige der Roma und Sinti, wie der Fall der Familie A. zeigt, weder in Serbien, noch im Kosovo möglich. ✖

Zu diesem Text

✖ *Dieser Text entstand im März 2016 in Zusammenarbeit mit dem Antirassistischen Netzwerk Sachsen-Anhalt Kontakt: antiramd@riseup.net Magdeburg*

Fußnoten

1 *http://antiranetlsa.blogsport.de/2016/01/26/flughafen-hallele-abschiebung-nach-belgrad/*
2 *https://www.change.org/p/innenministerium-des-landes-sachsen-anhalt-keine-abschiebung-von-djulieta-und-ihren-kindern*
3 *https://www.proasyl.de/wp-content/uploads/2014/04/Serbien_kein_sicherer_Herkunftsstaat.pdf*
4 *Tijana Joksic: Die Diskriminierung von Roma in Serbien. Staatliche Reaktionen und Maßnahmen. Belgrad/ Freiburg. Institut für Soziologie der Pädagogischen Hochschule Freiburg. März 2016*

RASSISMUS UND RECHTE

»Ich bin stolz, Türke zu sein!«

Graue Wölfe und rechts-nationalistische Einstellungen unter Türkischstämmigen in Deutschland

Kemal Bozay

Lange hat man wenig über die Grauen Wölfe und ihre Aktivitäten in Deutschland gehört. Aber nach dem so genannten gescheiterten Putschversuch in der Türkei, der repressiven Kurden-Politik der türkischen Regierung und der Armenien-Resolution der Bundesregierung eskalieren die Spannungen auch innerhalb der türkischstämmigen Community hierzulande. Gerade rechtsnationalistische Einstellungen und Parolen nehmen unter türkischstämmigen Migrant*innen in Deutschland deutlichen Aufschwung.

Graue Wölfe und Rechtsnationalisten in Deutschland

Die Geschichte der türkischen extremen Rechten in Deutschland geht zurück in die Anfänge der siebziger Jahre und ist eng verbunden mit den politisch-öffentlichen Aktivitäten der MHP (Nationalistische Bewegungspartei) hierzulande. Mit der sogenannten ›Gastarbeiteranwerbung‘ in den sechziger und siebziger Jahren migrierten auch politische Einstellungen und Inhalte nach Deutschland – nicht zuletzt auch extrem rechte Positionen. Insbesondere rechts-nationalistische Organisationen und Netzwerke nehmen hier in der 50-jährigen Migrationsgeschichte eine große Bedeutung ein.

In Deutschland zeigten sie im Zuge dessen bereits Anfang der siebziger Jahre die ersten Vereine und Flugschriften mit rassistisch-nationalistischen Inhalten. Im November 1972 veröffentlichte der *Nationalistische Türkische Verein* in München einen Gründungsaufruf. Diese Vereinigung erklärte 1973 offiziell, dass sie sich der MHP angeschlossen habe. Die MHP hielt ihren ersten ›kleinen Parteitag‹ schon 1969 in der Bundesrepublik ab und konstituierte in den frühen Gründungsjahren den Europarat der MHP. Alparslan Türkeş, der 1997 gestorbene Führer der Grauen Wölfe, reiste bereits 1975 in die Bundesrepublik und nahm am »MHP-Europarat«-Kongress teil. Mit dem offenen Auftreten nahm auch die Gewalteskalation hierzulande zu. Der DGB-Bundesvorstand wandte sich in diesem Zusammenhang an das Innenministerium: »Die Tätigkeit dieser Partei hier in der Bundesrepublik wird unzweifelhaft die Ruhe und Ordnung bei den Türken gefährden, denn diese Gruppen wollen ihre politischen Gegner nicht nur mit politischen Argumenten bekämpfen, sondern mit Schlägertruppen. Damit werden alle Bemühungen zur Integration der türkischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik illusorisch« (DGB-Bundesvorstand, 14.01.1976).

Zwischen 1969-1977 hatte die MHP ihre Auslandsorganisation aufgebaut. Doch im Sommer 1977 musste sie auf Beschluss des türkischen Verfassungsgerichtes ihre Organisation schließen. Mit diesem Erlass wurde es türkischen Parteien verboten, im Ausland Parteiorganisationen zu unterhalten. Trotz der offiziellen Auflösung war die MHP in Deutschland weiterhin aktiv. Wenig später gründeten die MHP-Mitglieder Organisationsstrukturen wie die *Türk Ocağı* oder *Ülkücü Derneği* (Idealistenvereine) (vgl. Roth/Taylan 1981: 139).

Im Mai 1978 reiste Alparslan Türkeş erneut in die Bundesrepublik. Aufgrund guter Kontakte zur CSU kam es Ende April 1978 zu einem Treffen zwischen MHP-Führer Türkeş und dem CSU-Chef Franz-Josef Strauß. Einige Wochen nach dem Gespräch mit Strauß, am 17.-18. Juni 1978, wurde in Schwarzenborn die *Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa* (ADÜTDF, *Türk Federasyon*) gegründet. Unterstützt wurden sie in der Gründungsphase von Dr. Kannapin, einem ehemaligen Offizier und CDU-Politiker.

Ab den 1970er Jahren avancierte die MHP zu einer militanten Bewegung. So gingen mehrere Massaker gegen Alevit*innen und Kurd*innen, zahlreiche Mordanschläge gegen Linke, Gewerkschafter*innen und fortschrittliche Wissenschaftler*innen bis Ende der 1990er Jahre auf das Konto der rechtsextremen Partei. Auch in Deutschland wurden linke und kurdische Aktivist*innen durch türkische Rechtsextremisten ermordet, so beispielsweise 1995 Seyfettin Kalan in Neumünster, 1997 Ercan Alkaya in Kiel und 1999 Erol Ispir in Köln.

Doch der Erfolg der Grauen Wölfe, die in der Türkei in der Nationalistischen Bewegungspartei (MHP, *Milliyetçi Hareket Partisi*) und der Großen Einheitspartei (BBP, *Büyük Birlik Partisi*) organisiert sind, beschränkt sich nicht allein auf die Wahlerfolge der MHP, sondern ist auch Produkt einer neuen nationalistischen Stimmung in der Türkei, die durch das gesamte islamische und kemalistische Lager geht. Profitiert haben die Grauen Wölfe insbesondere von dem durch die islamische und neo-osmanische AKP-Regierung sowie der kemalistischen Politik geschürten Nationalismus, der sie zur viertstärksten Kraft im Parlament avancieren ließ.

Ausgangspunkt der politischen Ideologie der MHP ist ein idealistischer Nationalismus (*Ülkücülük*). Dieser beinhaltet einen ausgeprägten Rassismus gegenüber nicht-türkischen Bevölkerungsteilen, zum Beispiel Kurd*innen und Armenier*innen. Außerdem steht in dessen Zentrum eine vielseitige Propaganda gegen Linke, gegen Sozialist*innen und Gewerkschaften. Auf dieser Grundlage propagierte Türkeş bereits im Jahre 1965 die »Neun-Strahlen-Doktrin«, welche die Visionen des türkischen Nationalismus zusammenfasst.

Einen wichtigen Rahmen nimmt dabei das Konzept der »Türkisch-Islamischen Synthese« ein, das gegenwärtig ein Kernideologem des türkischen Rechtspopulismus und -nationalismus ist. Es wurde in den 1970er Jahren im Umkreis eines Zusammenschlusses von rechtspopulistischen Wissenschaftler*innen, Unternehmer*innen und Publizist*innen entwickelt, der sich »Heim für Intellektuelle« (*Aydınlar Ocağı*) nennt. Dem antikommunistischen Klub ging es seinem Selbstverständnis nach darum, den Einfluss fortschrittlicher Ideen zurückzudrängen. Die zentrale Botschaft der »Türkisch-Islamischen Synthese« ist

die Vorstellung, dass die türkisch-nationalen und islamischen Bestandteile der türkischen Geschichte untrennbar miteinander verbunden seien. Mit dieser Form der Geschichtsschreibung wird nun versucht, eine neue türkische Identität aufzubauen, in welcher der türkische Nationalismus mit islamischen Elementen verschmilzt. Politischen Rückhalt findet die »Türkisch-Islamische Synthese« nicht nur im offen rechtsextremen Lager, sondern auch in der Breite der konservativ-nationalistischen und islamistisch orientierten Bewegungen und Parteien.
Innerhalb der türkisch-rechtsextremen Organisationen in Deutschland wurde in den vergangenen Jahren außerdem der Begriff des »Europäischen Türkentums« (*Avrupa Türkçülüğü*) als Sammelbegriff für die türkisch-nationalistische Identität in Europa geprägt. Damit sind vor allem die Migrant*innen angesprochen, die zwar ihren Lebensmittelpunkt in Europa haben, aber dennoch ihre türkisch-islamisch-nationalistische Identität weiterverbreiten sollen. Dabei geht es auch darum, im Sinne einer Mobilisierung des »Europäischen Türkentums« eine starke türkisch-nationalistische Lobby hierzulande zu bilden.

Ideologische Nähe zwischen der deutschen und türkischen extremen Rechten

Die verbreitete Fremdenfeindlichkeit der Neonazis, die sich ab Ende der 1970er Jahre insbesondere gegen Türken richtete, brachte die türkischen Faschisten in eine paradoxe Situation. In der antikommunistischen Stimmung der 1970er und 1980er Jahre waren Neonazi-Organisationen ein wichtiger Verbündeter für die türkischen Faschisten. Aufgrund ihrer ideologischen Verwandtschaft und politischen Partnerschaft fiel es daher den Grauen Wölfen schwer, gegen diese fremden- bzw. türkenfeindlichen Aktionen deutscher Neonazis eine klare Position zu entwickeln. Der Journalist Murat Çulcu, der zwischen 1975 und 1983 für die konservativ-liberale Tageszeitung *Hürriyet* arbeitete, veröffentlichte eine Serie über die Kontakte zwischen den türkischen und deutschen Faschisten:

> *»Türkische Radikalnationalisten, Neonazifunktionäre und schließlich die Neonaziaktivisten hatten Ähnlichkeiten und sogar organische Beziehungen. Diese organische Verbindung hängt von einem gegenseitigen Interesse ab. Die einflussreichen Neonazimächte unterstützten die türkischen Radikalnationalisten, die in der Türkei kriminell waren und nach Deutschland flüchteten. Sie halfen ihren türkischen Mitkämpfern beim Besorgen von Aufenthaltsgenehmigungen, Wohnungen, Jobs und beim Überwinden ihrer bürokratischen Schwierigkeiten. Dafür unterstützten die türkischen Radikalnationalisten die deutschen Faschisten im antikommunistischen Bereich. Daher konnten die türkischen Radikalnationalisten keine klare Position gegen Neonazis und andere Nationalisten entwickeln«* (zit. in Yanardağ 2002: 168).

Türkische rechtsnationalistische Dachverbände in Deutschland

ADÜTF (Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa)
Die Türk Federasyon (ADÜTDF, Sitz in Frankfurt/Main) wurde am 18.06.1978 als Auslandsabteilung der MHP mit Sitz in Frankfurt/Main gegründet. Funktionäre der MHP sitzen in Schlüsselpositionen der Türk Federasyon. Sie strebt, wie ihre Mutterorganisation, ein Großtürkisches Reich an. Auch das »Europäische Türkentum« wird als Glied dieses Großtürkischen Reiches angesehen. Angeschlossen sind die ADÜTDF mit ca. 200 Vereinen, die gezielt als Eltern-, Kultur-, Jugend- und Sportvereine sowie als Moscheen agieren. Als politisches Forum werden auch Integrationsräte genutzt. Ihr Ziel ist es, die Ideologie der MHP unter den türkischstämmigen Migrant*innen zu verbreiten. Die Bildungsarbeit für junge türkische Migrant*innen, die für die Interessen des europäischen Türkentums gewonnen werden sollen, bildet einen wichtigen Kern der politischen Arbeit.

ATIB (Türkisch Islamische Union Europa)
Die ATIB (Sitz in Köln) ist eine Abspaltung aus der Türk Federasyon. Während der 80er Jahre kam es parallel zu der Islamisierung der MHP in der Türkei auch in Deutschland zu Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen MHP-Flügeln. Im Oktober 1987 spaltete sich schließlich der frühere ADÜTDF-Vorsitzende Musa Serdar Celebi von der Türk Federasyon und gründete die ATIB. Die ATIB, der ca. 100 Vereine angehören, hat Kontakte zur rechtsextremen BBP (Große Einheitspartei) und propagiert den Islam als konstituierendes Element des Türkentums. Gute Kontakte hat sie zur CDU/CSU, FDP, zum Rat Türkischer Staatsbürger und zum Zentralrat der Muslime in Deutschland. Darüber hinaus verfügt die ATIB als Umfeldorganisation auch über den Hochschulverband AYÖG und einer Kultur- und Bildungsstiftung (AKEV).

ATB (Europäisch Türkische Union)
Die ATB hat sich als Auslandsabteilung der BBP (Große Einheitspartei) etabliert, die sich in der Türkei 1992 von der MHP abgespalten hat. Ihr gehören in Deutschland ca. 30 Vereine an. Sie versucht eine islamistische Komponente mit dem historisch-politischen Ursprung des türkischen Nationalismus zu vereinen. Die ATB versucht vor allem Jugendliche zu gewinnen und ihnen eine nationale und islamische Erziehung zukommen zu lassen. Sie organisiert sich vor allem in Form von Eltern-, Kultur- und Sportvereinen sowie als Moscheen. Auch die ATB bietet in ihren Vereinsstrukturen und Organisationsnetzwerken verstärkt Bildungsarbeit für türkische Kinder und Jugendliche an.

In diesem Sinne hat die ideologische Nähe der MHP zu extrem rechten Organisationen im Aufnahmeland Tradition. Aus einem Schreiben von Türkeş aus dem Jahre 1977 geht hervor, dass die MHP auch ideologische Nähe zur NPD zeigt:

»... *um die vorgesehenen Ziele zu erreichen, sind unbedingt die Aktionseinheit unserer Partei und der NPD sowie deren Erfahrung und Arbeitsmethoden auszunutzen. Den von der Zentralleitung der MHP entsandten Anweisungen ist dabei Folge zu leisten*« (zit. n. Hoffmann u. a. 1981: 99).

Im Hamburger Altonaer Echo wird über die Zusammenarbeit der Grauen Wölfe mit der bereits verbotenen militanten Neonazi-Organisation *Aktionsfront Nationaler Sozialisten* (ANS) berichtet. Bestätigt wird dies durch ein Interview mit dem inzwischen verstorbenen ›Chef‹ der ANS, Michael Kühnen vom 26.11.1977:

»*Wir haben zu allen entsprechenden Organisationen im In- und Ausland sehr gute Kontakte. Wir kennen die Leute – wir achten sie. Die Grauen Wölfe sind praktisch eine Art Entsprechung, wenn auch auf der nationalen Tradition in der Türkei, und wir haben große Sympathie für ihre Zielsetzung*« (Altonaer Echo 3/1978).

In einem Plakat und Aufkleber der militanten Neonazi-Organisation *Kampfbund Deutscher Sozialisten* in deutscher und türkischer Sprache heißt es: »Über Hundert Jahre Deutsch-Türkische Freundschaft; Deutscher sei stolz, Deutscher zu sein! Türke sei stolz, Türke zu sein! Gemeinsam gegen Rassenmischung und Multikultur!« Dabei darf nicht außer Acht gelassen werden: Die Parole »Gemeinsam gegen Rassenmischung und Multikultur!« wird in ihrem Kern auch von der türkischen extremen Rechten vertreten. Auch sie lehnen alle Ansätze von Multikulturalität ab und propagieren ein Leben in ›ethnischen Nischen‹, in der alle Nationalitäten getrennt voneinander für ihre ›nationalen Werte‹ leben müssen. Dieser ethnopluralistische Ansatz verfestigt auch die ideologische Verwandtschaft zwischen türkischer und deutscher extremen Rechten.
Jörg Krebs, Landesvorsitzender der NPD in Hessen kann sich eine Zusammenarbeit mit türkischen Nationalisten und eine potentielle Bündnispartnerschaft mit der MHP ebenso vorstellen. In dem Kommentar von Krebs heißt es:

»*Bei den jüngsten Parlamentswahlen am 22. Juli 2007 schaffte es die einzige ernstzunehmende nationale türkische Partei – die uns deutschen nationalen Aktivisten sehr wohl bekannte – MHP (Partei der Nationalistischen Bewegung – Graue Wölfe) mit atemberaubenden 14,29 Prozent zurück ins türkische Parlament. 70 MHP-Abgeordnete vertreten nunmehr konsequent eine Politik, die sich in erster Linie an den Interessen des eigenen Volkes orientiert und die daher einen Beitritt der Türkei zum ›Melting Pot‹ EU kategorisch ablehnt. Damit ist die MHP natürliche Verbündete aller nationaldenkenden Deutschen, die einen EU-Beitritt der Türkei ebenfalls ablehnen. Dieses gilt es aus meiner persönlichen Sicht in Zukunft auch im Hinblick auf den Umgang mit nationalistischen Türken in der Bundesrepublik viel stärker zu bedenken. (...) Die NPD sollte den vor einigen Jahren eingeschlagenen Weg hin zu einer ,nationalistischen Internationale' konsequent fortführen und (...) neue Bündnispartner finden. Denn ein Grundsatz gilt heute mehr denn je: ›Der Feind meines Feindes ist mein Freund‹*« (Krebs, 3.6.2009, in: http://gesamtrechts.wordpress.com).

Wie aus dieser Entwicklung ersichtlich wird, unterhielten die Grauen Wölfe gute ideologische Kontakte und Nähe zu extrem rechten deutschen Kreisen. Trotzdem kann man nicht von einer wahrnehmbaren Kooperation auf der Basis-Ebene sprechen.

Import von innenpolitischen Konflikten

Die Tatsache, dass Deutschland von den innenpolitischen Konflikten der Türkei stark berührt wird und die dort ausgetragenen Auseinandersetzungen auch hierzulande zu Zerklüftungen führen, zeigt sich insbesondere in den Themen zur Kurdenpolitik, Armenien-Frage u. ä. Je mehr sich die innenpolitischen Konfliktlinien in der Türkei zuspitzen, bilden sich auch innerhalb der türkischstämmigen Community in Deutschland Verwerfungen, die zum Teil gewalttätig eskalieren. Zu sehen ist, dass diese politischen Konflikte viele Menschen in Bewegung setzen und bisweilen gewaltsame Formen annehmen. Gerade diese Auseinandersetzungen zeigen, in welchem Maße gesellschaftliche und nationale Probleme hierzulande ethnisiert werden.
Die Dynamik dieser Selbstethnisierung und Selbstabschottung hat ihre Ursachen einerseits in der Aufnahmegesellschaft. Die Ausgrenzungs- und Diskriminierungserfahrungen haben gerade bei vielen türkischstämmigen Jugendlichen einen Rückzug aus den Werten dieser Gesellschaft ausgelöst und die Suche nach einer neuen türkisch-nationalen Identität gestärkt. Die Kehrseite der Medaille ist aber andererseits auch ein Import von ethnisch-religiösen Konflikten nach Deutschland. Als Konflikt- und Spaltungslinie treten hier Polarisierungen auf, an denen entlang »politische Lager« entstehen. Gerade durch den Import von innenpolitischen Themen um die kurdische Frage, Armenien-Frage oder auch anderer nationaler Themen in der Türkei erhalten ultranationalistische Strömungen einen neuen Aufwind, mit dem sie bestrebt sind, das »europäische Türkentum« hierzulande zu mobilisieren. Dadurch verursachen die Spannungen im Herkunftsland ebenso Re-Ethnisierungsprozesse im Aufnahmeland. Fazit dieser Entwicklung ist in diesem Sinne ein »Import« sowie eine gewaltbereite Vitalisierung des ethnischen Konflikts von der Herkunfts- in die Aufnahmegesellschaft. Daher ist der Einfluss dieser Dachverbände und Netzwerke, die als Selbsthilfeorganisationen Einfluss auf das soziale Leben der türkischen Migrant*innen nehmen, in den letzten Jahren enorm gestiegen. ✖

»Die Nacht, die alles verändert«[1]

Rassistische Denkstrukturen in der Berichterstattung über die Silvesternacht 2015/2016 in Köln

Sophie Tadeus

In der Nacht zum 1. Januar 2016 kam es rund um den Kölner Hauptbahnhof zu zahlreichen Eigentums- und Körperverletzungsdelikten und zu sexuellen Übergriffen auf Frauen. Von ähnlichen Vorfällen wurde auch aus weiteren deutschen Städten berichtet. Bei den vermuteten Tätern handelt es sich vornehmlich um Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit und zum Teil ohne Aufenthaltsgenehmigung. Diese Tatsache bestärkte die bereits teilweise stark polemisierenden und emotionalisierenden Debatten über den Umgang in Deutschland mit der aktuellen Fluchtbewegung.

»Wer sind die Täter von Köln?«[2]

Die beständig steigende Zahl an Angriffen auf Geflüchtete und ihre Unterkünfte sowie an rechten Online-Hassdelikten oder die organisierte Mobilisierung rassistischer Bürger_innen können als Manifestationen eines immer breiteren oder breiter agierenden rechten Milieus gelesen werden. Daneben verliert sich der Rassismus, der von der gesellschaftlichen Mitte ausgeht, oftmals im Schein einer Evidenz: Strukturen, Handlungs- und Denkweisen, die unseren Alltag ausmachen, erscheinen zumeist selbstverständlich. Auch solche, denen eine rassistische Logik von Ausschluss und Zugehörigkeit zugrunde liegt.

Diese Strukturen werden aufrechterhalten, indem sie täglich von den Beteiligten reproduziert werden. Dabei spielen Diskurse eine wichtige Rolle: In diskursiven Auseinandersetzungen um Deutungsmacht werden gesellschaftliche Wissensordnungen geschaffen, reproduziert und somit die gesellschaftliche Wirklichkeit geformt. Massenmedien und die mediale Berichterstattung fungieren als Ort einer solchen Wissensproduktion. Entsprechend wichtig ist es, diese auf ihren Beitrag zur Konstruktion rassistischer Denk- und Argumentationsstrukturen hin zu untersuchen.

»Silvesternacht in Köln. Schaut auf diese Stadt!«[3]

Schaut man sich im Fall der Berichterstattung über die Übergriffe in der Silvesternacht in Köln die Zeitungen Frankfurter Allgemeine Zeitung, die Süddeutsche Zeitung und die Welt an, wird schnell klar, dass rassistische Denkstrukturen kein Phänomen des rechten Randes sind. Die Einteilung von Menschen anhand ihrer Abstammung, den dadurch vermeintlich kollektiven Merkmalen und letztlich eine bipolare Ordnung von »Zugehörigkeit« und »Nicht-Zugehörigkeit« zeichnen auch die Berichterstattung dieser »Qualitätszeitungen« aus.

Im Mittelpunkt steht dabei die Darstellung der Täter. Es scheint hierbei aber weniger um die Frage zu gehen, wer die Täter sind, sondern vielmehr wo die Täter herkommen. In den ersten Wochen nach den Vorfällen ist den Ermittler_innen die Identität der Täter weitestgehend unbekannt, sodass sich die mediale Darstellung hauptsächlich auf Grundlage der optischen Eindrücke von Augenzeug_innen vollzieht. Körperliche Merkmale fungieren dabei als Hinweise auf eine »fremde Herkunft«. Auf dieser Grundlage werden die Täter als »nordafrikanisch« oder »arabisch« aussehend, wahlweise auch dem Erscheinungsbild nach als »Ausländer«, »Migranten« oder »Flüchtlinge« markiert.

Ein eigentlich wirres Potpourri aus Begriffen, die in diesem Fall jedoch synonym verwendet werden. Denn es scheint nicht wichtig zu sein, aus welchem konkreten Herkunftsland die einzelnen Personen kommen oder welchen rechtlichen Status sie haben. Wichtig ist allein die Tatsache, dass sie woanders herkommen und demnach »fremd« sind. Was die Optik von »Fremden« bzw. »Nicht-Deutschen« ausmacht, wird nicht weiter ausgeführt. Es scheint jedoch ein allgemeines Wissen über die Verknüpfung von Aussehen und Herkunft zu geben, auf das die Leser_innen zurückgreifen, denn die fehlende Information scheint den Lese- und Informationsfluss nicht weiter zu stören. Die Herkunft der Opfer ist demgegenüber eine scheinbar irrelevante Frage, wenn es sich nicht sogar als deutliche Tatsache versteht, dass es sich hierbei um Deutsche handelt. Warum scheint aber bei der Darstellung der Täter die Herkunft eine relevante Kategorie zu sein?

»Das war eine enthemmte Meute«[4]

Möglich wäre auch die Betrachtung anderer Kategorisierungsmerkmale wie Beruf, soziale Klasse, politische Einstellung der Täter usw. Diese Kategorien werden jedoch nicht aufgegriffen. Stattdessen beharrt die mediale Darstellung auf einen permanenten Verweis auf die vermeintlich »fremde Herkunft«. Diese Vorstellung geht einher mit der Vorstellung entsprechender »fremder Verhaltensweisen«. Den Individuen, die zu einer ethnisch-kulturellen Gruppe homogenisiert werden, werden kollektive Eigenschaften zugeordnet. So auch die Gewaltbereitschaft: Die Hervorhebung der Kategorie »Herkunft« bei den Tätern impliziert

eine kausale Verknüpfung von »Herkunft« und »Straftat«. Sexuelle Gewalt wird als ein Phänomen dargestellt, das im »eigenen« Land nicht stattfindet und erst durch die Gruppe der »Fremden« importiert wird. Die von einzelnen Personen verübten Straftaten werden zu einer allgemeinen Bedrohung stilisiert, die von einer ethnisch-kulturellen Gruppe auszugehen scheint und vor der es die »eigene« Gesellschaft zu schützen gilt.

Diese Ethnisierung von sexueller Gewalt ist Teil eines pauschalen Zuordnungsprozesses, bei dem das »Eigene« mit positiven Eigenschaften markiert wird und dem »Fremden« negative Merkmale zugeschrieben werden. In der Darstellung der Täter wird entsprechend das Bild einer entpersonalisierten, gewaltsamen Masse konstruiert, die »wild«[5], »bandenmäßig«[6] und »enthemmt«[7] die zivilisierte, europäische Gesellschaft zu bedrohen scheint.

»Die enthemmte Mitte«[8]

Anknüpfend an eine Vorstellung von ethnisierter und importierter Gewalt werden Geflüchtete mit den Tätern und den Vorfällen in Köln identifiziert und die Straftaten direkt an die aktuelle Migrationsbewegung geknüpft. Es wird explizit davon gesprochen, dass ein »unkontrollierter Zuzug« auch »sexuelle Gewalt im eigenen Land«[9] mit sich bringt. Die monokausale Verknüpfung der in der Silvesternacht verübten Straftaten mit einer ethnisch-kulturellen Gruppe befördert die Vorstellung des »Eigenen«, das vor dem vermeintlich »Fremden« beschützt werden muss. Diese Denkstrukturen sind nicht nur Grundlage rechter Ressentiments, sondern fungieren letztlich auch als Legitimation der europäischen Asylpolitik. Die deutsche Bundesregierung stützt sich bei der Rechtfertigung von Asylrechtsverschärfungen oder der europäischen Abschottungspolitik mitunter auf eben diesen scheinbar notwendigen Schutz des »Eigenen« vor den »feindlichen Fremden«.

Diese Einteilung der Menschen und der normative Zuschreibungsprozess schaffen letztlich eine gesellschaftliche Hierarchie: Die Ungleichbehandlung der Menschen konstituiert und legitimiert sich anhand der Vorstellung von ethnisch-kulturell homogenen Gruppen, die sich auf Grund ihrer gruppenspezifischer Eigenschaften und Wertesysteme unvereinbar, wenn nicht gar feindselig gegenüberstehen. So scheinen die Täter von Köln die Gruppe der »Fremden« zu repräsentieren, die mit ihren durch »Herkunft« und »Kultur« bedingten Verhaltensweisen die »Zugehörigen«, sowie deren Werte und Grundsätze angreifen. Die faktische Logik weicht einer sozial konstruierten Logik von Ausschluss und Zugehörigkeit.

Der öffentliche Diskurs über die Vorfälle in der Silvesternacht zeigt in besonderen Maße, welchen Beitrag Medien bei der Produktion und Reproduktion rassistischer Denkstrukturen leisten können und leisten. Eine Aufarbeitung von Rassismus in Diskursen kann helfen die Legitimationsgrundlage rassistisch motivierter Handlungen zu entziehen, egal ob diese dem rechten Milieu oder der »enthemmten Mitte« der Gesellschaft entspringen. ✖

Mehr zu dem Thema

✖ *Tadeus, Sophie (2016): Rassismus in Diskursen. Eine Analyse des öffentlichen Diskurses um die Ereignisse in der Silvesternacht 2015/2016 in Köln.*

Fußnoten

1 *Aust, Stefan (2016): Die Nacht, die alles verändert. Erschienen in: www.welt.de.*

2 *Burghardt, P./Dörries, B./Kelnberger, J./Ludwig, K. (2016): Wer sind die Täter von Köln? Erschienen in: sueddeutsche.de.*

3 *Rossmann, Andreas (2016): Silvesternacht in Köln. Schaut auf diese Stadt! Erschienen in: www.faz.net.*

4 *Steppat, Timo (2016): Sexuelle Übergriffe in Köln. »Das war eine enthemmte Meute«. Erschienen in: www.faz.net.*

5 *Aust, Stefan (2016): Die Nacht, die alles verändert. Erschienen in: www.welt.de.*

6 *Ebd.*

7 *Lohse, Eckart (2016): Übergriffe in Köln. Die Frage des Zusammenhangs. Erschienen in: www.faz.net.*

8 *Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (Hg.) (2016): Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland / Die Leipziger »Mitte«-Studie 2016. Gießen: Psychosozial-Verlag.*

9 *Lohse, Eckart (2016): Übergriffe in Köln. Die Frage des Zusammenhangs. Erschienen in: www.faz.net.*

INTERNATIONALES UND ANDERSWO

Im Schatten der utilitaristischen Zweckmäßigkeit

Türkische Politik gegenüber syrischen Geflüchteten

Çağrı Kahveci

Wir sind Zeuge eines Affentheaters: Auf der einen Seite in der Türkei das Aufkommen eines Neo-Bonapartismus mit religiösen Symbolen. Ihr Führer kann die Massen wie kein anderer zeitgenössischer Politiker begeistern und seine Macht unendlich ausdehnen: die Opposition ist der Feind, jede demokratische Forderung eine Kriegserklärung. Auf der anderen Seite beobachten wir in Europa die Renaissance eines Orientalismus (*Türkenbashing*) auch unter Menschen, die »im Zweifel links« sind. Beide Parteien überbieten sich mit Drohungen über den Abbruch diplomatischer Beziehungen und internationaler Vereinbarungen. An dieser Stelle betrachten wir lediglich die gegenwärtige Migrationspolitik der Türkei, mit besonderem Fokus auf die Geflüchteten aus Syrien.

Die Türkei ist bekanntermaßen ein Migrationsland und das nicht erst jetzt, sondern seit Beginn des 20. Jahrhunderts. Ohne den armenischen Genozid, die ethnischen Säuberungen gegen Griechen, Juden usw. (auch die Vertreibung der muslimischen Minderheiten aus dem Balkan) hätte sich der moderne Nationalstaat in der Türkei – wie in allen anderen Nationalstaaten – nicht gründen können (vgl. Geray 1962; Bali 2010). Im Siedlungsgesetz von 1934 wurde die kulturalistische Logik als Grundstein für das langjährige Migrationsregime der Türkei gelegt. Darin wurde festgestellt: Wer in die Türkei einreisen will, sollte eine türkische Abstammung nachweisen. Zudem wurden die neuen Einwanderer mit dem Ziel der kulturellen Assimilation in den kurdischen Gebieten angesiedelt (vgl. Yildiz 2001). In den 1960er Jahren unterschrieb die Türkei zwar die Genfer Flüchtlingskonvention, fügte allerdings eine ungewöhnliche geografische Einschränkung hinzu (vgl. Pusch 2012): Sie verpflichtete sich nur zum Schutz von Geflüchteten aus Europa. Die Geflüchteten aus anderen Ländern durften sich nur temporär aufhalten. Die Zuständigkeit wurde dem UNHCR überlassen.

Tatsächlich kamen aus Europa während des Kalten Krieges nur sehr wenige Geflüchtete, abgesehen von denjenigen, die eine türkische Abstammung/Kultur nachwiesen. (Aus Bulgarien flohen allein 1989 350.000 Menschen türkischer Herkunft aufgrund ethnischer Diskriminierung (vgl. İçduygu 2015a).)

Im Allgemeinen hatte die Türkei bis in die 1990er Jahren hinein keine »moderne« Migrations- und Flüchtlingspolitik, kein ausgefeiltes juristisches Korpus und keine gesellschaftliche Debatte. Das änderte sich erst abrupt mit der Flucht hunderttausender Kurden vor Saddams Gräueltaten. Zum ersten Mal wanderten zahlreiche Menschen ohne »türkische Abstammung« ein. Spätestens damit war die traditionelle Migrationspolitik zerbröckelt. Die Türkei entwickelte sich in den 1990er Jahren zu einem Transit- bzw. Einwanderungsland für Migrant_innen, vor allem aus den Nachbarländern, aber auch aus Afghanistan, Pakistan, Eritrea, Somalia, Ghana etc.

Im Rahmen der EU-Beitrittsverhandlungen verpflichtete sich die Türkei zur »Modernisierung« ihrer Migrationspolitik, der sie aber bis vor kurzem nicht nachkam. Als der Krieg in Syrien ausbrach, war der Prozess der Anpassung an die EU-Standards schon ziemlich fortgeschritten, aber noch nicht abgeschlossen: Die Türkei hatte bspw. mit einer Reihe von Ländern (v.a. Nachbarstaaten), z. B. mit Griechenland 2002, mit Rumänien 2004, mit Pakistan 2010,

Rückübernahmeabkommen unterschrieben. Zudem war der Prozess der Auslagerung der europäischen Grenze voll im Gange. Europäische Expert_innen und Frontex-Mitarbeiter_innen waren öfter in der Türkei, um zuständige Beamt_innen, Polizei, Küstenwache usw. auszubilden. Für die Grenzkontrolle wurden der Türkei Expertise, Material und Personal bereitgestellt (vgl. İçduygu 2015b).
Der Krieg in Syrien hatte die Türkei kalt erwischt. Sie war gerade eifrig dabei, ihre regionale Hegemonie durch das angepasste »Liberal Peace Project« zu etablieren: der Freihandel und die islamische Version der Demokratie unter Führung der Türkei (»natürlicher« Nachfolger des Osmanischen Reiches), in dem Syrien eine besondere Rolle zukam (vgl. Hinnebusch 2015). Als der Aufstand gegen die syrische Regierung ausbrach, ging die AKP von einem schnellen Regimewechsel zugunsten der Muslimbruderschaft aus. Sie verfolgte eine nationalistisch-sektiererische Politik, die sowohl die Fluchtbewegung anheizte, als auch die Kurden und Aleviten (in der Türkei) entfremdete.
Die Türkei verfolgte gegenüber syrischen Geflüchteten eine Politik der offenen Tür, die in erster Linie aus Grenzöffnung bestand, nicht nur für syrische Staatsangehörige, sondern für alle Einwanderer aus Syrien. Die Türkei verpflichtete sich ad hoc im Einklang mit internationalen Standards zum Nichtzurückweisungsprinzip und der Garantie humanitärer Hilfe (vgl. Kirişci 2014). In dem 2014 vereinbarten »Gesetz zu Ausländern und Internationalem Schutz« wurde bezüglich der Flüchtlingspolitik ein duales System (mit einzigartiger Terminologie) vereinbart.
Geflüchtete aus Syrien erhalten als Kollektiv den so genannten »temporären Schutz«. Alle anderen Geflüchteten müssen individuell »internationalen Schutz« beantragen. Innerhalb des internationalen Schutzes werden drei Kategorien eingeführt: a) Flüchtlinge: Aufgrund der geografischen Einschränkung dürfen nach wie vor nur Geflüchtete aus Europa diesen Status erhalten; b) Flüchtlinge unter Vorbehalt (*conditional refugees*): Geflüchtete, die aus Europa kommen, deren internationale Schutzsuche anerkannt wird und deren Umsiedlung in ein anderes Land noch nicht erfolgt ist (aus welchem Grund auch immer); c) subsidiärer Schutz: Status für Antragsteller_innen, die nach türkischem Recht nicht als Flüchtlinge qualifiziert werden können (also weder Konventionsflüchtlinge noch Flüchtlinge unter Vorbehalt sind), die aber wegen drohender Todesstrafe, Folter oder unmenschlicher oder erniedrigender Strafe oder Behandlung nicht in ihre Herkunftsländer zurückgeschickt werden können. Dieses System gewährleistet den syrischen Geflüchteten gewisse Ansprüche: die Nichtabschiebung, erleichterten Zugang zu gesundheitlichen Dienstleistungen, zu Bildung und zum Arbeits- und Wohnungsmarkt.
Realistischen Schätzungen zufolge leben in der Türkei über drei Millionen Syrer_innen und zusätzlich 400.000 Geflüchtete aus anderen Ländern. Nur ein Zehntel der syrischen Geflüchteten lebt in den 26 von der türkischen Katastrophenschutzbehörde AFAD kontrollierten Lagern an der Grenze zu Syrien. Außerdem lebt ein erheblicher Teil der syrischen Geflüchteten in den Städten im Süden. Die Großstädte wie Istanbul (fast eine halbe Million Geflüchtete), Ankara und Mersin beherbergen auch viele Geflüchtete, die praktisch komplett auf sich gestellt sind. Viele von ihnen haben sich im Sommer 2015 auf dem »Marsch der Hoffnung« gemacht und sind gen Europa weitergezogen. Viele Studien über syrische Geflüchtete in der Türkei verweisen jedoch auf den Wunsch der Geflüchteten, dauerhaft in der Türkei zu bleiben, selbst wenn der Krieg in Syrien endet. Das setzt natürlich voraus, dass die Lebensbedingungen sich erheblich verbessern.
Dabei ist die Diskrepanz zwischen der Wahrnehmung der türkischen Öffentlichkeit und Politik und dem Willen der Geflüchteten enorm. Die Türkei betrachtet sie immer noch als Gäste, die so schnell wie möglich zurückgehen werden. Die medialen Repräsentationen und populären Diskurse füttern diese realitätsferne Erwartung weiter. Das herrschende Image ist das unschuldige Opfer. Diese humanitäre Darstellung wird ergänzt durch eine weitere: Die Geflüchteten seien eine gefährliche Masse, verursachten soziale Probleme, Unordnung und Kriminalität. Sie zahlten ihre Miete nicht, gingen betteln und seien eine wirtschaftliche Belastung (vgl. Efe 2015).
Dieser Sicherheitsdiskurs verteufelt die Geflüchteten, um politische Restriktionen durchzusetzen. Die offizielle Politik ist in dieser Hinsicht gespalten. Dem AFAD-Chef zufolge wurde im Gesetz von 2014 bei der Bezeichnung der Geflüchteten bewusst auf den formal-juristischen Terminus »Asylbewerber« verzichtet, um diese nicht zu stigmatisieren. Stattdessen wurde »Gast« gewählt, um zusätzlich die Hilfsbereitschaft des türkischen Volkes zu betonen (vgl. Şimşek 2015).
Daher ist im Gesetz auch keine Rede von den Rechten der Geflüchteten, sondern es wird von Dienstleistungen und Erlaubnissen gesprochen. Die Gastfreundlichkeit ist mit normativen Werten wie islamischer Wohlfahrt und traditioneller Großzügigkeit verknüpft,

welche die AKP gegen die teilweise vorhandene Feindseligkeit der Zivilgesellschaft anführt. Es lässt sich jedoch keineswegs von einer erfolgreichen Inklusion sprechen. Viele Berichte von Menschenrechtsgruppen in der Türkei dokumentieren, wie Geflüchtete zahlreichen Formen von Misshandlung ausgesetzt sind, wie z. B. willkürlicher Haft sowie unmenschlicher und erniedrigender Behandlung (Mültecider 2014; Amnesty International 2016). Geflüchtete wurden zudem immer wieder Ziel rassistischer Sprachpolitik und körperlicher Angriffen.

Der humanitäre Diskurs schafft eine affektive Atmosphäre, in der ohne Zweifel das Leiden der Geflüchteten – sichtbar und kommunizierbar – verringert wird, jedoch führt er zu einer Entpolitisierung (Gündogdu 2015). Es wird ein soziales Band zum Gast geknüpft, das aber unweigerlich ein sehr hierarchisches ist. Temporärer Schutz wird als Geschenk beschönigt, das nur aus der Not heraus erfolgt. Die syrischen Geflüchteten bekommen Schutz, weil sie hilflos/passiv/unschuldig sind. Sobald sie aktiv werden, fallen sie aus diesem normativen Gerüst heraus. Daher müssen sie für die geringe Unterstützung auf ihre politische Autonomie verzichten, sich an ihren prekären juristischen und sozialen Status anpassen.

Völlig unerwartet brachte Erdogan Anfang Juli die Idee der Staatsbürgerschaft für syrische Geflüchtete vor. Er sprach vom ökonomischen Nutzen der Einbürgerung, von gut ausgebildeten Fachkräften, geschäftigen Investoren usw. Die Einbürgerungsoption basiert nicht auf der Idee, den Geflüchteten mehr Rechte einzuräumen, geschweige denn für mehr soziale Gerechtigkeit und Gleichheit zu sorgen. Die politische Überlegung Erdogans lässt sich daher als »utilitaristische Zweckmäßigkeit« à la [Max] Weber betrachten.

Drei politische Ziele werden damit verfolgt: a) politische Unterstützung bei den nächsten Präsidentschaftswahlen; b) ethnische Karte: Der Plan, die arabischen Syrer in kurdischen Gebieten anzusiedeln (die staatliche Wohnungsbaubehörde TOKI hat schon Wohnungen versprochen), um dort die kurdische Subversion zu verhindern; c) die sunnitischen Syrer_innen in alevitischen Gebiete anzusiedeln, um die traditionell oppositionellen Gebiete unter Kontrolle zu bringen.

Damit ist eine Konstellation entstanden, die im Westen bzw. Europa selten ist: Die Überschneidung der Interessen der Geflüchteten (auch wenn nur temporär und beschränkt) mit denen des Regimes. Das dynamische und komplexe Migrationsregime, Teilhabe, Loyalitätsfrage etc. – das hat uns die Geschichte gelehrt – lassen sich jedoch nicht allein durch die Entscheidungen der politischen Elite bestimmen. Schließlich hängt vieles von weiteren politischen Kräfteverhältnissen, affektiven Modalitäten und Folgeereignissen ab. ✖

Quellen

- *Amnesty International (2016): Turkey: No safe refuge: Asylum-seekers and refugees denied effective protection in Turkey. https://www.amnesty.org/en/documents/eur44/3825/2016/en/ (Zugriff: 28.07.16)*
- *Bali, Rifat N. (2010): Cumhuriyet Yıllarında Türkiye Yahudileri Bir Türkleştirme Serüveni (1923-1945) İletişim Yayınları*
- *Efe, Ibrahim (2015): Türk Basınında Suriyeli Sığınmacılar. http://setav.org/tr/turk-basininda-suriyeli-siginmacilar/rapor/34547 (Zugriff: 15.06.16)*
- *Geray, Cevat (1962): Türkiye'den ve Türkiye'ye Göçler (1923-1961), Türk İktisadi Gelişmesi Araştirma Projesi, Ankara.*
- *Gündogdu, Ayten (2015): Rightlesness in an Age of Rights. Hannah Arendt and the contemporary struggles of Migrants, Oxford.*
- *İçduygu, Ahmet (2015): Syrian Refugees in Turkey: The Long Road Ahead, Washingon, DC.*
- *İçduygu, Ahmet (2015): Turkey's Evolving Migration Policies: A Mediterranean Transit Stop at the Doors of the EU. http://www.iai.it/sites/default/files/iaiwp1531.pdf (Zugriff: 01.07.16)*
- *Hinnebusch, Raymond (2015): Back to Enmity Turkey-Syria Relations Since the Syrian Uprising. https://research-repository.st-andrews.ac.uk/bitstream/handle/10023/6068/Turkey_Syria_Relations_Orient_I_2015_Hinnebusch_1_.pdf;jsessionid=BFC162C7D4355025BB8C7C0365EF9DF1?sequence=1 (Zugriff: 02.08.16)*
- *Kirişci, Kemal (2014): Syrian Refugees and Turkey's Challenges: Going beyond Hospitality. https://www.brookings.edu/wp-content/uploads/2016/06/Syrian-Refugees-and-Turkeys-Challenges-May-14-2014.pdf (Zugriff: 15.07.2016)*
- *mülteci-der (2014): Türkiyede Mülteci Olmak. Uydu Kent Izleme ve Raporlama Projesi Kapanis Toplanstisi Notlari. http://www.multeci.org.tr/belgeler.aspx (07.07.2016)*
- *Pusch, Barbara (2012): Bordering the EU: Istanbul as a Hotspot for Transnational Migration, in: Paçacı Elitok, Seçil; Straubhaar Thomas (Hg.): Turkey, Migration and the EU: Potentials, Hamburg.*
- *Şimşek, Doğuş (2015): Suriyeli sığınmacılar ve ›misafir‹ olma hali, in: Birikim (311), S. 55-62*
- *Yildiz, Ahmet (2001): Ne Mutlu Türküm Diyebilene. Türk Ulusal Kimliğinin Etno-Seküler Sınırları (1919-1938), Istanbul.*

Migrationspolitik die über Leichen geht

EU-Grenzpolitik im Krisenmodus

Christian Jakob

Es ist eine Dimension, so monströs wie die ständig wachsende Zahl der Mittelmeertoten: Bis zu 62 Milliarden Euro, so erklärte Anfang Juni der Kommissionsvizepräsident Frans Timmermans, wolle die EU bezahlen, damit afrikanische und arabische Länder Flüchtlinge aufhalten. Schon kurzfristig sollen acht Milliarden Euro bereitgestellt werden. Mit diesen sogenannten Hilfsgeldern sollen Grenzaufrüstung, »Asylunterkünfte«, Maßnahmen gegen Schlepper bezahlt und »Investitionen angekurbelt« werden, sagte Timmermans. Doch die EU gedenkt nicht, ihre neueste Offensive zur Migrationskontrolle auf das Öffnen des Portemonnaies zu beschränken: »Wir schlagen eine Mischung aus positiven und negativen Anreizen vor, um die Drittländer zu belohnen, die bereit sind, effektiv mit uns zusammenarbeiten, und sicherzustellen, dass es Konsequenzen für jene gibt, die das nicht tun.« Wie genau die EU jene zu bestrafen gedenkt, die nicht als Türsteher für sie bereit stehen, ließ er vorerst offen. Nach dem Vorbild des Türkei-Deals strebt die EU nach eigener Auskunft nun vergleichbare Pakte mit Jordanien, Libanon, Niger, Nigeria, Senegal, Mali, Äthiopien und Libyen an. Mit der in Rede stehenden Gesamtsumme ließen sich sechs Millionen Flüchtlinge ein Jahr lang versorgen.

Die Antwort auf eine aktuelle Anfrage des Linken-Abgeordneten Niema Movassat zeigt, dass die halbstaatliche deutsche Entwicklungsagentur GIZ bereits kräftig bei diesen Vorhaben mitmischt. Sie habe »das sogenannte Migrationsmanagement als neuen Geschäftszweig entdeckt« so Movassat und »bewirbt sich fleißig auf alle Ausschreibungen, die im Rahmen des sogenannten EU-Treuhandfonds für Afrika, der mit mittlerweile 1,9 Milliarden Euro bestückt ist, erfolgen.« Die EU betone zwar, dass der Fonds vor allem dazu dienen soll, Fluchtursachen in den afrikanischen Ländern zu beseitigen. Diese Aussage sei aber nicht haltbar: Ein Blick auf die Projekte, die von dem Treuhandfonds finanziert werden, zeige, dass 48 Prozent der Mittel für Rückführungs-, Rückübernahme- und Wiedereingliederungsmaßnahmen sowie zur Verhinderung von Migrationsbewegungen ausgegeben werden sollen. Dem Bereich legale Migration sind hingegen nur vier Prozent der Mittel zugeordnet. Und das ist erst der Anfang: Mit den sogenannten »Prozessen« von Khartoum, Rabat Valetta hat die EU gleich drei diplomatische Großoffensiven gestartet, um halb Afrika als Grenzpolizei einzukaufen.

Die europäische Grenzpolitik hat mal wieder in den verschärften Krisenmodus geschaltet. Die Folge: Weniger Flüchtlinge kommen über das Mittelmeer, aber mehr von ihnen sterben dabei. Laut der IOM kamen auf den verschiedenen Mittelmeerrouten bis Ende August 2016 insgesamt 272.070 Flüchtlinge nach Europa. 2015 waren es im gleichen Zeitraum 354.618 gewesen. Laut IOM kamen bis zum 28. August insgesamt 163.105 Flüchtlinge nach Griechenland (Vorjahreszeitraum: 234.357) und 106.461 nach Italien – die Verlagerung des Flucht-Schwerpunkts auf das zentrale Mittelmeer ist Folge des EU-Türkei-Deals. Doch der Seeweg über Libyen ist wesentlich riskanter, als die vergleichsweise kurzen Routen in der Ägäis. Und so starben zwischen Januar und Ende August über 3.160 Flüchtlinge – mehr als je zuvor in diesem Zeitraum.

Anders als bei den letzten Großkatastrophen zwischen Libyen und Lampedusa blieb es diesmal merkwürdig still. Die Öffentlichkeit scheint sich an die Horrornachrichten vom Mittelmeer gewöhnt zu haben. Kein führender EU-Politiker sah sich zu mehr Brandreden genötigt. Kopfzerbrechen bereitete ihnen vielmehr die Frage, wie die EU vermeidet, dass in diesem Jahr ähnlich viele Flüchtlinge ihr Territorium erreichen wie im letzten Jahr.

Allerdings sind die Beziehungen zum wichtigsten Türsteherstaat, der Türkei, unkalkulierbar. Bis Ende Oktober will die Ankara die Visafreiheit für türkische Staatsbürger für Reisen. Sollte die nicht kommen, werde das Land »Maßnahmen hinsichtlich der Rücknahme von Flüchtlingen« ergreifen, sagte Europaminister Ömer Celik Anfang September. Dabei geht es gar nicht in erster Linie darum, ob Flüchtlinge aus Griechenland zurück genommen werden sollen, sondern vielmehr darum, dass jene, die Richtung Europa wollen, nicht durchgelassen werden. Doch auch das, so darf man annehmen, weiß die Türkei als Druckmittel einzusetzen. Und damit aus Richtung Syrien möglichst niemand mehr nachkommt, baut das Land derzeit an der Grenze zu Syrien Selbstschussanlagen. Alle 300 Meter soll bald ein solcher »intelligenter Wachturm« stehen.

Pro Asyl recherchierte derweil, dass die Türkei aus Griechenland Abgeschobene zu Hunderten im Knast von Kırklareli einsperrte. Die Organisation recherchierte den Fall einer jesidischen Familie, die vor dem IS-Terror nach Griechenland floh. Sie wurde in die Türkei zurückgeschoben und dort inhaftiert. »Die Haft endete erst, nachdem sie erzwungenermaßen ihrer ›freiwilligen‹ Rückkehr in den Irak zugestimmt hatten«, so Pro Asyl.

Die Türkei ist allerdings nicht die einzige Partei, die sich nicht an Absprachen hält. Am 4. Juni wurde die Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Grünen bekannt. Die wollten wissen, wie viele Flüchtlinge Deutschland aus Italien, Griechenland und der Türkei aufnimmt. Zur Erinnerung: Im letzten Jahr hatten die EU-Staaten sich verpflichtet, insgesamt 120.000 Flüchtlinge aus Italien und Griechenland innerhalb der EU zu verteilen. Und neben Milliardenzahlungen hatte die EU auch der Türkei einer absurden Logik folgend versprochen, für jeden aus Griechenland zurück in die Türkei abgeschobenen Syrer einen anderen Syrer aus der Türkei in die EU reisen zu lassen. Bislang ist davon allerdings nichts zu spüren: Zwischen Oktober und Juni, so das Bundesinnenministerium, hat Deutschland insgesamt ganze 57 Flüchtlinge aus Griechenland und Italien übernommen. Grund für diese minimale Größenordnung sei, dass die Übernahme von Syrern aus der Türkei »derzeit Priorität« habe, so Innen-Staatssekretär Ole Schröder. Der Türkei nehme Deutschland derzeit 100 Flüchtlinge ab. In dem Land halten sich mittlerweile über 3 Millionen Flüchtlinge auf.

Noch allerdings hält die Schließung der Balkanroute weitgehend. Weil in der Türkei kaum noch Boote ablegen, versuchen Flüchtlinge verstärkt, die 15 Kilometer nach Griechenland zu schwimmen. Die Möglichkeit, Asylanträge zu stellen, gibt es dort faktisch nicht mehr. Die Inhaftierten werden in den sogenannten Hotspots gezwungen, ihre Zustimmung zur freiwilligen Ausreise zu erklären. Ansonsten droht ihnen monatelange Haft. Auf den griechischen Inseln sitzen im Sommer über 10.000 Menschen fest, etwa 3.250 sind unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. Mehrere Tausend Flüchtlinge sind inhaftiert. Die Haftlager und provisorischen Unterkünfte sind völlig überfüllt, die hygienischen Verhältnisse katastrophal.

Immer stärker kommt da die zentrale Mittelmeerroute in den Blick. Dort sind zunehmend Flüchtlinge aus subsaharischen Staaten unterwegs. Jeden Montag machen sich Konvois mit rund 50 Lastwagen und Geländewagen von Agadez in Niger auf den Weg in die libyschen Wüstenoasen Sebha und Murzuk. Der Journalist Mirko Keilberth hat recherchiert, dass viele in zwei ehemalige Trainingslager des »Islamischen Staates« (IS) in der libyschen Hafenstadt Sabratha gebracht werden. Dort harren sie unter katastrophalen hygienischen Zuständen aus. Wer die bis zu 1.000 Euro für die Fahrt bezahlt hat, darf das Gelände erst verlassen, wenn die Schmuggler genügend Boote herbeigeschafft haben. Irgendwann geht es dann frühmorgens los.

Die EU will derweil ihre in »Sophia« umbenannte Marine-Mission EUNAVFOR MED im Mittelmeer ausweiten. Neben dem Kampf gegen Schlepper soll sie nun auch die so genannte Küstenwache von Libyen ausbilden. Die Bundeswehr soll sich daran von Tunesien aus beteiligen. 22 Nationen mit rund 1.300 SoldatInnen beteiligen sich derzeit an der Operation. Der Kampf gegen Schlepper beschränkte sich bislang auf die Zerstörung von Schlauch- und Holzboote und die Festnahme von 69 »Schleusungsverdächtigen«. Der Linken-Abgeordnete Andrej Hunko kritisierte die Ausbildungspläne für die »Küstenwache« genannten Milizen: »Das einzige was diese schwer bewaffneten Männer nicht übernehmen ist die Seenotrettung«, sagt er. Die libysche Küstenwache gefährde Menschenleben. »Die geplante militärische Zusammenarbeit der EU und der NATO mit diesen marodierenden Einheiten ist Ausdruck einer Migrationspolitik, die nur die Abwehr von Flüchtlingen im Sinn hat und dabei über Leichen geht.« Die EU-Mitgliedstaaten müssten deshalb alle Anstrengungen auf die Seenotrettung vor Libyens Küsten richten. Es brauche keine weiteren militärischen Abenteuer in Libyen, sondern sichere Überfahrten für Geflüchtete und eine Entwicklungsperspektive für Libyen. ✖

DEBATTEN UND STRATEGIEN

Polizei und Rassismus in den USA

Warum US-Polizisten schwarze Bürger töten

Arian Schiffer-Nasserie

Seit einiger Zeit häufen sich wieder Berichte über rassistische Polizeiübergriffe in den USA. ZeitungsleserInnen und Fernsehzuschauer in Deutschland erfahren, dass US-Polizisten beinahe täglich meist junge, männliche Afroamerikaner erschießen wie Alton Sterling und Philando Castile, die im Juli 2016 innerhalb von 48 Stunden erschossen wurden. Jährlich tötet die Polizei Hunderte dunkelhäutiger US-Bürger. Ein Projekt des britischen Guardian zählte Anfang September 184 durch die Polizei getötete Afroamerikaner. Die Wahrscheinlichkeit durch die Polizei getötet zu werden ist für schwarze Menschen in den USA fünf mal so hoch wie für weiße Menschen. 2016 wurden bis Anfang September 750 Menschen durch die US-Polizei getötet. Tödliche Polizeiübergriffe gehören zum Alltag der US-Gesellschaft, schwarze Menschen sind fast täglich unter den Opfern.

Deutsche Medien berichten davon meist erst, wenn es zu gewalttätigen Protesten und »Unruhen« in großen US-Städten kommt. Die Sorge der Medienschaffenden – gemischt mit etwas Häme – gilt dann angesichts »der Welle der Gewalt« weniger den schwarzen Opfern der Polizeigewalt als viel mehr der inneren Ordnung des befreundeten NATO-Bündnispartners mit Weltmachtstatus. Die Frage, warum US-Polizisten regelmäßig afroamerikanische Bürger töten, spielt für die staatstragenden Medien folglich kaum eine Rolle.

Doch auch Linke und kritische Stimmen begnügen sich meist mit der Anklage, dass der Weltpolizist und globale Richter im eigenen Land »immer noch« gegen jene menschenrechtlichen Prinzipien verstößt, in deren Namen er seine Interessen weltweit so brutal durchsetzt. Die Frage nach dem »Warum?« erscheint dagegen nebensächlich und wird – wenn überhaupt – meist mit »postkolonialen Diskursen« und »rassistischen Zuschreibungen« beantwortet, die aus den Zeiten der Sklaverei und Rassentrennung überdauert haben sollen. Einen Zusammenhang zwischen den geachteten Grundrechten der Weltmacht und dem geächteten Vorgehen der Polizei gegen Schwarze können auch die meisten KritikerInnen nicht erkennen. Der folgende Beitrag will den Zusammenhang von Polizei und Rassismus in den USA weniger »menschenrechtlich voreingenommen« untersuchen. Das vielleicht irritierende Ergebnis sei vorangestellt: Es sind die allseits geachteten und menschenrechtlich legitimierten Prinzipien von Freiheit, Gleichheit und Eigentum selbst, die den modernen US-Rassismus im Allgemeinen und das polizeiliche Handeln im Besonderen begründen.

Die schwarze Seite der Freiheit

Die rechtliche Gleichstellung der afroamerikanischen Bevölkerung ist im Land der Freiheit alles andere als eine historische Selbstverständlichkeit. Die Grund- und Freiheitsrechte, welche die Vereinigten Staaten von Amerika in ihrer Unabhängigkeitserklärung von 1776 als erster Staat zum gottgegebenen und zugleich »dem Menschen« gemäßen Recht (v)erklärten, bezog sich auf das nach ökonomischer und politischer Emanzipation von der britischen Krone strebende weiße Bürgertum:

»We hold these truths to be self-evident, that all men are created equal, that they are endowed by their Creator with certain unalienable Rights, that among these are Life, Liberty and the pursuit of Happiness.« (Präambel) *(»Wir halten diese Wahrheiten für selbstverständlich, dass alle Menschen gleich erschaffen wurden, dass sie von ihrem Schöpfer mit gewissen unveräußerlichen Rechten ausgestattet wurden, worunter sind Leben, Freiheit und das Streben nach Glückseligkeit.«)*

Weder afrikanische Arbeitssklaven noch die indigene Bevölkerung (deren Vertreibung und Vernichtung ja überhaupt erst den kontinentalen Raum zur Gründung einer staatlich abgesicherten »Eigentümergesellschaft« ermöglichte) konnten sich auf die Verfassung der weißen Siedler berufen. Auch nach dem Verbot der Sklaverei in der US-Verfassung von 1865 brauchte es noch hundert Jahre, bis den Schwarzen in einer Mischung aus Anerkennung für ihre überdurchschnittlich hohen Opfer im Zweiten Weltkrieg einerseits und Befriedung einer blutig unterdrückten Bürgerrechtsbewegung andererseits in den 1960er Jahren die vollen Bürgerrechte zugesprochen wurden.

Seit einem halben Jahrhundert dürfen auch die ehemaligen Sklaven als formal gleichwertige Rechtssubjekte in den USA ihr »pursuit of happiness« verfolgen, also an der bürgerlichen Konkurrenz um eine Lebensgrundlage, d. h. Geld, Lohnarbeit, Wohnraum etc., teilnehmen. Der Haken ihrer mühsam errungenen bürgerlichen Grundrechte zeigte sich schnell: Zwar sind sie vor dem Gesetz gleichgestellt und explizit dazu berechtigt, ihre Freiheit im Sinne ihrer eigenen Interessen zu nutzen – allein von den materiellen Mitteln der eigenen Interessenverwirklichung bleiben sie dank des Grundrechts auf Eigentum weitgehend ausgeschlossen. Denn im Land der unbegrenzten Möglichkeiten ist

die Verwirklichung des privaten Glücks zwar erlaubt und sogar geboten. Auch stehen die Mittel zur individuellen Bedürfnisbefriedigung in Form gigantischer Warenberge prinzipiell allen zur Verfügung. Jedoch – nur gegen Geld. Und das will »am Markt« erst einmal verdient sein. Dabei entpuppt sich ihre Freiheit mit Marx als doppelte:

»[...] Frei in dem Doppelsinn, dass er [der Arbeiter, Anm. d. Verf.] als freie Person über seine Arbeitskraft als seine Ware verfügt, dass er andrerseits andre Waren nicht zu verkaufen hat, los und ledig, frei ist von allen zur Verwirklichung seiner Arbeitskraft nötigen Sachen.« (K. Marx, MEW Bd. 23, S. 183)

In Ermangelung von Grund und Boden, natürlichen Ressourcen, Produktionsmitteln etc., mit denen sie auf Immobilien-, Rohstoff- oder Warenmärkten Geld verdienen könnten, bleibt den Afroamerikanern als Chance auf ein Erwerbseinkommen – wie den meisten Weißen auch – nur der Verkauf ihrer Arbeitskraft an ein Unternehmen. Als freie Personen auf der Suche nach Arbeit dürfen die ehemaligen Sklaven also von nun an wollen, was sie früher mussten, nämlich durch ihre Arbeit fremden Reichtum mehren. Allein, der Wille zur Lohnarbeit reicht nicht aus, da es immerhin noch eines Käufers bedarf, der sie verwendet. Und das ist bekanntlich gar nicht selbstverständlich.
Im Wettbewerb um einen Arbeitsplatz müssen die Schwarzen mit bereits etablierten Arbeitskräften, mit neuen Auswanderern aus dem zerstörten Europa und aus Südamerika in einem klassischen Einwanderungsland konkurrieren und sind dem freien und gleichen Wettbewerb aufgrund ihrer schlechten Ausgangsbedingungen denkbar miserabel gewachsen. Auch der Konkurrenz um Schulnoten und Abschlusszeugnisse als Mittel zum Aufstieg in die höheren Positionen der Lohnarbeit können sie meist kaum standhalten, fehlen den Kindern bzw. ihren Eltern doch meist die materiellen und sozialen Mittel, sich gegen die gleichaltrigen weißen Kontrahenten im Bildungssystem durchzusetzen.
Unter dem Strich jedenfalls müssen die schwarzen US-Bürger zwar völlig gleichberechtigt um Geld und in der Folge um Arbeit konkurrieren – bekommen deshalb aber noch keine oder nur schlechte und vor allem schlecht bezahlte; nicht zuletzt, weil die Einwanderungspolitik der USA im Interesse ihrer Unternehmer für ein Überangebot an billigen, willigen und qualifizierten Arbeitskräften aus aller Welt sorgt. Afroamerikaner in den USA sind im Vergleich zu weißen Lohnabhängigen daher doppelt so häufig arbeitslos, sofern sie eine Beschäftigung haben, ist diese im Durchschnitt wesentlich schlechter bezahlt. Mehr als ein Viertel lebt deutlich unterhalb der amtlichen Armutsgrenze, die Kindersterblichkeitsrate ist höher, die durchschnittliche Lebenserwartung geringer als die der Weißen. Ihre mangelnde Zahlungsfähigkeit führt auch dazu, dass sie sich aus freien Stücken auf dem freien Wohnungsmarkt konzentriert in den Armutsquartieren der US-Städte wiederfinden, so dass es seit einem halben Jahrhundert ganz ohne staatlichen Zwang zur – vornehm formuliert – »ethnischen Segregation« kommt. Im Ghetto finden sie sich mit all jenen (Behinderten, Illegalen, Kranken, Alten usw.) vereint, die zwar kaum »Chancen« zum legalen Gelderwerb haben, aber dennoch auf Dollar angewiesen sind, wenn sie im Land der Freiheit (über)leben wollen.

»Lebensbewältigungsstrategien«

Und natürlich entwickeln sie in der Folge die Lebensbewältigungsstrategien, die für die »Überflüssigen« im Kapitalismus seit jeher kennzeichnend sind und die wegen der damit verbundenen Störungen der öffentlichen Ordnung zum Gegenstand sozialer und polizeilicher »Arbeit« werden:

Entweder versuchen die schwarzen UnterschichtlerInnen, sich mit ihrer trostlosen Lage abzufinden,

* indem sie ihren Willen zur Konkurrenz und damit sich selbst schlichtweg aufgeben (Schulverweigerung, Obdachlosigkeit, Verwahrlosung usw.),
* indem sie an ihrem freien Willen verrückt werden (Wahnsinn),
* indem sie Trost im Glauben und in der Gemeinde suchen (einerseits seit jeher erwünscht, andererseits gefährlich – Sekten, Fundamentalismus usw.),
* indem sie mit Drogen ihre Not betäuben, die Stimmung aufhellen und auch ohne materielle Grundlage ihr verfassungsmäßig garantiertes Recht auf »Happiness« wahrzunehmen suchen (Alkoholmissbrauch, Drogenkriminalität etc.),
* indem sie mit Gewalt eine familiäre Reproduktion zu erzwingen suchen, zu der ihnen angesichts miserabler Wohnverhältnisse, prekärer Arbeit, Geld- oder Zeitnot usw. die Mittel fehlen (häusliche Gewalt, Kindeswohlgefährdung etc.).

Oder sie versuchen auf unerlaubtem Wege Dollar zu erwerben,

* indem sie fremdes Eigentum aneignen (Diebstahl, Raub, Erpressung usw.),
* indem sie mit Drogen und Waffen handeln,
* indem sie die zum illegalen Erwerb notwendige Organisierung vornehmen, um gegen Konkurrenten und die Ordnungsmacht zu bestehen (Gangs, organisierte Kriminalität).

Während Vertreter der ersten Variante, weil noch weitgehend um Rechtschaffenheit bemüht, eher ein Fall für »social work«, »community organizing« und »charity« ist, werden die unvermeidlichen Verstöße der schwarzen, meist männlichen Unterschicht gegen die US-Rechtsordnung von der Polizei im Rahmen ihrer Möglichkeiten hart verfolgt. Bei der Ausübung ihres staatlichen Auftrags treffen die Polizisten – übrigens auch schwarze Cops – immer wieder auf dieselben Täter mit derselben Hautfarbe in denselben Stadtteilen, so dass sie – auch ohne rassistische Vorurteile – einen ethnisch definierten Tätertypus entdecken: junge, schwarze Männer in den Armutsvierteln! Darauf gründet sich dann die gängige Polizeipraxis des »Racial profiling«, die schnell auf einen Pauschalverdacht gegen Schwarze hinausläuft.
In jedem Fall ist aber die permanente Kollision junger, schwarzer Männer mit der US-Polizei aus den oben genannten Gründen materiell unvermeidlich, ganz unabhängig vom Willen und Bewusstsein der Beteiligten. Und deshalb findet diese Sorte inneren Dauerkriegs der Ordnungsmacht gegen ihre schwarze Unterschicht unvermindert statt – nicht trotz, sondern wegen eines halben Jahrhunderts rechtlicher Gleichstellung und trotz eines schwarzen Präsidenten im Weißen Haus. Die sozialistischen Kritiker der Black Panther hatten also recht, als sie der Bürgerrechtsbewegung und Martin Luther King vorwarfen, dass mit der rechtlichen Gleichstellung für die eigentumslosen Massen nichts gewonnen sei – nicht einmal ein gewaltfreies Überleben in Armut.
In der Zwischenbilanz hält das Land der Freiheit weit über zwei Millionen ihrer Bürger gefangen und steht damit im Verhältnis zur Einwohnerzahl weltweit an der Spitze. Der Anteil der schwarzen Häftlinge ist überproportional hoch. Etwa jeder 20. schwarze US-Mann ist Insasse in einem US-Gefängnis!
Aber trotz der unvermeidlichen Kollisionen verfügen alle Beteiligten über Wille und Bewusstsein und deuten die Situation entsprechend (falsch)...

Die Deutung durch die Polizei...

Für US-Polizisten steht geradezu dogmatisch fest, dass die Rechtsordnung, die sie verteidigen, für alle Bürger gut ist, weil sie erstens auf demokratischem Wege zustande gekommen, zweitens für alle gleichermaßen gültig und drittens den Menschenrechten entsprechend, das heißt der verfassungsmäßig festgeschriebenen Menschennatur gemäß ist. Aus ihrer professionellen staatsbürgerlichen Sicht gibt es also keine (guten) Gründe für Rechtsverstöße bzw. muss jeder gute Mensch das Recht wollen. Im Umkehrschluss ist für Verstöße gegen die Rechtsordnung verantwortlich: mangelhafter (betrunken, wahnsinnig, minderjährig, affektiv usw.) oder böser Wille.
Diesen bösen Willen entdecken sie nun immer wieder im selben Tätertyp im selben Viertel, so dass sie ihr professionell unerlässliches Verdächtigungsdenken in ein rassistisches Feindbild vom bösen schwarzen Mann übersetzen. Dieses Denkmuster lässt sich als Rassismus des Anstands bezeichnen.
Hinzu kommt für Polizisten – wie für alle Mitglieder der freien Konkurrenzgesellschaft auch – die falsche, aber beinahe unerschütterliche Überzeugung, dass jeder für seinen (Miss-)Erfolg selbst verantwortlich ist, sofern es bei der Konkurrenz nur »fair« zugeht, d. h. jeder seine Chance hatte. (Dass die »Chance« das Scheitern schon impliziert, ist logisch zwar evident und bei Lottospielern und Krebspatienten leidlich bekannt, aber vom Standpunkt der praktischen Vernunft irrelevant.) Wenn also jeder und jede nur eine faire Chance zum Wettbewerb in Schule, auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt bekommen hat, dann ist der bedauerliche Misserfolg auf die Konkurrenzanstrengung des Einzelnen, auf mangelnden Willen und oder mangelnde Eignung zurückzuführen. In jedem Fall sind die Wettbewerber selber schuld. Dies begründet die allgemeine Deutung der Verlierer als Versager, die sich inzwischen ein neudeutsches Sprachdenkmal geschaffen hat: »Du Loser!«
Der falsche Rückschluss vom (Miss-)Erfolg in der kapitalistischen Konkurrenz auf die Erfolgsfähigkeit des Individuums begründet die Verachtung der Überflüssigen sowie die Bewunderung der (Erfolg)Reichen. Gilt erst einmal die Logik, dass der Erfolg am Markt Auskunft über die Erfolgsfähigkeit und damit über den sittlichen Wert des Marktteilnehmers gibt, so lässt sich die Formel des demokratischen Erfolgsrassismus in beide Richtungen deuten: Jeder verdient, was er verdient! (Offenbar teilen das auch viele Arme, so dass sie sich – weit davon entfernt, aufzubegehren – ihrer Armut lieber schämen.)
Vom Standpunkt der staatstragenden Sorge um das Gemeinwesen aus gedacht kann man die Reihe in sarrazynischer Logik noch verlängern: Die armen Verlierer der kapitalistischen Konkurrenz sind demnach nicht nur Versager, sondern geradezu Schädlinge, die der Gemeinschaft der Leistungserbringer auf der Tasche liegen, mit ihrer Lebensbewältigung die Ordnung stören und der Polizei das Leben schwermachen.
Der Rassismus des Anstandes als auch der Rassismus des Erfolges lassen sich miteinander verbinden und ethnisieren. Sofern das Heer der Habenichtse und Störenfriede doch unübersehbar

zu großen Teilen aus Schwarzen besteht, lässt dies (nicht nur) aus polizeilicher Sicht den Rückschluss zu, dass es sich dabei um einen Menschenschlag handelt, der offenbar gar nicht zur öffentlichen Ordnung passen will.
Schließlich verhalten sich die unter Dauerverdacht Gestellten schon aus diesen Gründen – verständlicherweise – meist feindselig gegenüber der Ordnungsmacht, haben tatsächlich den Willen zur Teilhabe an der erlaubten bürgerlichen Konkurrenz weitgehend aufgegeben und verfolgen, z. T. sogar ohne schlechtes Gewissen, kriminelle Ziele. Insofern bestätigen sie die rassistischen Konstrukte der Polizei, jedoch aus ganz anderen Gründen.

... und durch ihre schwarzen Opfer

Schwarze US-UnterschichtlerInnen sind leider ebenfalls weitgehend davon überzeugt, dass die (diskriminierungs)freie Rechts- und Eigentumsordnung der USA ein Angebot zur Verwirklichung auch ihrer Interessen darstellen müsste. Da sie aber in Wirklichkeit überdurchschnittlich oft zu den sozioökonomischen Verlierern gehören und in der Folge überproportional häufig im Gefängnis sitzen, deuten sie ihre Lage fälschlich als Folge von ungerechtfertigter Diskriminierung (und werden in dieser Sicht von linken SoziologInnen bestärkt).
Vom US-Staat und der US-Gesellschaft sehen sie sich insofern rechtlich, institutionell und moralisch ungerecht behandelt und betrogen; sind entsprechend beleidigt und tragen diese Mischung in Form eines eigenen Stolzes und Rechtsbewusstseins vor, das die ohnehin kaum vermeidbaren Rechtsbrüche mit dem guten Gewissen der ausgleichenden Gerechtigkeit begeht. Der Mut der Jugend tut das Übrige. In der permanenten Verdächtigung durch die Polizei und andere Teile der bürgerlichen Ordnung finden sie schließlich die Bestätigung für ihre (falsche) Vorstellung, dass es das System (grundlos) auf sie abgesehen hat.

Freiheit, Gleichheit und Eigentum!

Der – wie oben gezeigt – unvermeidliche Konflikt zwischen US-Polizei und schwarzer Unterschicht erscheint beiden Seiten als etwas Anderes: Beide Seiten gehen fälschlich davon aus, dass mit der Verwirklichung der bürgerlichen Grundrechte der Erfolg aller Mitglieder der kapitalistischen Konkurrenzgesellschaft gewährleistet sein müsste. Dieser unerschütterliche Glaube an die Glück bringende Wirkung der bürgerlichen Freiheit eint die Kontrahenten. Beide Seiten berufen sich auf Verfassung und Menschenrechte und wähnen sich als deren tatsächliche Verteidiger. Ihre Kollisionen deuten beide Seiten daher als unnötige, was ihre Wut auf die jeweils andere Seite nur weiter steigert.
Allerdings sind Polizisten mit ganz anderen Mitteln ausgestattet, gegen schwarze US-Amerikaner auf der Grundlage ihres beruflich bedingten rassistischen Feindbilds vorzugehen. Im Zweifelsfall dürfen sie zudem auf den Schutz einer Justiz hoffen, die im Rechtsbewusstsein und der Gewaltbereitschaft der Polizei eine unverzichtbare Säule der Staats- und Eigentumsordnung erkennt, die nicht durch harte Verurteilungen wegen unverhältnismäßiger Gewaltanwendung oder rassistischer Morde erschüttert werden soll.
Es ist insofern kein postkoloniales Relikt, welches das harmonische, menschenrechtlich fundierte Miteinander von Schwarz und Weiß stört. Es ist vielmehr die den Menschenrechten zu Grunde liegende, demokratische Rechtsordnung erwerbsbürgerlicher Freiheit, staatsbürgerlicher Gleichheit und der ausschließenden Verfügungsgewalt über die gesellschaftlichen Produktionsmittel als Eigentum selbst, die – neben den wenigen nutznießenden Eigentümern des gesellschaftlichen Reichtums – die große Masse der Lohnabhängigen und als deren unvermeidlichen Teil auch noch die »Überflüssigen« hervorbringt.
Die Wirkmächtigkeit der Geschichte, des Kolonialismus, der Sklaverei und Apartheid besteht darin, die ethnische Zusammensetzung dieser Unterschicht zu beeinflussen, indem die Schwarzen durch die vordemokratische Zurichtung mit den schlechtesten Ausgangsbedingungen in die bürgerliche Konkurrenz eintreten mussten.
Sowohl für die materielle Lage der Afroamerikaner als auch für den US-Rassismus ist also die gegenwärtige Rechtsordnung und Wirtschaftsweise verantwortlich. Schwarze in den USA können sich im Kampf gegen ihre materielle Lage, gegen Polizeigewalt und Verachtung nicht auf die Verfassungswerte berufen. Soll sich ihre Lage ändern, so müssen sie (wieder) zum bewussten Kampf gegen die politische Verfassung und wirtschaftliche Ordnung ihrer Staatsmacht übergehen. ✖

Über den Autor

✖ *Arian Schiffer-Nasserie ist Hochschullehrer für Politikwissenschaft an der Evangelischen Hochschule in Bochum. Schwerpunkte: Sozial- und Migrationspolitik sowie Rassismusforschung. Forschungsprinzip: Nachdenken über – nicht für den Staat.*

Autonomie der Migration

... und ihr politisches Potenzial

Matthias Köberlein

Ende Februar 2016 versuchen einige Geflüchtete den Zaun an der griechisch-mazedonischen Grenze niederzureißen. Der Grenzübertritt an sich ist erfolglos, aber der Protest medienwirksam – Frust und existenzielle Not der Geflüchteten brechen sich Bahn. Dieser versuchte Grenzübertritt hat eine politische Dimension.

Wenn nun dieser eine Grenzübertritt eine politische Ebene hat, wie ist es mit der Migration im Allgemeinen? Wie politisch ist Migration, wenn sie sich *nicht* mit »politischen« Aktionen verbindet? Die Forscher*innen der »Autonomie der Migration« fragen nach diesem politischen Potenzial der Migration und sind immer wieder der Romantisierung beschuldigt worden. Die Debatte um die Autonomie der Migration bewegt sich in einem Spannungsfeld: Auf der einen Seite die Objektivierung der Migrant*innen als wirtschaftliche Variable, wie in der klassischen Migrationsforschung, auf der anderen die Verklärung von Migrant*innen zu revolutionären Subjekten.

Hardt und Negri sehen Migration als autonomen Akt, auf den Behörden reagieren. Nicht Staaten werden als Ursprung des Geschehens angesehen, sondern die migrierenden Menschen. Diese Umkehrung von dominanten Perspektiven kommt aus dem Operaismus. Während im klassischen Marxismus das Kapital Macht gegenüber dem Proletariat ausübt, betont der Operaismus die umgekehrte Abhängigkeit: Ohne Arbeitskraft kann es keine Kapitalakkumulation geben. Hardt und Negri übertragen den Operaismus als Theorie der Arbeiter*innenklasse auf die Migrationstheorie: Migrierende sind implizit revolutionäre Subjekte. Das lässt allerlei Spielraum für den Vorwurf der Romantisierung.

Zu den ersten expliziten Vertretern der Autonomie der Migration zählt der französische Ökonom Yann Moulier Boutang. Der individuelle Migrant werde zum politischen Subjekt, indem er den Wunsch hegt, sich aus der Objektivierung durch staatliche Kontrollen zu befreien. Daran knüpft Boutang den Begriff des sozialen Kampfes, der für die Dimension des Politischen entscheidend ist. So ist etwa die Globalisierung als Antwort auf soziale Kämpfe und veränderte Verhaltensweisen zu sehen. Um ihre Migration zu organisieren müssen die Migrierenden soziale Netzwerke aktivieren und ausbilden. Das Abdriften in mafiöse Strukturen ist für Moulier Boutang eine logische Folge der Kriminalisierung. Weil sich Staaten auf lange Sicht nicht gegen diese mafiösen Strukturen wehren können, zwingt die kriminalisierte Migration die Staaten zur Legalisierung. Nationalstaaten müssen offener für Einwanderung werden.

Abgrenzung von einer Romantisierung der Migration

Die deutschsprachigen Theoretiker*innen der letzten Jahre grenzen sich deutlich von dieser Romantisierungstendenz ab. Den Theoretiker*innen der Autonomie der Migration wird vorgeworfen, den Migrant*innen zu viel Macht gegenüber diesen Migrationsregimen zuzusprechen. Auch wird kritisiert, das Konzept vernachlässige die unterschiedlichen Bedingungen, unter denen Menschen migrieren.

Martina Benz und Helen Schwenken schlagen den Begriff der Eigensinnigkeit vor und lehnen den Begriff der Autonomie als Mythos oder zumindest missverständliches Konzept ab. Die Theorie der Autonomie neige dazu, das Verhältnis von Migrant*in, Staat, Ökonomie und Gesellschaft auf den simplen sogenannten Hauptwiderspruch zwischen Arbeit und Kapital herunter zu brechen, während die Reproduktionsbedingungen unbeachtet blieben. Mit dem Begriff der Autonomie werde eine zu simple Gegenüberstellung des Kollektivsubjektes Migrant*in und dem Staat vorgenommen. Sie wollen Migration nicht auf die Perspektive der Erwerbsarbeiter*innen reduzieren, sondern auch die Reproduktion beleuchten. Subjektives Handeln sei immer ein »Arrangement mit den Bedingungen zwischen angestrebter Autonomie und realen Dilemmata«. Somit kann einer Romantisierung widerständiger Subjekte entgangen werden. Stattdessen sollen die komplexen gesellschaftlichen Zusammenhänge analysiert werden, in denen sich Widerstand bildet.

Stephan Scheel befürwortet eine Überarbeitung des Autonomie-Konzeptes. Das (europäische) Grenzregime soll aus der Perspektive der Migration und unter dem Gesichtspunkt der damit verbundenen sozialen und politischen Kämpfe betrachtet werden. Nicht die Anzahl von erfolgreichen Grenzübertritten sei entscheidend, sondern »vielmehr, ob und wie viele Menschen versuchen, sich innerhalb und gegen das europäische Grenzregime Mobilität anzueignen und dadurch den politischen und ökonomischen Status quo, der durch dieses Grenzregime aufrechterhalten werden soll, in Frage stellen.« Autonomie soll »als die Initiierung einer Konfliktbeziehung zwischen Migration und den Versuchen ihrer Kontrolle« verstanden werden.

Migrationskämpfe als politische Kämpfe

Manuela Bojadzijev und Serhat Karakayali sind sich dem Spannungsfeld zwischen Objektivierung und Romantisierung sehr bewusst. In ihren zehn Thesen zur Autonomie der Migration (2007) beziehen sie differenziert Stellung: »Migrantinnen und Migranten sind keinesfalls die neuen oder alten Protagonisten gesellschaftlicher Veränderung. Kämpfe der Migration können allerdings ein neues Verständnis des Politischen konstituieren.« Dabei darf Migration nicht getrennt von gesellschaftliche Verhältnissen betrachtet werden. Sie ist sowohl eine Folge derselben als auch einer der sie konstituierenden Faktoren. »Materialistisch zu denken heißt in diesem Kontext, die Idee aufzugeben, man könne Migration als abhängige Variable – zum Beispiel von Armut, Produktionsweisen oder Schleppern – definieren und die konkreten,

sozialen und politischen Projekte, die die Menschen in und mit ihren Migrationen verfolgen, ausblenden.«
Autonomie ist ein Produkt von gesellschaftlichen Konflikten, in denen neue Formen von Kooperation und Kommunikation erprobt werden. Die Autor*innen betonen die Dialektik der Autonomie der Migration. So ist jede Flucht aus einen Ausbeutungsverhältnis nicht nur der Weg in ein neues Ausbeutungsverhältnis. Sondern die Bereitschaft zu Mobilität selbst lässt sich ausbeuten, weil Kapitalismus auch auf der Mobilität der Arbeitskräfte beruht.
Die Vorstellung von Migration als politischem Kampf erfordert, Manuela Bojadzijev zufolge, das gängige Verständnis des Politischen zu hinterfragen. »Es bedeutet auch, unsere Vorstellungen von den Grenzen nationaler Organisierung, sei es in Form staatlicher Migrationslogik oder nationaler Gewerkschaftsarbeit, das Verhältnis von Lokalem und Globalem, von engen disziplinären Grenzen, vor allem aber auch die unsinnige Idee zu überdenken, dass die nationale Gesellschaft ‚ohne Migration' bestens integriert wäre.« Kämpfe sind im Rahmen dieses neuen Verständnisses wesentlich zur Transformation ökonomischer und politischer Institutionen. Für Bojadzijev ist der Begriff des Kampfes, das heißt konkret die Unterscheidung in Kampf und Nicht-Kampf zentral, um das Verhältnis von Bewegung und Organisation zu klären. Bewegung meint die Sphäre der Überschreitung von nationalen Grenzen, Organisation den sozialen Zusammenschluss und den konkreten politischen Kampf. Ein Verständnis des Kampfes und die Art der Kämpfe der Migration in ihrer Komplexität zu verstehen, trägt dazu bei, die politische Frage zu klären, »ob in der Flucht aus den Verhältnissen auch die Umrisse von etwas Positivem, d.h. Konstituierendem zu erkennen sind.«
Stephan Scheel betont am deutlichsten, dass Migrationskämpfe »selten spektakulär« sind, an alltäglichen Orten stattfinden und geringe mediale Reichweite besitzen: Die alltäglichen Migrationskämpfe finden statt »in den Büros der lokalen Ausländerbehörde, an den Schaltern von Konsulaten, aber auch in den Verhandlungen mit Arbeitgeber*innen sowie in den Schlafzimmern von binationalen Paaren, wo Migrierende bei einem heftigen Streit mit ihrem ‚Schatz' nicht nur ihre Beziehung, sondern auch ihre Aufenthaltserlaubnis riskieren.«
Für Giorgio Agamben hingegen stellt die Figur des Geflüchteten ein beunruhigendes Element in der Ordnung des modernen Nationalstaates dar. Der Geflüchtete bräche die »Kontinuität zwischen Mensch und Bürger, zwischen Nativität und Nationalität, Geburt und Volk auf« und stürze damit die Ursprungsfigur der modernen Souveränität in eine Krise. Nativität und Souveränität sind, wie Agamben feststellt, erst mit dem modernen Nationalismus ineinander verschmolzen. Konnte die Macht der Fürsten noch durch die Fiktion einer natürlich-göttlichen Ordnung legitimiert werden, so wird im modernen Nationalstaat die Nation selbst naturalisiert.

Migrationskämpfe als politisch ansehen

Wir sollten die Migrant*innen nicht vor den eigenen Karren der Revolution spannen, weil die linke Theorie kein Potenzial mehr im Proletariat sieht. Zudem erweitert der Blick auf Migrationskämpfe den Kreis möglicher Subjekte: So können auch Unterstützer*innen von Geflüchteten politisches Potenzial entfalten. Betrachten wir die aktuellen Kämpfe in den vielen Flüchtlings-Camps entlang der Balkanroute, in Italien oder im Jungle von Calais, lässt sich ein politisches Potenzial der Geflüchteten und deren Unterstützer*innen kaum von der Hand weisen. Hinzu kommen auch die vielen Initiativen in den europäischen Einwanderungsgesellschaften, die sich den alltäglichen Migrationskämpfen annehmen und außerdem die Aktivität von kritischen Migrationsforscher*innen.
Das politische Potenzial von Migration findet sich also in alltäglichen Kämpfen, in denen Migrant*innen und ihre Unterstützer*innen auf die Institutionen der Mehrheitsgesellschaft im Einwanderungsland treffen. ✖

Quellen

- *Agamben, Giorgio (2002): Homo sacer – Die Souveränität der Macht und das nackte Leben. 1. Aufl. Frankfurt am Main.*
- *Benz, Martina / Schwenken, Helen (2005): Jenseits von Autonomie und Kontrolle – Migration als eigensinnige Praxis. In: PROKLA – Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft (140). S. 363–377.*
- *Bojadzijev, Manuela (2011): Das ›Spiel‹ der Autonomie der Migration. In: Zeitschrift für Kulturwissenschaften (2/2011). S. 139-147.*
- *Bojadzijev, Manuela / Karakayali, Serhat (2007): Autonomie der Migration – 10 Thesen zu einer Methode. In: Turbulente Ränder – Neue Perspektiven auf Migration an den Grenzen Europas. 2. Aufl. Bielefeld.*
- *Hardt, Michael / Negri, Antonio (2002): Empire – Die neue Weltordnung. Frankfurt am Main.*
- *Moulier Boutang, Yann (2002): Nicht länger Reservearmee. In: Jungle World. 04.03.2002. Abgerufen am 06.03.2016 von http://jungleworld.com/artikel/2002/14/24171.html.*
- *Scheel, Stephan (2015): Das Konzept der Autonomie der Migration überdenken? – Yes, please! In: movements. Journal für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung.*

23 Jahre Recherche und Dokumentation des staatlichen & gesellschaftlichen Rassismus

Ari-Dokumentation

Die Dokumentation umfasst Einzelgeschehnisse, bei denen Flüchtlinge körperlich zu Schaden kamen. Auch im 23. Jahr ihrer Fortsetzung und Aktualisierung ist sie ein Spiegelbild der Lebensbedingungen, denen schutzsuchende Menschen in der Bundesrepublik ausgesetzt sind. Anhand der vielen Einzelgeschehnisse (über 8.000) wird der gesetzliche, behördliche und gesellschaftliche Druck deutlich, den nur die wenigsten Flüchtlinge unbeschadet überstehen können.

Die Ankunft vieler Flüchtlinge im Jahre 2015 wurde zum Anlass dafür, dass rassistische und islamophobe Organisationen im Schulterschluss mit rechtsradikalen Parteien und Gruppierungen den Rassismus auf die Straße trugen und medial salonfähig machten. Parallel dazu reagierte die Politik entsprechend und verschärfte die bestehenden – ohnehin restriktiven – Asylgesetze, forcierte die Entrechtung von Flüchtlingen, definierte Staaten zu »sicheren Herkunftsländern« um und arbeitete mit anderen europäischen Staaten unvermindert am weiteren Ausbau der Festung Europa.

Ziel sowohl der Straße als auch der Politik war und ist die Fortsetzung der langjährigen Nicht-Willkommenskultur in der BRD: Abschottung nach außen und die schnelle Abschiebung von hier lebenden Flüchtlingen.

Die Zahl der Opfer in der BRD hat sich vervielfacht.

Eine brennende lebensgroße Strohpuppe, ein drei Meter hoher Galgen, ein Holzkreuz in Flammen oder aufgepflockte Schweinsköpfe vor Flüchtlingsunterkünften – das sind einige Symbole des Hasses. Zeichen auch dafür, dass die Hemmschwellen gegenüber Schutzsuchenden drastisch gesunken sind.

Der Hass entlud sich in unzähligen Attacken auf Flüchtlingsunterkünfte sowie in Angriffen auf Flüchtlinge im öffentlichen Bereich. Die Anzahl der Gewalttaten mit Verletzungs- oder Tötungsabsicht ist in einigen Bundesländern immens angestiegen – und damit auch die Anzahl der Opfer. Bei Angriffen auf Wohnunterkünfte und auf der Straße wurden im vergangenen Jahr mindestens 345 Flüchtlinge verletzt. Diese Zahl ist dreimal höher als im Jahre 2014 und elfmal höher als 2013.

Durch Brandstiftungen, Werfen oder Schießen von Gegenständen wie Molotow-Cocktails, Böllern, Steinen, Flaschen, Metallkugeln, Silvester-Raketen o.a. auf bewohnte (!) Flüchtlingsunterkünfte und Wohnungen und durch direkte tätliche Angriffe in den Wohnbereichen kamen im letzten Jahr mindestens 107 Bewohner*innen körperlich zu Schaden. Diese Zahl ist im Vergleich zum Vorjahr 2,7-fach höher, im Vergleich zu 2013 15,3-fach.

Durch Angriffe auf der Straße, in Bussen, an Haltestellen, in Straßenbahnen oder Supermärkten, also im öffentlichen Raum, wurden mindestens 238 Flüchtlinge zum Teil schwer verletzt. Das sind dreimal so viele wie noch 2014 und zehnmal mehr als 2013.

Neben diesen Opferzahlen aufgrund rassistischer Angriffe zeigen 6 Suizide und 94 Selbstverletzungen/Suizidversuche von Flüchtlingen im Jahre 2015 die makabre Kontinuität des anhaltenden staatlichen Drucks auf Schutzsuchende. Existentielle Angst vor der Abschiebung, jahrelanges traumatisierendes Warten und die zerstörerischen Lebensbedingungen im Rahmen der Asylgesetze nehmen den Menschen die Hoffnungen auf ein Leben in Sicherheit.

Die Dokumentation umfasst den Zeitraum vom 1.1.1993 bis 31.12.2015.

188 Flüchtlinge töteten sich angesichts ihrer drohenden Abschiebung oder starben bei dem Versuch, vor der Abschiebung zu fliehen, davon 64 Menschen in Abschiebehaft.

1546 Flüchtlinge verletzten sich aus Angst vor der Abschiebung oder aus Protest gegen die drohende Abschiebung (Risiko-, Hunger- und Durststreiks) oder versuchten, sich umzubringen, davon befanden sich 665 Menschen in Abschiebehaft.

5 Flüchtlinge starben während der Abschiebung und

498 Flüchtlinge wurden durch Zwangsmaßnahmen oder Misshandlungen während der Abschiebung verletzt.

34 Flüchtlinge kamen nach der Abschiebung in ihrem Herkunftsland zu Tode, und

602 Flüchtlinge wurden im Herkunftsland von Polizei oder Militär misshandelt und gefoltert oder kamen aufgrund ihrer schweren Erkrankungen in Lebensgefahr.

73 Flüchtlinge verschwanden nach der Abschiebung spurlos.

198 Flüchtlinge starben auf dem Wege in die Bundesrepublik Deutschland oder an den Grenzen, davon allein 131 an den deutschen Ostgrenzen, 3 Personen trieben in der Neiße ab und sind seither vermisst.

644 Flüchtlinge erlitten beim Grenzübertritt Verletzungen, davon 343 an den deutschen Ostgrenzen.

21 Flüchtlinge starben durch direkte Gewalteinwirkung von Polizei oder Bewachungspersonal entweder in Haft, in Gewahrsam, bei Festnahmen, bei Abschiebungen, auf der Straße, in Behörden oder in Heimen – mindestens 996 wurden verletzt.

20 Flüchtlinge starben durch unterlassene Hilfeleistung.

77 Flüchtlinge starben bei Bränden, Anschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte und Wohnungen oder durch sonstige Gefahren und

1232 Flüchtlinge wurden dabei zum Teil erheblich verletzt.

22 Flüchtlinge starben durch rassistische Angriffe im öffentlichen Bereich und

1167 Flüchtlinge wurden bei Angriffen auf der Straße verletzt.

Durch staatliche Maßnahmen der BRD kamen seit 1993 mindestens 466 Flüchtlinge ums Leben – durch rassistische Angriffe und die Unterbringung in Lagern (u.a. Anschläge, Brände) starben 99 Menschen. ✖



> Die Dokumentation umfasst drei Hefte (DIN A4). Sie kosten zusammen 30 € plus 5,00 € Porto & Verpackung.

HEFT I (1993 – 2004) 10 € für 354 S.
HEFT II (2005 – 2011) 11 € für 260 S.
HEFT III (2012 – 2015) 12 € für 216 S.
plus je 1,80 € Porto & Verpackung.

Im Netz zurzeit noch die 22. Auflage unter der Adresse:
www.ari-berlin.org/doku/titel.htm

Beispiele aus 2015: Todesfälle – Selbstverletzungen – unterlassene Hilfeleistung
Auszug aus 2015: Der Monat September 2015

Bestellung der Dokumentation

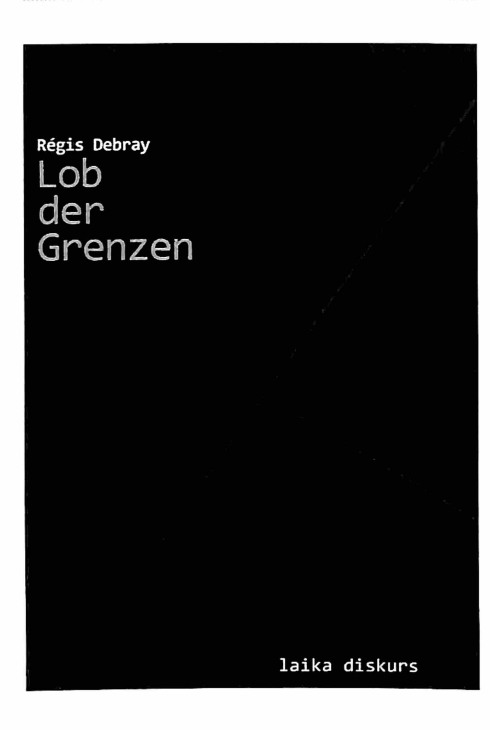
ANTIRASSISTISCHE INITIATIVE E.V.
Dokumentationsstelle
Haus Bethanien, Südflügel
Mariannenplatz 2 A
10997 Berlin

Fon 030 617 40 440
Funk 0177 37 55 924
Fax 030 617 40 101

ari-berlin-dok@gmx.de
www.ari-berlin.org/doku/titel.htm

Lob der Grenzen

Klaus Müller



> *Régis Debray: »Lob der Grenzen«. Übersetzung aus dem Französischen v. Nicole Neumann. Laka: Hamburg 2016. 58 Seiten, 9,80 EUR.*
> *ISBN 978-3-944233-60-4*

Régis Debray ist bekannt als umtriebiger Philosoph, Autor und politischer Intellektueller. Er war Student bei Althusser, mit Guevara im bolivianischen Dschungel, Berater Allendes in Chile und Mitterands in Frankreich. Nun liegt in deutscher Übersetzung ein Konferenzbeitrag aus dem Jahr 2010 von ihm vor, in dem er über den Begriff der Grenze reflektiert. Den Ausgangspunkt zu dieser Kaskade an Assoziationen bildet sein Urteil: »Eine dumme Idee begeistert das Abendland: Der Gesellschaft, der es schlecht geht, ginge es ohne Grenzen besser.«

Man weiß worauf er sich bezieht, auf Staatsgrenzen hauptsächlich. Doch seine gesponnenen Fäden reichen über die politische Geografie der Erde hin zu den Grenzen heiliger Bezirke oder Totenstädte, welche die Trennung zu den Lebenden und dem Profanen markieren. Die Haut des Einzelnen sei eine Grenze, so wie kulturelle Besonderheiten der Unterscheidung von Innen und Außen entsprängen. Kriege und Imperialismus, Globalisierung und Internet würden diese Grenzen missachten.

Ein schönes Gewirr, sprachlich um tausend Ecken, in gewundenen Sätzen geschrieben, gedacht, ist der Text voller Anspielungen und Bezüge. In einer subjektiv verstehenden Synthese, versucht Debray der Grenze etwas Positives abzugewinnen. Sie unterscheidet, sie hält zusammen, sie öffnet Räume und umschließt sie, sie schützt und bewahrt, sie urteilt. Er weist auf die Unterschiede in der Benennung hin: »border« sei nicht das gleiche wie »frontier«. »Frontier« würde eine absolute Trennung bedeuten, während »border« von Durchlässigkeit gekennzeichnet sei, mehr eine Membran als eine Mauer. Insofern wäre die Grenze durch die Regulierung ihrer Durchlässigkeit gekennzeichnet, die Zöllner_innen spielten gleichsam die Rolle des Fährmanns über den Styx. Doch bei allen assoziativen Spiralen, verschwinden in dieser allgemeinen Betrachtung die Verschiedenartigkeiten dessen, was wir als Grenze benennen. Eventuell entsteht dies aus der Form einer subjektiven Reflektion. Der Text ist kein Essay, der abwägt, kein wissenschaftlicher Text, der sich empirisch und auf Quellen gestützt mit dem Gegenstand befasst.

Dort, wo Debray konkret bzw. aktuell wird, scheinen Grenzen das Mittel der Wahl. »Vorwärts, ihr Esel! Was ist der Ohne-Grenzismus?« (S. 49) [die »No-Border-Ideologie«] fragt er und antwortet: Ökonomismus, Technizismus, Absolutismus und Imperialismus. Dem entgegen setzt er die Begrenzung als Bescheidenheit, als Anerkennung der Grenze als gesellschaftliches Maß, als territoriale Staatlichkeit. Er bleibt bei dieser formalen Gegenüberstellung von Grenze und Nicht-Grenze. Die Nicht-Grenze sei eine Illusion angesichts der Tatsache, dass immer neue Grenzen entstünden.

Inhaltlich beschreibt Debray seine Verunsicherung in der Moderne angesichts neuer Konsummuster, Klimaerwärmung, neuer Kommunikationsmedien und zerbröselnden Klassenbewusstseins. Er hat sein Argument nicht ausgebaut, dass es gegenläufige Bedürfnisse und Entwicklungen gibt, »zerrissen zwischen Identitätsnachweis [...] und Kreditkarte [...] Ein lustiges Vor- und Zurück« (S. 38). Er hat nicht die ökonomischen Verhältnisse weiter analysiert »In der Monotonie des Geldmachens [...] wächst die Erwartung ins Unermessliche. Bis ins Unvergleichbare. Zur Verweigerung« (S. 46). Stattdessen behauptet er, dass eine anthropologische Konstante, »eine Weisheit des Körpers« (S. 38), (vermittels Grenzziehungen) das Bedürfnis nach Zugehörigkeit reguliere. Debray vermittelt in diesem Text ein konservatives Weltbild angesichts einer für ihn verwirrenden Welt.

Die Haltung Debrays läuft weniger auf kulturalistischen Relativismus hinaus, vielmehr auf den Anspruch kultureller (was immer das sein möge) Unterscheidbarkeit. Er gibt seinem Bedürfnis nach Eindeutigkeit und Einmaligkeit Ausdruck. Ein Bedürfnis, welches anscheinend viele umtreibt, die auf der Suche nach Gewissheiten und Identität sind.

Nun kann man die Frage tatsächlich diskutieren, was die Forderung nach einer Welt ohne (Staats)Grenzen bedeutet. Haben wir am Ende eine globale Supernation, oder zieht sich der Anspruch auf Staatlichkeit und damit Herrschaft zurück? Bedeutet das einen Krieg aller gegen alle oder universalen Frieden? Weder noch, muss man antworten, weder supranationales Regime noch »failed states«. Die Parole »No border, no nation!« heißt die Frage zu stellen, wie wir unser Zusammenleben regeln wollen – und dafür gibt es keine endgültige Lösung. Eine unmögliche Vorstellung für Konservative. ✖

Der neue Klassenkampf

ZAG



> Slavoy Žižek: »Der neue Klassenkampf. Die wahren Gründe für Flucht und Terror«. Übersetzung aus dem Englischen v. Regina Schneider. Ullstein: Berlin 2015. 96 Seiten, 8,00 EUR. ISBN 978-3-550-08144-6

Žižek, Kulturphilosoph und Vertreter einer an Lacan orientierten Psychoanalyse, möchte uns die wahren Gründe für Flucht und Terror aufzeigen. Am Anfang steht für ihn eine zweifache Erpressung, der Appell an unsere Schuldgefühle, dass wir Menschen im Mittelmeer auf der Flucht ertrinken lassen, und die Forderung nach dem Schutz unserer Lebensweise. Dazwischen gelte es einen Weg zu finden, der den Klassenkampf in den Fokus rückt und die Frage beantwortet, was es bedeute Europäer_in zu sein.

Fangen wir gleich mit der Kritik an, um weiter schreiben zu können. Wer ist dieses Wir, das Žižek anspricht? Es ist ein irgendwie linkes Publikum, von dem er fordert mit »Tabus der Linken« zu brechen. Man müsse, die Menschen an ihren Taten messen, europäisch sei nicht gleichbedeutend mit rassistisch, Begriff wie »Heimat« und »Lebensweise« sollten nicht den Rechten überlassen werden, Kritik am Islam sei nicht gleich Islamophobie und man könne sehr wohl an Religionen Kritik üben. Während die säkulare Politik oder der religiöse Fundamentalismus politische Programme verfolgten, sei dies bei Riots in Frankreichs oder Englands Vorstädten nicht der Fall. »Womit wir es hier zu tun haben, ist ein Protest auf der Nullebene, eine gewaltsame Protesthandlung, die keinerlei konkrete Forderungen formuliert.« (33)

Ursache für die Flüchtlingsproblematik sei das Durcheinander der Neuen Weltordnung. Die Lebensmöglichkeiten in den Ländern des globalen Südens werden zerstört und die Flucht aus diesen Ländern ist eine rationale Entscheidung, angesichts von Hunger und Krieg. »Die Flüchtlinge wollen ein Stück vom Kuchen abhaben ...«, ohne sich zu integrieren. Dies würde die Populisten auf den Plan rufen, die die Konkurrenz der alten und neuen Arbeitskräfte ausnützten. Integration ist für Žižek eine Klassenfrage. Die Flüchtlinge müssten an einem solidarischen Kampf beteiligt werden. »Respektiert die anderen nicht einfach nur; bietet ihnen einen gemeinsamen Kampf an, da unsere Probleme heute gemeinsame Probleme sind!« (80)

Man kann u.a. Žižeks vielfältige Bezüge auf konservative Philosophen wie Sloterdijk kritisieren. Man kann ihn für seine assoziative, uneindeutige Argumentation kritisieren. Aber nehmen wir einmal an, dass seine Einsichten über den erneut aktualisierten Klassenkampf in anderer Form richtig seien, dann bleibt immer noch die Frage »was tun?« Diese beantwortet Žižek mit der Forderung nach einem linken Populismus. Eine Antwort, die er von Gramsci gelernt hat, wie Gramsci von Lenin gelernt hat. Den klassenunbewussten Subalternen müsse ein Programm gegeben werden, damit ihre Gewalt ein Ziel erhält. Staatliche Maßnahmen müssten durchgesetzt werden, um ein »Mindestmaß an Richtlinien« und die »kompromisslose Verteidigung der Toleranz« durchzusetzen (78). Abgesehen von den Inhalten bleibt die Frage, ob mit einem solchen linkspopulistischen Programm diese Ziele erreicht werden können. Der Fokus auf parlamentarisch-politische Auseinandersetzungen wertet Politik in der ersten Person ab, zum einen weil sie über Parteien vermittelt wird, zum anderen, weil lokale Selbstorganisation in diesem Ansatz gering geschätzt wird. Der von Žižek verkündete Klassenkampf wird bei ihm zu einer Sache irgendeiner Partei. Doch der Klassenkampf ist keine Parteisache. ✖

CALL ZAG AUSGABE 73

Brandstifter!

Call für die ZAG 73

ZAG

Das Bild von »Biedermann und die Brandstifter« ist 2016 so passend wie lange nicht mehr. Die Biedermänner und -frauen in Medien und Politik liefern das Benzin mit rassistischen Kampagnen wie der über »den Nordafrikaner«, der »die deutsche Frau vergewaltigt«. Gleichzeitig terrorisieren rechte Brandstifter immer häufiger das Land. Alleine die Zahl der Brandanschläge nimmt seit 2014 zu – also schon vor der Ankunft von tausenden von Flüchtlingen im letzten Jahr. 2015 waren es 136 und im ersten Halbjahr 2016 bereits 96 Brandanschläge (s. www.mut-gegen-rechte-gewalt.de). Und das ist nur die Spitze des Eisbergs, denn im ersten Quartal 2016 gab es 347 Attacken auf Flüchtlingsunterkünfte bundesweit – das Zehnfache der Angriffe im gleichen Zeitraum 2014. Wer sind die Täter_innen und was sind ihre Motive?
Rechtsradikale, bzw. rassistische Straf- und Gewalttaten werden zumeist unterschätzt. DIE ZEIT hat für den Zeitraum Anfang Januar bis Ende November 2015 die Zahl der Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte recherchiert und ist auf 222 Angriffe gekommen, das BKA nur auf 120. Währenddessen werden angeblich linksradikale Straftaten systematisch überschätzt indem jede Teilnahme an einer Sitzblockade genau so gezählt wird, wie ein rechtsradikaler Mord, Gewalt auf der Straße oder Brandstiftung an einer Geflüchtetenunterkunft, bei denen Menschenleben gefährdet werden.

Was macht faschistischen Terror aus?

Insgesamt zählt das BKA 22.960 Straftaten von Rechtsradikalen im Jahr 2015. Diese Taten scheinen alltäglich und allgegenwärtig. Deshalb sprechen wir von Terrorismus, da die Masse der Taten eine Situation der Spannung aufbauen, die Verunsicherung verbreitet und Gewalt normalisiert. Steckt dahinter eine Strategie und wer sind dann die Strategen?
Obwohl die schiere Anzahl an registrierten Straftaten aus dem rechtsextremen Umfeld weiter zunimmt, wird darüber kaum noch in den Medien berichtet. Stattdessen werden sexistische Debatten über die Kölner Silvesternacht geführt und soll mit »Burka-Verboten« »islamistischer Terror« bekämpft werden. Und das, obwohl diese Form des Terrors in Deutschland vergleichsweise wenige Opfer fand. Wie kommt es zu dieser Verschiebung im öffentlichen Diskurs?

Rechter Terrorismus wird Volkssport

Wer sind die Täter? Angegriffen werden Flüchtlingsunterkünfte laut Bundesinnenminister zu 90 Prozent von Männern, die zu 75 Prozent zwischen 18 und 30 Jahre alt sind. Fast alle lebten in der Nähe der Tatorte und 44 Prozent seien vorher unauffällig gewesen (nach zeit.de). Sind das nun Rechtsterroristen? Oder wieder nur eigentlich freundliche Jugendliche aus der Nachbarschaft, die ein wenig vom Weg abgekommen sind?

Tagelang konnten in Heidenau Rechte randalieren, ohne dass die Polizei einschritt. Erst als Gegendemonstrationen angekündigt wurden, wurde ein massives Polizeiaufgebot mobilisiert – und gegen die Antifaschist_innen eingesetzt. Rostock-Lichtenhagen lässt grüßen.

NSU – Staat und Nazis Hand in Hand

Der unklare Zusammenhang von Bekämpfung und Förderung von rechtsextremen Organisationen durch Behörden verdichtet sich im Kontext der Recherchen zum NSU-Komplex. Hier hat scheinbar der Staat das Untertauchen von Terroristen unterstützt, jahrelang V-Leute im unmittelbaren Umfeld geführt und bei der Aufklärung von zehn Morden gestümpert – einer fand in Gegenwart eines damaligen Mitarbeiters des hessischen Verfassungsschutzes statt. Das letzte Opfer des Terrornetzwerks war eine Polizistin (2007) und im Jahr 2011 wurden zwei Mitglieder des Terrornetzwerks NSU tot aufgefunden. Weshalb fällt den zuständigen Behörden und parlamentarischen Ausschüssen die Aufklärung des NSU-Komplexes so schwer?

Während über das Burka-Verbot und die Integration Geflüchteter diskutiert wird, geschehen weiterhin zahlreiche rassistische Verbrechen. Deshalb bitten wir euch um die Zusendung von Artikeln, die sich mit den Ursachen und Hintergründen der Entwicklung des Rechtsterrorismus auseinandersetzen. Dabei könnten wir uns u.a. Artikel vorstellen, die die folgenden Fragen beantworten:

- Hat die rechte Gewalt in Deutschland neben der neuen Quantität auch eine neue Qualität erreicht?
- Wie organisieren sich die Rechten und Rechtsradikalen?
- Welche Rolle spielen NPD und AfD bei der Eskalation rechter Gewalt?
- Welche Konzepte und Strategien verfolgen rechtsterroristische Gruppen?
- Sinkt die Schwelle zur Gewaltbereitschaft bei Rassist_innen und wenn ja, warum?
- Welche Gegenstrategien sind möglich?
- Welche Rolle spielt der Staat? Welche Rolle spielen Polizei und Verfassungsschutz bei der Entwicklung des Rechtsterrorismus?
- Welchen Beitrag leisten die Medien zur rassistischen Stimmung? Warum wird gegenwärtig so selten über rechtsradikale Gewalttaten berichtet?
- Wie ist die Situation in anderen Ländern im Vergleich? (Ungarn, Frankreich, ...)
- Gibt es eine rassistische internationale Bewegung? (KKK, Blood and Honour)

Wir bitten um die Zusendung von Artikeln und Artikelvorschlägen zu dem von uns angerissenen Thema und unseren im obigen Text aufgeworfenen Fragen.

- Artikel für den Schwerpunkt der ZAG sollten **nicht mehr als 12.000 Zeichen** (inkl. Leerzeichen) umfassen.
- Hinweise zur Textgestaltung senden wir auf Wunsch gerne zu.
- Geschlechtergerechte Sprache ist erwünscht.
- Der **Redaktionsschluss ist der 02.01.2017**. Wir freuen uns über früher eingereichte Beiträge.
- Infos, Nachfragen, Artikelvorschläge sowie Lob und Kritik an redaktion@zag-berlin.de.
- Mehr Infos über die ZAG unter **www.zag-berlin.de**.
- Wir freuen uns auch über Texte für alle anderen Rubriken des Heftes, die dann jedoch nur max. 8.000 Zeichen haben sollten.

ANZEIGEN

Lateinamerikanachrichten.de





Solidarisch, kritisch, unabhängig.

PROBEABO // 3 Ausgaben // 10 Euro // endet automatisch

CONTRASTE

DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION



SCHWERPUNKT:

* Die Kölner Initiative »Keupstraße ist überall« solidarisiert sich
* Interview aus dem Buch »Von Mauerfall bis Nagelbombe«
* Gemeinsam zum NSU-Prozess nach München!
* NSU Watch NRW zum Parlamentarischen Untersuchungsausschuss

Probelesen: www.contraste.org

»ENDE GELÄNDE« IN DER LAUSITZ

Zum Klimacamp und den Ende Gelände Aktionstagen in der Lausitz sind auch etwa 70 ÖsterreicherInnen angereist.

COALIZIONE CIVICA

Eine heterogene Gruppe linker AktivistInnen mit dem Namen COALIZIONE CIVICA (CC) hat sich im Februar diesen Jahres gegründet.

KOLLEKTIVE KAFFEERÖSTEREI

Die kollektive Kaffeerösterei »La gota negra« berichtet über ihren Weg in die Utopie.

EIN SCHNUPPERABO
3 MONATE FREI HAUS - FÜR NUR 7,50 €!
Endet automatisch und muss nicht gekündigt werden!
Gegen Vorkasse: Schein / Briefmarken / Bankeinzug.

Bestellungen im Internet oder über:
CONTRASTE e.V., Schönfelderstr. 41A, 34121 Kassel



rote hilfe bundesgeschäftsstelle
postfach 3255, 37022 göttingen
fon: (0551) 770 8008
fax: (0551) 770 8009

rote hilfe e.v.
konto 191 100 462
postbank dortmund
blz 440 100 46

---

facebook.com/junge.welt twitter.com/jungewelt

Sie lügen wie gedruckt. Wir drucken, wie sie lügen.



Jetzt drei Wochen gratis lesen

www.jungewelt.de/probeabo
Bestellungen auch unter: 0 30/53 63 55-80/-81/-82

Backlist

Impressum

Herausgeber: Antirassistische Initiative e.V. Die ZAG ist eine autonome AG der ARI. Die Artikel geben nicht immer die Meinung der gesamten Antirassistischen Initiative wieder.
Redaktionsanschrift: ZAG, c/o Netzwerk Selbsthilfe e.V. im Mehringhof, Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin, Fax +49 (0) 30 6913005, **E-Mail:** redaktion@zag-berlin.de, **Internet:** www.zag-berlin.de, **Bankverbindung:** Antirassistische Initiative e.V., Stichwort ZAG, BIC: BFSWDE33BER / IBAN: DE19100205000003039601, **Gestaltung:** :::rainGroup-Agentur.com **Druck:** FATA MORGANA, **ISSN:** 2192-6719 **V.i.S.d.P.** dieser Ausgabe ist Inge Dollmeyer. Die **ZAG im Abonnement:** ZAG, c/o Netzwerk Selbsthilfe e.V. im Mehringhof, Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin oder www.zag-berlin.de. Zwei Ausgaben **kosten** EUR 10,00 inklusive Versandkosten (Ausland EUR 13,00). Lieferung nur bei vollständig ausgefüllter Bestellung und Überweisung (Name, Adresse, Wohnort). Überweisungen ohne Angabe von Name oder Abo-Nummer können nicht gebucht werden!
Wer die Arbeit der ZAG zusätzlich unterstützen will, der zeichne ein Förderabo oder spende an die Antirassistische Initiative. Die Spenden sind steuerlich absetzbar. Läden, Buchhandlungen oder Gruppen, die mindestens fünf Ausgaben pro Nummer bestellen, erhalten die ZAG auf Wunsch auf Kommission und mit 20 Prozent **Wiederverkäuferrabatt. Ältere Ausgaben** der ZAG, soweit nicht vergriffen, können bei uns nachbestellt werden und stehen zum Teil als Pdf-Dateien komplett auf der Homepage.
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitung der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitung nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.